

# Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 42 · 17. Oktober 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



## Frieden mit Fragezeichen

Warum die Gaza-Vereinbarungen noch lange kein Ende des Krieges bedeuten, aber durchaus als Erfolg des US-Präsidenten gelten können **Seiten 1 und 3**



**Geschichte** Vor 225 Jahren wurde Helmuth von Moltke geboren **Seite 10**



**Baukunst** Das vergessene Haus Bruno Möhrings in Juwendt **Seite 23**

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

## Lehren aus einem scheinbar unauflösbaren Konflikt

Ob der vereinbarte Frieden für Gaza halten wird, ist offen. Doch schon jetzt lassen sich wesentliche Erkenntnisse aus den jüngsten Entwicklungen gewinnen

Ist das wirklich das Ende eines jahrzehntelangen Konflikts? Am Montag feierten US-Präsident Trump und Israels Premierminister Netanjahu in Jerusalem das Einlenken der Hamas auf den Kurs eines von Trump vorgelegten Gaza-Friedensplans – und vor allem die Freilassung der letzten seit dem Massaker vom 7. Oktober 2023 noch in der Gewalt der arabischen Terrororganisation befindlichen lebenden israelischen Geiseln. Am Abend desselben Tages unterzeichneten dann die Staats- und Regierungschefs der USA, Ägyptens, der Türkei und Katars in Gegenwart zahlreicher weiterer politischer Führer aus aller Welt eine Friedensklärung für das Palästinensergebiet. Nach Jahren des Blutvergießens, so Trump, sei der Krieg im Gazastreifen damit zu Ende, nun beginne der Wiederaufbau.

Ob sich die 1987 gegründete Hamas im Kampf gegen Israel tatsächlich geschlagen gibt, kann indes bezweifelt werden. So hatte sie nicht nur – wie vereinbart – bis Dienstag lediglich einen Bruchteil auch der toten israelischen Geiseln übergeben, sondern zuvor bereits erklärt, der von ihr geforderten Entwaffnung keineswegs zuzustimmen. Auch sonst lassen sich manch Fragezeichen hinter die Euphorie der letzten Tage setzen (siehe hierzu auch die Seite 3 der aktuellen PAZ-Ausgabe).

### Trotz aller Zweifel ein Erfolg

Doch auch wenn sich die jüngsten Vereinbarungen (noch) nicht als jener Durchbruch erweisen sollten, als den ihn die Beteiligten darstellen, so sind sie doch als Erfolg der israelischen und US-amerikanischen Politik zu werten. Zu Recht verwies Netanjahu vor der Knesset auf die militärischen Operationen und Präzisionsschläge der Streitkräfte seines Landes in den letzten zwei Jahren wie die Ausschaltung des Hamas-Chefs Sinwar, die Tötung des Kopfs der Terrormiliz Hisbollah, Nasrallah, oder auch die Bombardierung der

Atomanlagen des Hamas-Verbündeten Iran in einer gemeinsamen Aktion mit US-Streitkräften. Trump wiederum kommt das Verdienst zu, in einer Zeit, in der im Westen die Solidarität gegenüber Israel bröckelte und zunehmend die Anerkennung eines Staates Palästina betrieben wurde (was von Netanjahu als Quasi-Belohnung für den Terror abgelehnt wird), mit seinem Friedensplan einen entscheidenden Impuls gegeben und anschließend die richtigen Akteure bewegt zu haben.

Zusammen strafte Trump und Netanjahu damit all jene Lügen, die in den vergangenen Jahrzehnten zur Beilegung des Gaza-Konflikts auf endlose Verhandlungen setzten. Und sie strafte jene Lügen, die nicht wahrhaben wollten, dass vor allem die Hamas selbst für das Leid der palästinensischen Araber verantwortlich ist und dass all die Milliarden-Hilfen aus dem Ausland weniger bei der Zivilbevölkerung landeten als vielmehr in den Kassen der Terrororganisation. Dies ist eine zentrale Erkenntnis aus dem Gaza-Konflikt: Im Krieg mit Extremisten lässt sich Frieden nicht durch gutgläubiges Entgegenkommen verhandeln, sondern nur durch militärische Stärke herbeizwingen.

Die zweite Erkenntnis ist einmal mehr, dass ein demokratischer Staat gegen autoritäre Regime nicht genauso kämpfen kann wie seine Gegner. So mussten die israelischen Streitkräfte in den letzten zwei Jahren stets Rücksicht nehmen auf

die in den Händen der Hamas befindlichen jüdischen Geiseln – während die Hamas-Führung die eigenen Kämpfer skrupellos als Märtyrer verheizte. Zudem geriet Israel, je klarer sein militärischer Erfolg wurde, umso mehr in Erklärungsnot für die Opfer der Gegenseite. Dabei wurde nicht nur der Ursprung des Krieges, der Terror des 7. Oktober 2023, verdrängt, sondern Israel auch für das Leid der Zivilbevölkerung von Gaza verantwortlich gemacht. Interessanterweise richtete niemand von den Anklägern der israelischen Politik auch Forderungen an die Hamas, das sinnlose Sterben zu beenden.

### Grundlegende Erkenntnisse

Die dritte grundlegende Erkenntnis ist, dass trotz aller Übermacht am Ende ein Frieden nicht allein mit militärischen Mitteln herbeizuzwingen war. Trotz eines klaren Erfolgs auf dem Schlachtfeld und trotz aller Präzisionsschläge war die israelische Armee selbst im Verbund mit den USA nicht in der Lage, das Terror-Regime eines Zwei-Millionen-Gebietes vollständig auszuschalten. Der Grund dafür ist, dass die Hamas ihren Krieg gegen Israel nie allein führte, sondern stets mit breiter Unterstützung aus dem islamischen Raum. Und so brachte denn auch erst die Vermittlung Katars, der Türkei und Ägyptens die Hamas zum Einlenken.

Darin liegt denn auch eine wichtige Erkenntnis für den zweiten großen Kon-

flikt unserer Zeit – den Ukrainekrieg. Auch hier glauben die beteiligten Parteien Russland und die Ukraine fest an einen militärischen Sieg. Doch auch hier führen beide Seiten den Krieg keineswegs allein, sondern mit jeweils breiter Unsterstützung Dritter (die Ukraine mithilfe von USA und EU, Russland mithilfe Chinas und des BRICS+-Blocks). Und somit dürfte auch hier nur eine politische Lösung zu einer Beilegung des Krieges führen.

Und die Europäer? Von ihnen hieß es dieser Tage, dass sie wieder einmal nur am Katzentisch der Weltpolitik säßen. Was durchaus nicht falsch ist. Doch bedeutet dies keineswegs, dass sie in den großen Konflikten unserer Zeit nur Zuschauer wären. Vielmehr sind sie seit Jahrzehnten in zahlreichen Krisenherden als Geldgeber maßgebliche Faktoren. In dieser Rolle haben sie sich so sehr eingerichtet, dass sie fast schon reflexartig ihre Schatullen öffnen, sobald irgendwo das Wort „Geberkonferenz“ fällt.

Dass die Europäer – dies keineswegs nur in Gaza – im Namen humanitärer Hilfe dabei vielfach mitgeholfen haben, zweifelhaftes Regime am Leben zu erhalten, sollte ihre politischen Führer dazu animieren, darüber nachzudenken, ob der bisherige Weg noch zeitgemäß ist. Wenn das eigene Gewicht nicht reicht, um Frieden zu stiften, sollte man wenigstens nicht zu denen gehören, die durch fatales Handeln die Kriege der Welt nähren.

IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Das Schweigen von Politik und Justiz gegenüber dem muslimischen Judenass **Seite 5**

**Kultur**  
László Krasznahorkai ist der diesjährige Träger des Nobelpreises für Literatur **Seite 9**

**Das Ostpreußenblatt**  
Der 15. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Allenstein **Seite 13**

**Lebensstil**  
Im Herzen einer Nation – eine Reise nach Gnesen und Posen aus gegebenem Anlass **Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**SUV-Fahrzeuge** stehen zu Unrecht in der Kritik – Aktuelle Studien machen ihren Wert und die Vorteile deutlich – Ein Kauf kann für manche sogar alternativlos sein – Vor allem bei der Elektromobilität punkten die Giganten

# Der große grüne Hass auf große Autos

Sport Utility Vehicles sind bequem, sicher und beliebt, werden aber bekämpft wie keine anderen Pkw

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Autohasser in Deutschland und anderen westlichen Industriestaaten haben einen Erzfeind, bei dem sie ihre Hassspirale immer enger und schärfer drehen: nämlich die Sport Utility Vehicles, kurz SUVs genannt. Denn diese von ihnen als „Stadtpanzer“ geschmähten, weil meist recht großen, schweren Kreuzungen zwischen Limousine und Geländewagen erfreuen sich einer immer weiter wachsenden Beliebtheit. In der Bundesrepublik stieg ihr Anteil an den neu zugelassenen Pkw von acht Prozent im Jahr 2013 auf 42 Prozent im Vorjahr. Hierdurch rollten zum 1. Januar rund drei Millionen SUVs über die deutschen Straßen. Und auch weltweit sehen die Statistiken sehr ähnlich aus.

Dabei ist die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den SUVs ziemlich gespalten. 31 Prozent der Erwachsenen hierzulande bewerten die großen Autos positiv – und ebenfalls 31 Prozent sehen sie eher negativ. Wer die Fahrzeuge schätzt, tut dies unter anderem wegen der höheren Sitzposition und besseren Übersicht, wegen des komfortablen Platzangebotes im Inneren sowie der höheren Sicherheit. Dahingegen führen nur acht Prozent der SUV-Befürworter Status- oder Imagegründe an.

Die Gegner der Stadtgeländewagen verweisen ihrerseits auf den Raum- und Energieverbrauch der Gefährte sowie die Risiken für andere Verkehrsteilnehmer. Umweltorganisationen wie Greenpeace kritisieren darüber hinaus, dass die „hohen ökologischen Kosten“ der schweren Autos „auf die Gesellschaft als Ganzes abgewälzt werden“, woraus sie die Forderung nach allerlei Restriktionen finanzieller und sonstiger Art ableiten.

## Jedes zweite E-Auto ist ein SUV

Und tatsächlich produzieren SUVs mehr Feinstaub und benötigen aufgrund ihres Gewichts auch knapp ein Viertel mehr Energie für die Fortbewegung als mittelgroße Fahrzeuge.

Ansonsten speist sich die Abneigung gegen SUVs und deren Besitzer, welche auch immer wieder zu kriminellen Handlungen verleitet (siehe rechts), aus Sozialneid, der auf dem Boden links-grüner

Ideologien wuchert. Den weltweit höchsten Sozialneidkoeffizienten weist dabei Frankreich auf – und im Zentrum der Hauptstadt dieses Landes „dürfen“ SUV-Fahrer nun auch folgerichtig 225 Euro für sechs Stunden Parken zahlen. Für die Deutsche Umwelthilfe ist das natürlich ein nachahmenswertes Beispiel, denn „dem Größenwahn bei SUV muss Einhalt geboten werden“, fordert der regelrecht verbotssüchtige Öko-Verband.

Allerdings sind unter den Nutzern von Sport Utility Vehicles nach Ansicht mancher Experten wie Stefan Gössling, Professor für „nachhaltigen“ Tourismus und Mobilität an der schwedischen Linné-Universität, nicht nur Gernegroße, sondern auch ängstlich-aggressive, vielmals ältere Personen mit konservativer politischer Einstellung und mangelndem Umweltbewusstsein.

Dem widersprechen jedoch etliche Untersuchungen beziehungsweise aktuelle Zahlen. So ist jedes zweite in Deutschland zugelassene Elektroauto ein SUV, was das Klischee vom SUV-Besitzer als „Klimaschädling“ völlig entkräftet. Und

dann wäre da noch eine finnische Studie mit dem klangvollen Titel „Nicht nur Arschlöcher fahren Mercedes“. Diese kam jetzt zu dem Ergebnis, dass die Menschen am Steuer größerer Autos wie eben SUVs zwar oft selbstverliebt und egoistisch seien. Gleichzeitig fand man unter den SUV-Lenkern aber auffallend viele Menschen, die Wert auf Disziplin, Zuverlässigkeit, Qualität und Leistungsbereitschaft legen.

## Beliebt bei jungen Familien

Ebenso aufschlussreich ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur. Nicht die angeblich so rückwärtsgewandten älteren Deutschen, denen das Einsteigen in kleinere Fahrzeuge schwerfällt, sind die größten SUV-Liebhaber, sondern die Angehörigen der Generation Z und die sogenannten Millennials, also Menschen von 18 bis 44 Jahren. Des Weiteren bevorzugen neben kinderlosen Besserverdienern auch Haushalte mit minderjährigem Nachwuchs die „Stadtpanzer“. Ansonsten finden sich mehr SUV-Befürworter in den

dünn besiedelten ländlichen Regionen als in den Ballungszentren Deutschlands.

Das hat seinen Grund in einem banalen Umstand, auf den unter anderem der Bochumer Wirtschafts- und Personalpsychologe Rüdiger Hossiep verweist: Der SUV-Kauf ist manchmal einfach alternativlos. Denn die Wagen taugen tatsächlich besser für den Verkehr auf schlecht ausgebauten Straßen und als Zugmaschine für Anhänger aller Art.

Gleichzeitig halten Experten auch den Vorwurf, dass SUVs „mehr Menschen töten als andere Fahrzeuge“, für falsch. Zwar wirke sich die höhere Masse der SUVs bei Unfällen ungünstig für andere Verkehrsteilnehmer aus, allerdings spiele das letztlich doch nur eine untergeordnete Rolle, weil die Geschwindigkeit der beteiligten Fahrzeuge der entscheidende Faktor sei. Daher kommt der Verband Unfallforschung der Versicherer (UDV) zu dem Fazit: „In vielen Parametern unterscheiden sich die Charakteristik und Häufigkeit von Unfällen mit SUV-Beteiligung in Deutschland nicht wesentlich von denen der Gesamtheit aller Pkw.“



Ob Volvo, Mercedes oder Landrover – all diese SUVs füllen eine Parklücke genauso aus wie ein Klein- oder Mittelklassewagen, von denen hier beispielsweise auch nicht mehr hingepasst hätten  
Bild: IMAGO/ANP

## ARBEITSPLÄTZE BEDROHT

# Bezahlbare Kleinwagen werden immer seltener

Es entsteht ein gefährlicher Wirtschaftskreislauf, wenn chinesische Hersteller die Angebotslücke schließen

Dass immer mehr SUVs auf Deutschlands Straßen rollen, resultiert nicht zuletzt daraus, dass die Hersteller den Anteil dieser Fahrzeuge an ihren Produktpaletten kontinuierlich erhöhen und im Gegenzug kaum mehr preisgünstige Kleinwagen anbieten, obwohl die Nachfrage nach diesen anhaltend hoch ist – ein Umstand, den Automobil-Experten als „Kleinwagen-Paradoxon“ bezeichnen.

Derzeit gibt es lediglich noch eine Handvoll Kleinwagen mit Listenneupreisen von unter 15.000 Euro, wobei die Preise der günstigsten Modelle in den letzten Jahren ebenfalls kräftig angezogen haben, während die Ausstattung im Gegenzug immer spärlicher wurde.

Ansonsten kosten Kleinwagen mit Verbrennungsmotor nun im Durchschnitt deutlich mehr als 20.000 Euro. Das stößt auf vielfältige Kritik. So fordert der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC): „Fahrzeughersteller sollten weiter bezahlbare Fahrzeuge und eine breite Modellpalette anbieten.“

Das ist angesichts der Vorgaben seitens der Europäischen Union alles andere als einfach: Die von Brüssel verordneten Flottengrenzwerte werden immer niedriger und die deshalb notwendigen technischen Umstellungen ständig teurer. Welche Konsequenzen hieraus erwachsen, beschreibt die Professorin für Automobilwirtschaft an der Ostfalia Hochschule für

angewandte Wissenschaft Helena Wisbert: „Es ist nicht mehr wirtschaftlich, kleinere Autos herzustellen, weil durch höhere Anforderungen und Umweltstandards ein neuer Kostenblock hinzugekommen ist.“ Diese Kosten bei Kleinwagen könnten unmöglich eins zu eins auf die Kunden abgewälzt werden.

Darüber hinaus verfolgen viele westliche Hersteller eine Hochpreis-Strategie, mit der sie auf Absatzrückgänge reagieren, die unter anderem aus dem Vormarsch chinesischer Autofirmen resultieren. Damit verschärfen sie das Problem jedoch immer weiter.

Aus all diesen Gründen entfällt mittlerweile nur noch jede zehnte Neuzulas-

„Es ist nicht mehr wirtschaftlich, kleinere Autos herzustellen, weil durch Umweltstandards ein neuer Kostendruck hinzugekommen ist“

Helena Wisbert  
Professorin für Automobilwirtschaft

sung auf einen Kleinwagen, womit ernsthafte soziale Folgen drohen. Wenn sich ganze Bevölkerungsgruppen kein Fahrzeug mehr leisten können, dann verlieren sie auch die Fähigkeit, weit entferntere Arbeitsplätze zu erreichen. Die Folge davon ist steigende Arbeitslosigkeit.

Aus der Perspektive der Verbraucher würde ein Ausweg aus der Misere darin bestehen, dass chinesische Hersteller stärker auf den europäischen Kleinwagenmarkt drängen und Fahrzeuge zu Preisen anbieten, die für Geringverdiener erschwinglich sind. Anzeichen hierfür gibt es auch bereits – allerdings braucht es nun zusätzlich noch die Abkehr vom geplanten Verbrenner-Aus ab 2035. W.K.

## MIT SABOTAGE

# Klimafanatiker im Kampf gegen SUVs

Im Jahr 2007 lebte eine schwedische Gruppe mit dem Namen „Indianer des Asphaltchungsels“ erstmals ihren Hass auf SUVs aus, indem sie an 1500 Autos dieser Art die Luft abließ. Zwei Jahre später fanden sich Nachahmer in Berlin, die damit ein Zeichen gegen den angeblichen „Klimawandel“ setzen wollten. Dann nahm der Klimaprotest zunächst andere Formen an, bis 2021 die sogenannten „Tyre Extinguishers“ auf den Plan traten. Diese bestehen aus Hunderten von lokalen Gruppen in mindestens zwei Dutzend Industrieländern, die systematisch Jagd auf SUVs machen und deren Reifen zumeist im Dunkel der Nacht sabotieren. Dabei berufen sie sich auf ihr angebliches Widerstandsrecht, weil es „keinen vernünftigen Grund für einen SUV in der Stadt“ gebe. Dergestalt tönnte auch ein deutsches Mitglied der Auto-Terroristen im Interview mit der ihnen wohlgesinnten Linkspresse.

Das gezielte Ablassen der Luft aus den Reifen von parkenden SUVs soll potentielle Käufer der Fahrzeuge abschrecken und die Besitzer dieser Autos erziehen, so ein „Aktivist“ namens Lucas in bestem woken Genderdeutsch: „Mir ist wichtig, den SUV-Fahrenden klarzumachen, dass sie egoistisch handeln und diese Form ihres Konsums geächtet werden sollte.“ Deshalb hinterlassen die Autohasser auch gerne zynische Flugblätter am Tatort, damit ihre Opfer wissen, warum sie nicht zur Arbeit oder zum Arzt gelangen können. Darauf steht dann beispielsweise: „Sie werden wütend sein, aber nehmen sie es nicht persönlich. Es liegt nicht an ihnen, sondern an ihrem Auto.“

In Deutschland, wo die Klimakriminellen bislang meist in Großstädten zuschlugen, gilt das Unbrauchbarmachen von Fahrzeugen als Sachbeschädigung und das langsame Luftablassen durch eingeklemmte Linsen in den Ventilen als gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr. Darüber hinaus ermittelt nun auch der Staatsschutz wegen der möglichen politischen Hintergründe der Täter, aber bislang ohne nennenswerte Ergebnisse. W.K.

# Der Teufel steckt im Detail

„Ein neuer Anfang“, schrieb US-Präsident Trump am Vormittag des 13. Oktober in das Gästebuch der Knesset. Doch ob sein Plan tatsächlich zu einem Frieden im Nahen Osten führt, ist noch lange nicht sicher. Immerhin ist ein Anfang gemacht

VON ALFRED SCHLICHT

**J**ubel auf den Straßen von Tel Aviv, Euphorie zwischen den Ruinen von Gaza – und weltweite Zustimmung zum Gaza-Plan des US-Präsidenten Donald Trump. Ist nun der Gordische Knoten durchschlagen, die ideale Lösung für den Gaza-Albtraum gefunden? Zumindest scheinen Freude, Lob und Akzeptanz ganz allgemein zu sein für ein knappes Papier, das in 20 kurzen Einzelpunkten einen Friedensplan für den Gazakrieg und den Nahostkonflikt insgesamt skizziert.

Einige der Punkte sind kaum länger als eine Zeile. Das gesamte Dokument dürfte weniger als drei Seiten umfassen. Da ist es unvermeidlich, dass viele Einzelheiten offen bleiben. Zahlreiche Fragen, wie denn genau die jeweiligen Ziele erreicht werden sollen, bleiben zwangsläufig vorerst unbeantwortet. Trump ist ein Mann der Deals, der großen Linien, nicht der detailversessene Fachmann, der Nuancen und Einzelheiten ausformulierende Diplomat. Ihm geht es um ein großes Ganzes, nicht um Implementierungsmechanismen und komplexe Einzelfragen. Doch sind es gerade diese Schattierungen, Finessen und Details, die über das Gelingen oder Scheitern eines solch ambitionierten Projekts wie den Frieden im Nahen Osten entscheiden könnten.

## Unklarheit über zentrale Begriffe

So dürften Israelis und palästinensische Araber den in Punkt 1 beschriebenen Begriff einer „deradikalisierten, terrorfreien Zone“ sehr unterschiedlich definieren. Seit der Frühzeit des israelisch-arabischen Konflikts weisen die Palästinenser darauf hin, dass der Westen mit zweierlei Maß messe („double standards“), dass auch Israel beziehungsweise vor der Staatsgründung militante Zionisten mit Terror arbeiteten. Bereits vor 50 Jahren veröffentlichte die PLO in deutscher Sprache ein Buch mit dem vielsagenden Titel „Wer sind die Terroristen?“. Schon lange fordern Palästinenser eine präzise Definition von Terror, die dann auf beide Seiten anzuwenden wäre.

Schon aus dieser Divergenz könnten sich erhebliche praktische Probleme ergeben. Werden sich die Bewohner des Gaza-Streifens politisch betätigen oder gar organisieren dürfen? Dann wird es auch Strömungen geben, die Forderungen und Vorstellungen vertreten, die denen der Hamas oder anderer arabischer Organisationen (zum Beispiel des Islamischen Dschihad) nahe oder verwandt sind. Selbst die Positionen der palästinensischen Autonomiebehörde könnten für manche Israelis – auch solche, die in Regierungen vertreten sind – als unvereinbar mit der Vorstellung einer deradikalisierten Zone sein.

## Bleiberecht für alle? Und wer regiert künftig Gaza?

Punkt 6 des Plans geht implizit vom Fortbestehen der Hamas innerhalb Gazas aus. Hamas-Leute, „die sich zu friedlicher Koexistenz und zur Abgabe ihrer Waffen verpflichten“, erhalten Amnestie. Das heißt, sie werden nicht verfolgt oder strafrechtlich belangt. Ein Recht zur Ausreise wird ihnen zubilligt. Aber dies impliziert auch ein Bleiberecht, das darüber hinaus explizit in Punkt 12 festgeschrieben wird. Wird Israel hinnehmen, dass Hamas-Mitglieder weiterhin im Gaza-Streifen leben und agieren, wenn sie sich nur – rein formal – zu friedlicher Koexistenz bereifinden? Könnten nicht viele Israelis in einer solchen Präsenz eine Keimzelle für neue Radikalisierung sehen? Und könnte nicht die Hamas hieraus eine Legitimierung für weitere politische Aktivitäten in Gaza ableiten? Könnte dies wiederum auf israelischer Seite Zweifel daran wecken, dass Gaza eine „deradikalisierte, terrorfreie Zone“ darstelle?



Historischer Augenblick: Nach der Freilassung der letzten israelischen Geiseln sprach US-Präsident Trump vor der Knesset. Doch auf dem Weg des Friedens sind noch viele Hürden zu überwinden

In arabischen Gesellschaften sind – noch mehr als im Westen – Beziehungen, Solidaritätsgemeinschaften, familiäre und tribale Bindungen wesentlich für die Identität eines Menschen und oft entscheidend für seine Stellung in der Gesellschaft. Vor einem solchen Hintergrund wird die in Punkt 9 des Trump-Plans vorgesehene Bildung eines „technokratischen, unpolitischen Komitees“, das Gaza mehr verwalten als regieren soll, nicht unproblematisch. Dürfte es doch schwierig sein, die „qualifizierten Palästinenser“ zu finden, die den Standards aller Seiten entsprechen, die keine Bindungen zur bisherigen Hamas-Regierung haben, andererseits aber auch nicht als israelische Kollaborateure wahrgenommen werden. Die eher unpolitischen und nicht kompromittierten arabischen Fachleute könnte man am ehesten in anderen arabischen Ländern finden oder auch in der arabischen Gemeinschaft in den USA oder in europäischen Staaten. Fraglich ist, ob solche Experten interessiert sind, unter schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen solche Aufgaben zu übernehmen und ob sie jeweils die Zustimmung aller Seiten fänden.

Auch die Einbindung internationaler Fachkräfte sowie die Oberaufsicht durch ein internationales „Board of Peace“ unter dem persönlichen Vorsitz von Präsident Trump sind nicht ohne Brisanz. Bereits jetzt gibt es kritische Stimmen zu einer internationalen Aufsicht über Gaza. Viele palästinensische Araber könnten dies als eine Fortsetzung internationaler Bevormundung betrachten, von der sie sich emanzipieren möchten.

## Die Rolle von Hamas und „anderen Fraktionen“

Wenn Punkt 13 vorsieht „Die Hamas und andere Fraktionen verpflichten sich, weder direkt noch indirekt oder in irgendeiner Form an der Verwaltung des Gaza-Streifens beteiligt zu sein“, so stellt sich die Frage, welches die „anderen Fraktionen“ sind. Die Volksfront zur Befreiung Palästinas, der Islamische Dschihad? Oder wird eine Liste von Organisationen erstellt, die ausgeschlossen sein sollen? Wer wird an der Erstellung der Liste be-

teiligt sein? Hier dürften die israelische und die palästinensische Seite divergierende Auffassungen vertreten.

Auch wird es schwierig sein, Personen von öffentlichen Funktionen auszuschließen, die Bezüge zu den genannten Organisationen hatten. Niemand konnte im Gaza-Streifen leben, ohne in irgendeiner Form mit Hamas oder anderen vergleichbaren Organisationen in Verbindung zu stehen, ungeachtet weltanschaulicher Überzeugungen.

Auch die Zerstörung militärischer oder terroristischer Infrastruktur unterliegt Interpretationsspielräumen. In vielen Fällen wird sich eine „Dual-use“-Problematik ergeben. Welche Komponenten der Infrastruktur Gazas haben eher militärischen und welche mehr zivilen Charakter? Dass die Hamas geradezu eine Meisterschaft entwickelt hat, zivile Einrichtungen auch militärisch zu nutzen, hat die Vergangenheit gezeigt.

## Toleranz und friedliches Zusammenleben

Ein „interreligiöser Dialogprozess ... , der auf den Werten der Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens basiert“ (Punkt 18) birgt ebenso Risiken. Israelische Skeptiker könnten befürchten, der jüdische Charakter des Staates Israel solle unterminiert werden. Das Ziel „Denkweisen ... zu verändern“ könnte wiederum von Palästinensern als Versuch gewertet werden, ihre Identität zu schwächen. Beide Seiten könnten ihre jeweiligen Standpunkte beeinträchtigt sehen. So wären derartige bewusstseinsverändernde Dialogprozesse unter Umständen eher geeignet, Vorbehalte und Zweifel beider Seiten zu bestärken.

Als besonders brisant muss Punkt 19 des Trump-Plans betrachtet werden. Dieser weist einen „Weg zur palästinensischen Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit“. Dies muss für den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu und noch mehr für einige seiner Koalitionspartner geradezu eine Provokation darstellen. Es ist nicht mehr und nicht weniger als ein explizites Bekenntnis zur Zweistaatenlösung, das der israelischen Regierung hier zugemutet wird. Gera-

de diese hat aber Netanjahu in den letzten Jahren klar abgelehnt, weil er in einem solchen Versprechen eine Honorierung des Terrorismus sieht und letztendlich ein Signal an die Hamas, dass ihre Strategie erfolgreich war. Eigenstaatlichkeit wird in Punkt 19 ausdrücklich „als das Streben des palästinensischen Volkes“ anerkannt.

## Kommt nun eine Gesamtlösung des israelisch-arabischen Konflikts?

Punkt 19 weist aber über die engen Grenzen des Gaza-Konflikts hinaus, eröffnet die ambitionierte Perspektive einer umfassenden Lösung des Nahostkonflikts. Er stellt wortwörtlich fest, dass „die gewissenhafte Umsetzung des Reformprogramms der Palästinensischen Autonomiebehörde ... die Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Weg zur palästinensischen Unabhängigkeit schaffen müsse“. Dies ist weit mehr, als Netanjahu je in Aussicht gestellt hat. Mit der Annahme des Trump-Plans hat er sich gleichwohl zu diesem Ziel verpflichtet. Freilich ist absehbar, dass zahllose Einwände und Vorbehalte, gegenseitige Vorwürfe und Einschränkungen diesen Weg zu einem sehr steinigem machen könnten, der noch lange nicht zu seinem expliziten Ziel führt.

Gleichwohl ist Trumps Friedensplan die umfassendste Friedensinitiative eines US-Präsidenten seit den Bemühungen, die Präsident Bill Clinton zusammen mit Yitzhak Rabin, Yasir Arafat und Shimon Perez in den 1990er Jahren unternommen hat. Auch wenn er zahlreiche Klippen und Risiken enthält, ist der Trump-Plan schon insofern aussichtsreich, als hinter ihm mit dem US-Präsidenten der einzige Staatsmann steht, der ausreichend Druck auf die Konfliktparteien ausüben kann und – zumindest hat es bislang den Anschein – auch auszuüben bereit ist.

## Zum Optimismus verdammt

Auch wenn voraussichtlich nicht alle 20 Punkte in absehbarer Zeit erfüllbar sind – die Tatsache, dass sowohl Israel als auch die Hamas diesem Plan zugestimmt haben, zeigt, dass eine Freilassung der Geiseln und ein Ende der Bombardierung von Zivilisten in Gaza Ziele sind, die einen Kompromiss als lohnend erscheinen lassen, selbst wenn er für alle Beteiligten schmerzhaft ist.

Und auch wenn ein palästinensischer Staat noch in weiter Ferne liegen mag, selbst wenn die im Plan angedeutete wirtschaftliche Blüte Gazas bescheidener ausfallen sollte als zunächst erwartet, auch wenn sich zahlreiche Einzelpunkte des Textes als nicht realisierbar erweisen sollten und viele kritische Stimmen vor allem die Mängel des Trump-Plans betonen – wir haben keine Alternative und sind deshalb zum Optimismus verdammt.

Immerhin wäre selbst die Verwirklichung nur einiger der Ziele im Trump-Plan für Israelis und Palästinenser ein immenser Fortschritt. Der israelische Präsident Herzog sieht denn auch in den Ereignissen der letzten Tage „eine Wende in der Zukunft der Region“. Und laut Ministerpräsident Netanjahu beginnt jetzt „ein Weg des Aufbaus, ein Weg der Heilung“. Er selbst hat allerdings durch seine intransigente Haltung manche Chancen verspielt, schon früher zu einer Lösung zu kommen und Menschenleben zu retten.

● **Dr. Alfred Schlicht** ist Islamwissenschaftler und Diplomat. Nach akademischer Tätigkeit unter anderem an der Universität Bamberg, am Orient-Institut Beirut und als Orient-Referent der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik war er im Auswärtigen Dienst tätig. So lebte und arbeitete er acht Jahre im Nahen Osten, unter anderem als stellvertretender Botschafter Deutschlands in Jordanien. Zu seinen Büchern gehört „Die Araber und Europa. 2000 Jahre gemeinsamer Geschichte“ (Kohlhammer 2008).

Immerhin wäre selbst die Verwirklichung nur einiger der Ziele im Trump-Plan für Israelis und Palästinenser ein immenser Fortschritt. Der israelische Präsident Herzog sieht denn auch in den Ereignissen der letzten Tage „eine Wende in der Zukunft der Region“

## MELDUNGEN

## Kriminal-Städte in Deutschland

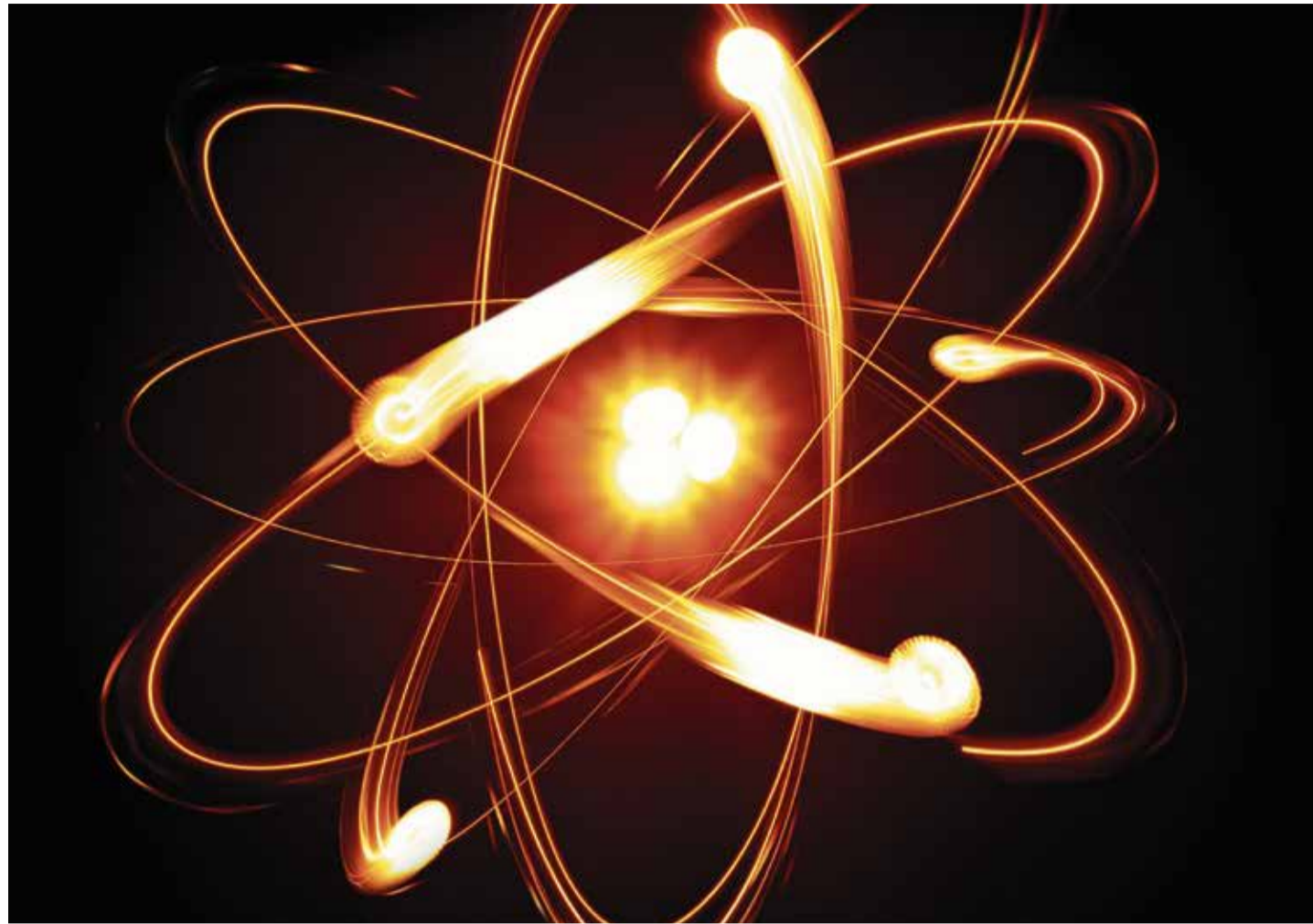
Wiesbaden – Bremen stand vergangenes Jahr mit 15.424 Straftaten pro 100.000 Einwohner an der Spitze der Rangliste der zehn kriminellsten Kommunen der Bundesrepublik Deutschland. Das geht aus einer aktuellen Auswertung des Bundeskriminalamtes mit dem Titel „Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 Städte – Falltabellen“ hervor. Den unrühmlichen zweiten Platz belegte Frankfurt am Main mit immerhin noch 14.600 Delikten. Für manche überraschend rangiert Berlin mit 14.252 Straftaten erst an dritter Stelle. Auf den weiteren Plätzen folgen Bremerhaven, Hannover, Göttingen, Erfurt, Köln, Schwerin und Dortmund. Dort gab es 2024 zwischen 13.717 und 12.283 Delikte pro 100.000 Einwohner. Über die Schwere und Art der Straftaten sagt die Statistik allerdings nichts aus. W.K.

## Dobrindt will Asylwende

München – Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat am 4. Oktober mit Amtskollegen aus mehreren EU-Staaten über eine verschärfte Migrationspolitik beraten. Dobrindts Einladung zu einem „Munich Migration Meeting“ sind die Innenminister Polens, Italiens, Luxemburgs, der Schweiz, Dänemarks, Schwedens, Belgiens und der Niederlande gefolgt. Dobrindt setzt sich dabei nach eigenen Angaben für „spürbar mehr Schärfe und mehr Härte“ in der Asylpolitik ein. Deutschland sei „Mittreiber“ der „Migrationswende in Europa“, so Dobrindt. Konkret strebt der Bundesinnenminister an, Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU auszulagern. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, abgelehnte Asylbewerber auch in Länder abzuschicken, die nicht deren Heimatländer sind. Bereits im September hatte die niederländische Regierung mitgeteilt, die Republik Uganda sei bereit, in den Niederlanden abgelehnte Asylbewerber aufzunehmen. H.M.

## Tofu-Schnitzel vor dem Aus

Brüssel – Das Europäische Parlament hat ein Verbot „irreführender“ Bezeichnungen für vegetarische und vegane Ersatzprodukte beschlossen. Solche Produkte sollen künftig keine Bezeichnungen wie Burger, Schnitzel oder Wurst mehr tragen dürfen. Bei der Abstimmung am 8. Oktober votierten 355 EU-Abgeordnete für eine entsprechende Gesetzesänderung, 247 dagegen, 30 enthielten sich. Den Antrag hatte die französische Europaabgeordnete Céline Imart eingebracht. Als Begründung führte sie an, es bestehe „ein echtes Verwechslungsrisiko“. Die Mehrheit der deutschen Unions-Europaabgeordneten stimmte gegen den Antrag. Damit das Vorhaben in Kraft treten kann, müssen auch noch die 27 EU-Staaten zustimmen. Mehrere Handelsunternehmen – darunter Aldi Süd und Lidl sowie Hersteller wie Rügenwalder Mühle – haben sich in einem gemeinsamen Brief gegen eine Umbenennungspflicht ausgesprochen. In Europa ist Deutschland der größte Markt für pflanzliche Alternativprodukte. H.M.



Anschauliche Illustration des Vorgangs einer Kernfusion

Bild: Shutterstock.com

## FORSCHUNG

## Aufbruch bei Kernfusion

Große Ambitionen für neue Energiequelle hat erste vielversprechende Ergebnisse

VON HAGEN RITTER

Mit leicht ironischem Beiklang war bislang oft von einer „Fusionskonstante“ die Rede, wenn es um die Frage ging, wie lange die Forschung an der Kernfusion noch dauern wird. Über Jahrzehnte lautete die Antwort gleichbleibend: Bis zur Marktreife dauert es noch dreißig Jahre.

Inzwischen geben Forscher insbesondere aus Deutschland und Europa mit Blick auf die Kernfusion neue Einschätzungen ab, die erheblich optimistischer klingen: „Ich denke, diese sogenannte ‚Fusionskonstante‘ gilt nicht mehr“, äußerte sich etwa Hartmut Zohm. Der Direktor am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik hält es für realistisch, dass es dem internationalen Forschungsprojekt ITER in Südfrankreich in den 2030er-Jahren gelingen wird, ein brennendes Plasma zu erzeugen. Dies wäre ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem kommerziellen Fusionskraftwerk.

Bereits vor einem halben Jahr haben CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag eine ehrgeizige Ankündigung gemacht: „Der erste Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland stehen.“ Anfang Oktober hat das schwarz-rote Bundeskabinett nun auch einen entsprechenden Aktionsplan beschlossen.

## Kompetenzzentren im Aufbau

Mehr als zwei Milliarden Euro will die Koalition noch in dieser Legislaturperiode für die Fusionsforschung und den Wissenstransfer in die Industrie bereitstellen. Zum Vergleich: Bisher sind pro Jahr rund 150 Millionen Euro an staatlichen Mitteln in die Fusionsforschung geflossen.

Bereits bis Ende des ersten Quartals 2026 sieht der Aktionsplan die Einrichtung von Kompetenz- und Exzellenzzentren vor, die als Keimzellen für Innovationen dienen sollen. Langfristiges Ziel der Regierung ist es, dass das erste Demonstrations-Fusionskraftwerk durch ein Konsortium deutscher Unternehmen schnellstmöglich errichtet wird.

Zur Umsetzung will die Koalition auch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen. Bei einer Anhörung im Bundestag hatten sich bereits im vergangenen Jahr sechs Sachverständige für einen eigenen Rechtsrahmen für die innovative Fusionsforschung ausgesprochen. Sie betonten, das Atomgesetz könne nicht auf die Forschung und Entwicklung von Fusion angewendet werden, da von der neuen Technologie deutlich geringere Risiken als von der Kernspaltung ausgingen.

Greifen die angekündigten Maßnahmen, soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung nicht nur der erste Prototyp eines Fusionsreaktors in Deutschland gebaut werden. Entstehen soll hierzulande gleich eine ganze Industriebranche, die entsprechende Kraftwerke produziert und exportiert.

## Auf Deutschland angewiesen

„Die Chancen sind sehr hoch, dass Deutschland einen funktionsfähigen Fusionsreaktor baut. Im Durchschnitt der letzten, vielleicht 20 Jahre, trägt Deutsch-

land etwa 40 Prozent der europäischen Fusionsforschung. Alle wesentlichen Technologie- und Physikfelder werden in den deutschen Fusionszentren bearbeitet“, sagt Christian Linsmeier vom Forschungszentrum Jülich.

Auch Constantin Häfner, Vorstand der Fraunhofer-Gesellschaft für Forschung und Transfer, ist optimistisch: „Im Bereich der Laserfusion ist die USA in der Grundlagenforschung weit voran, aber Deutschland verfügt über eine hochkompetente Industrie, die viele Schlüsseltechnologien beherrscht und Fusionsanlagen mit Komponenten ausgestattet hat. Hier sind andere Länder auf uns angewiesen.“

Deutsche Technik spielte auch eine Rolle, als im Lawrence-Livermore-Labor im Dezember 2022 ein Durchbruch in der Fusionsforschung gelang: Erstmals wurde in dem kalifornischen Forschungsinstitut mehr Energie aus einem Fusionsprozess gewonnen, als zur Zündung des Prozesses überhaupt benötigt wurde.

## Noch warten drei besondere Herausforderungen

Für den Versuch hatte Schott aus Mainz das Glas für die Laseranlage geliefert, der Ditzinger Maschinenbauer Trumpf steuerte seine Expertise im Bereich Hochleistungs-Lasertechnik bei.

In Deutschland selbst wurde erst vor wenigen Wochen ein weiterer Meilenstein in der Forschung erreicht. Im Mai stellte das Projekt Wendelstein 7-X der Max-Planck-Gesellschaft in Greifswald einen neuen Weltrekord für die Plasmadauer auf. W7-X hatte schon 2018 und 2024 für Rekorde gesorgt.

Trotz all der Fortschritte räumt die Bundesregierung ein: „Auf dem Weg zu einem ersten Fusionskraftwerk sind noch erhebliche technologische Herausforderungen zu überwinden.“

Klaus Hesch vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) nennt drei besonders wichtige Hürden, die noch bewältigt werden müssen, bis überhaupt ein Prototyp gebaut werden kann: Erstens muss ein Plasma über mehrere Minuten Energie liefern, zweitens muss ein geschlossener Brennstoffkreislauf entwickelt werden. Der Fusionsbrennstoff Tritium kommt in der Natur nicht vor; künftig soll er mithilfe der bei der Fusion entstehenden Neutronen in einer Kernreaktion aus Lithium erzeugt werden. Drittens müssen Materialien für den Fusionsreaktor entwickelt werden, die einem hohen Fluss energiereicher Neutronen standhalten.

Entsprechende Materialforschung soll das Projekt IFMIF-DONES vorantreiben, das derzeit im spanischen Escúzar in der Nähe von Granada aufgebaut wird. Deutschland prüft eine Beteiligung an dem Vorhaben.

## SICHERHEIT

## Drohnenabwehr im Behörden-Pingpong

Ein Flickenteppich an diversen Zuständigkeiten lähmt den Schutz von Infrastruktur und Bevölkerung

Neben den Flughäfen Frankfurt und München ist es auch am Hauptstadtflughafen BER zu Zwischenfällen mit Drohnen gekommen. Sechsmal musste der Betrieb am BER infolge von Drohnenmeldungen unterbrochen werden, so die Auskunft der Berliner Flughafenchefin Aletta von Massenbach Anfang Oktober.

Dabei sind die technischen Voraussetzungen zur Abwehr von Drohnen in der Hauptstadt eigentlich gut. Die Berliner Polizei hat nämlich schon im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2024 entsprechende Technik zur Drohnenabwehr angeschafft. Seitdem kann die Hauptstadtpolizei im Notfall auf Störsender, sogenannte Jammer, sowie auf Netzwerfer zurückgreifen. Vor Kurzem kündigte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) an: „Weitere Anschaffungen werden im

Zuge der Haushaltswirtschaft sichergestellt.“ Berlin plant wohl, für seine Polizei zusätzlich auch noch Radarsysteme, Abfang- und Aufklärungsdrohnen sowie „kinetische Abwehrsysteme“ zu kaufen.

Würde es am BER allerdings eine bedrohliche Sicherheitslage geben, bei der eine Drohne vom Himmel geholt werden muss, wäre das ganze Arsenal an moderner Technik aber vermutlich keine schnelle Hilfe. Die derzeitige Rechtslage stellt nämlich einen Flickenteppich von Zuständigkeiten dar. Die „Berliner Zeitung“ zitierte unlängst aus einem Gutachten, das der Luftrechtsexperte Elmar Giemula im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Flugesellschaften angefertigt hat. Dem Papier zufolge ist die Drohnenabwehr laut Luftverkehrsrecht eindeutig Polizeiangelegenheit. Hier beginnt nun

das Kompetenzgerangel: Für das Rollfeld von Flughäfen ist die Bundespolizei zuständig, für das Flughafenumfeld wiederum die jeweilige Landespolizei. Der BER liegt knapp hinter der Berliner Stadtgrenze auf dem Gebiet Brandenburgs. Hier müssten Bundespolizei und die Landespolizeien von Brandenburg und Berlin im Ernstfall sehr schnell klären, wer bei einem akuten Zwischenfall handeln soll.

## Abwehrzentrum ist geplant

Die Bundeswehr, die technisch vermutlich am besten in der Lage wäre, an einem deutschen Verkehrsflughafen eine Drohne abzuwehren, darf nach derzeitiger Rechtslage wiederum überhaupt nicht zum Einsatz kommen.

Das Bundeskabinett hat am 8. Oktober einen Entwurf für ein neues Bundespoli-

zeigesetz beschlossen. Das Papier sieht bei der Drohnenabwehr eine Ausweitung der Kompetenzen der Bundespolizei vor. Das derzeit gültige Bundespolizeigesetz stammt aus dem Oktober 1994 – der Begriff „Drohnen“ kommt in dem Gesetz noch nicht einmal vor.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) will zudem ein Drohnenabwehrzentrum einrichten, in dem die Kompetenzen von Bund, Ländern und der Bundeswehr endlich gebündelt werden sollen. Noch in diesem Jahr will Dobrindt zudem die Spezialeinheiten der Bundespolizei um eine Drohnenabwehreinheit ergänzen. In einem weiteren Schritt ist eine Änderung des Luftsicherheitsgesetzes geplant. Ziel ist es, auch der Bundeswehr rechtlich zu ermöglichen, bei Drohnengefahr Amtshilfe zu leisten. H.M.

## ANTISEMITISMUS

## „Nie wieder“ – die große Lüge

Jüdisches Leben in der Öffentlichkeit existiert nicht mehr“ – Richter und Politiker sehen teilnahmslos zu

VON HERMANN MÜLLER

Es klingt geradezu grotesk, aber die Frage muss gestellt werden: Ist mittlerweile nicht nur Deutschlands Stromproduktion von den Launen des Wetters abhängig, sondern auch, ob sich die Polizei mit mutmaßlichen Rechtsbrechern befasst? Denn unter anderem mit einem Hinweis auf das schlechte Wetter hat Berlins Polizei unlängst einen Einsatz bei einer israelfeindlichen Demonstration abgebrochen.

Trotz behördlichen Verbots hatten sich am Jahrestag des von Hamas-Terroristen in Israel verübten Massakers am 7. Oktober rund 300 Personen am Neptunbrunnen nahe dem Alexanderplatz versammelt. In Sichtweite des Dienststitzes des Regierenden Bürgermeisters feierte die Menschenmenge das Hamas-Massaker lautstark mit üblen Parolen wie „7. Oktober, 7. Oktober – ein neuer Sieg!“.

Die Polizei stellte die Personalien von 193 Demo-Teilnehmern fest. Eingeleitet wurden 65 Strafermittlungsverfahren. Nach Angaben der Polizei wurde ein Demo-Teilnehmer einem Bereitschaftsgericht vorgeführt, in vier Fällen wurde ein Unterbindungsgewahrsam angeordnet. Bis dahin wirkte das Vorgehen der Polizei noch relativ konsequent.

## „Unverhältnismäßiges Wetter“

Fast hundert Teilnehmer der unangemeldeten Demo ließ die Polizei allerdings am Ende einfach laufen. Um 23.35 Uhr erklärte Polizeisprecherin Anja Dierschke in einer Videobotschaft: „Von einer Vielzahl dieser Personen haben wir die Identitäten festgestellt. Die Dauer der Maßnahme war nicht unerheblich, sodass wir jetzt in diesen Minuten aufgrund der Dauer und auch der schlechten Witterungsbedingungen im Sinne der Verhältnismäßigkeit die Maßnahmen beendet haben.“

Das Vorgehen der Berliner Polizei, gut ein Drittel der Teilnehmer der Hass-Demo einfach laufen zu lassen, stieß auf sehr viel Unverständnis. In den sozialen Medien stellte etwa ein Nutzer die Frage: „Weil es regnet, durften jetzt alle gehen, trotz der antisemitischen Hetze?“

„BILD“ stellte am Folgetag zu Recht fest, dass die Teilnehmer der verbotenen Demo, die lange genug geblieben waren, straffrei nach Hause gehen konnten.



Mit Kippa oder Davidstern können sich Juden in Berlin nicht mehr zeigen. Zu groß ist die Gefahr, von arabischstämmigen Migranten, islamischen Asylsuchern oder links Verblendeten brutal attackiert zu werden  
Bild: IMAGO/snapshot

Tatsächlich ist fraglich, ob vom Vorgehen der Berliner Polizei das richtige Signal an die Szene radikaler Antisemiten ausgeht. Zum zweiten Jahrestag des Hamas-Massakers in Israel schätzte Berlins Antisemitismusbeauftragter Samuel Salzborn ein, dass antisemitischer Hass alltäglich geworden sei.

## Gegenseitige Vorwürfe

Der SPD-Abgeordnete Alexander Freier-Winterwerb kam im Berliner Abgeordnetenhaus sogar zu der Einschätzung, dass jüdisches Leben in der Öffentlichkeit faktisch nicht mehr existiert: „Die Polizei rät, keine Kippa zu tragen, keine hebräische Schrift zu zeigen, nicht über Israel oder das Jüdischsein zu sprechen.“ Der SPD-Politiker warf im Landesparlament dem Koalitionspartner CDU sogar Wortbruch beim Kampf gegen Judenhass vor. Sein Vorwurf: Seit über einem Jahr liege ein Antrag zur Bekämpfung von Antisemitismus in der Hauptstadt „unbearbeitet auf dem Tisch der CDU-Fraktion“. Für diese konterte der Abgeordnete Timur Husein:

„Als CDU haben wir vorgeschlagen, das Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz so zu ändern, dass antisemitische Demonstrationen leichter zu verbieten sind. Keine Antwort der SPD.“

## Richter urteilen kontraproduktiv

Dringender Handlungsbedarf besteht nicht nur beim Berliner Versammlungsrecht. Eine Antidiskriminierungsklausel für öffentlich geförderte Kultureinrichtungen hat die Berliner Landesregierung vergangenes Jahr wegen juristischer Bedenken zurückziehen müssen. Ziel war es gewesen, Empfänger von öffentlichen Fördergeldern unter anderem zum Bekenntnis gegen Antisemitismus zu verpflichten. Das Verwaltungsgericht Berlin hatte zudem den Versuch gestoppt, einen pro-palästinensischen Aktivist wegen Gewaltbereitschaft in sein Heimatland auszuweisen. Insgesamt hatte das Berliner Landeseinwohneramt vier Personen ausweisen wollen, die an einer gewaltsamen Besetzung des Präsidiums der Freien Universität teilgenommen hatten.

Der Extremismusexperte Ahmad Mansour sieht angesichts der Entwicklung in Deutschland insgesamt sogar „eine komplette Bankrotterklärung unserer Demokratie“. Er kommt zu dem Schluss: „Komplette Straßenzüge sind in der Hand von Hamas und ihrer Sympathisanten, und wir reden im Bundestag immer noch von ‚Nie wieder!‘ und historischer Verantwortung und Staatsräson.“

## Schutzversprechen gebrochen

In Hamburg kündigte Anfang Oktober der Antisemitismusbeauftragte der Stadt, Stefan Hensel, an, sich von seinem Amt zurückzuziehen. In einem Interview machte Hensel aus seiner Frustration keinen Hehl mehr und wies darauf hin, dass die jüdische Bevölkerung hierzulande zu über 90 Prozent postsowjetisch sei und auf ein Sicherheitsversprechen vertraut habe, als sie Zuflucht in Deutschland gesucht habe. „Dieses Versprechen ist seit dem 7. Oktober 2023, seit der Eskalation in Nahost, dabei, aufgekündigt zu werden“, sagte Hensel.

## STROMPREISE

## Berliner zahlen viermal so viel wie Budapest

Schuld an der Misere sind gestiegene Netzentgelte, die anderswo überall gesunken sind

Langsam fängt es an wehzutun, denn Berliner Haushalte zahlen den mit Abstand höchsten Strompreis unter Europas Hauptstädten. Zuletzt waren in Berlin im Schnitt 41,2 Cent pro Kilowattstunde Strom für private Haushalte fällig. Laut dem Strom- und Gaspreisindex HEPI liegt die deutsche Hauptstadt damit weit über dem EU-Durchschnitt von 25,4 Cent, also fast doppelt so hoch. Die Bewohner von Budapest können sich wiederum über den niedrigsten Strompreis unter Europas Hauptstädten freuen. Hier zahlen Privathaushalte im Schnitt nur 9,2 Cent je Kilowattstunde.

Der Preisunterschied zwischen der teuersten und der günstigsten Hauptstadt Europas beträgt damit das Dreifache. Auch in Kopenhagen (ca. 38 Cent) und Dublin (ca. 37 Cent) müssen Privathaushalte recht viel Geld für Strom bezahlen.

Zur Entlastung der Stromkunden in Deutschland hatte die Bundesregierung bereits im Juni ein Strompreispaket auf den Weg gebracht. Mit dem Paket übernimmt der Bund einen deutlich stärkeren Anteil an den Kosten des Netzausbaus. Für die Verbraucher sollen dafür ab 2026 die Netzentgelte deutlich sinken.

## Gegensätzliche Entwicklung

Wie stark dies die Haushalte in der deutschen Hauptstadt entlasten wird, bleibt abzuwarten. Berlins größter Stromversorger, Vattenfall, hat nämlich erst im Juli die Strompreise in der Hauptstadt um acht Prozent erhöht. Ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 2200 Kilowattstunden zahlt damit etwa 6,86 Euro mehr pro Monat, rechnete Vattenfall vor. Als Grund für die Preiserhöhung gab der Energieversorger unter anderem kräftig gestiegene

Netzentgelte an. „Bundesweit sind in vielen Netzgebieten zum Jahreswechsel die Netzentgelte deutlich gefallen. Anders in Berlin – hier hat das landeseigene Unternehmen Stromnetz Berlin GmbH die Netzentgelte zum Jahreswechsel erneut um ca. 4,8 Prozent erhöht. Im Vorjahr betrug der Anstieg bereits ca. 22,4 Prozent. Diese Kosten machen einen wesentlichen Bestandteil des Strompreises aus und werden nicht von Vattenfall festgelegt“, so ein Sprecher des Energieversorgers.

Außerhalb Berlins müssen Stromkunden ebenso damit rechnen, dass das stärkere Einspringen des Bundes bei den Netzentgelten ab Januar 2026 zunächst einmal durch eine andere Entwicklung überlagert wird – etwa durch den Anstieg der Großhandelspreise für Strom.

Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, sind die Strompreise an

der Energiebörse EEX inzwischen auf den höchsten Stand seit Februar geklettert: „Die deutschen Strompreise sind vor allem aufgrund der Angst vor kälterem Wetter und einer geringeren als üblichen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien gestiegen“, so Yiannis Papamikroulas, Leiter des Terminhandels für Energiemärkte bei Depa Commercial SA.

Obendrein steigen derzeit auch die Preise am europäischen Gasmarkt. Bedingt durch eine hohe Nachfrage, geringe Speicherfüllstände und den globalen Wettbewerb mit Asien um Flüssiggas hatten die Großhandelspreise für Gas schon im Sommer Höchststände erreicht. Hinzugekommen sind nun auch noch Prognosen, dass durch kühleres Wetter die Heiznachfrage bereits in den kommenden Wochen stärker steigen wird, als sonst zu dieser Jahreszeit üblich. H.M.

## KOLUMNE

## Aufruf zu linker Gewalt

VON THEO MAASS

Die Linkspartei droht dem Medienunternehmen „Apollo News“ in Berlin-Treptow Gewalt an. Wörtlich heißt es: „Rechten Medien auf die Tasten treten“ und „Wer heute ‚Apollo‘ verteidigt, als handele es sich um ein ganz normales Presseergebnis, sollte den eigenen politischen Kompass justieren.“ Unterstützung erhält die extreme Linke dabei von der Amadeu-Antonio-Stiftung. Bei einem Treffen in einem Nachbarschaftszentrum, bei dem Mitglieder der Linkspartei gemeinsam mit einer Mitarbeiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung zusammenkamen, ging es um wirksame Strategien, um der Pressearbeit des Mediums „einen Riegel vorschieben“ zu können.

Abgesehen davon, dass hier ein waschechter Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat und allen voran auf die Pressefreiheit vorliegt, handelt es sich bei der Linkspartei um eine linksextreme politische Kraft, die Nachfolgerin der DDR-Diktaturpartei SED ist. Kein Wunder, dass die ihr nahestehende Amadeu-Antonio-Stiftung von Anetta Kahane gegründet wurde, die nachweislich eine Stasi-Informantin war. Wenn man bedenkt, dass so eine fragwürdige Institution 2021 auch noch mit knapp 2,1 Millionen Euro staatlicher Gelder unterstützt wurde und die CDU geführte Bundesregierung sie im Rahmen des „Kampfes gegen Rechts“ auch noch mit Staatsgeldern ausstattet, bekommt der Angriff auf die Demokratie und auf die im Grundgesetz verankerte Pressefreiheit einen besonders schalen Beigeschmack.

Das linke Milieu wirft „Apollo News“ vor, an einer Desinformationskampagne gegen die Juristin Brosius-Gersdorf beteiligt gewesen zu sein, die Richterin am Bundesverfassungsgericht werden wollte. Desinformation gab es dabei tatsächlich: Allerdings vonseiten des mit Zwangsgebühren alimentierten ZDF, das gleich zwei Falschmeldungen über „Apollo News“ verbreitete und daher eine Unterlassungserklärung abgeben musste.

## MELDUNG

## Anzeige gegen Sozialsenatorin

Berlin – Zwei Anwohner der Schöneberger Fuggerstraße haben gegen Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) Strafanzeige wegen übler Nachrede, Herabwürdigung und Verleumdung gestellt. Die Senatorin hatte während einer Fragestunde im Abgeordnetenhaus am 25. September Nachbarn eines Sozialhotels in der Fuggerstraße eine rassistische Grundhaltung gegenüber den dort einquartierten Bewohnern vorgeworfen. In dem Hotel sind Großfamilien aus Rumänien und Bulgarien untergebracht, die sich in Berlin als obdachlos gemeldet haben. In ihrer Anzeige gegen die Senatorin bestreiten die beiden Anwohner, Äußerungen oder auch nur Andeutungen gemacht zu haben, die den Vorwurf rechtfertigen könnten, sie hätten Vorbehalte gegen die Hotelbewohner. Anwohner und Passanten des Sozialhotels beschwerten sich derweil seit längerer Zeit, dass sie von Bewohnern des Hotels bedrängt, belästigt und sogar angegriffen werden. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Atom-U-Boot für Nordkorea

Seoul – Nach Erkenntnissen des südkoreanischen Geheimdienstes NIS hat Russland in der ersten Hälfte dieses Jahres zwei oder drei Reaktormodule für Atom-Unterseeboote nach Nordkorea geliefert. Ein Modul besteht jeweils aus dem Reaktor selbst, der Antriebsturbine und dem Kühlsystem. Dem NIS zufolge handelt es sich um Module, die aus alten, ausgeschlachteten russischen U-Booten stammen. Nordkorea baut derzeit sein erstes eigenes Atom-U-Boot. Es soll in etwa so groß wie vergleichbare Einheiten anderer Länder werden. Damit könnte es als Träger für ballistische Atomraketen vom Typ Pukguksong-5 mit einer Reichweite von vermutlich 5000 Kilometern dienen. Der südkoreanische Experte Moon Keun-sik nimmt an, dass das Boot in etwa zwei Jahren zu ersten Testfahrten auslaufen wird – vorausgesetzt, einer der drei von Russland gelieferten Gebraucht-Reaktoren funktioniert dann noch. W.K.

## Gerichtshof kassiert Gesetz

Warschau – Das polnische Verfassungsgericht hat ein Gesetz vom 6. März, das den Katalog der Diskriminierungsgründe bei Hassverbrechen um Alter, Geschlecht, Behinderung und sexuelle Orientierung erweitert hatte, für verfassungswidrig erklärt. Dieses Urteil ist ein Sieg für den früheren Staatspräsidenten Andrzej Duda, auf dessen Initiative hin das Gesetz überprüft wurde. Nach Meinung der Richter des Verfassungsgerichtshofs in Warschau stellt die Neuregelung „eine unzulässige Beeinträchtigung der verfassungsmäßig geschützten Meinungsfreiheit“ dar, weil die Diskriminierungsgründe zu „unpräzise definiert“ seien und damit auch rechtmäßige Kritik oder Polemik als kriminell gelten könnte. Insofern bestehe die Gefahr der „Zensur von Äußerungen“ und damit des Missbrauchs des Strafrechtes zum Abwürgen von demokratischen Diskursen. Die diesbezügliche Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichtes fiel einstimmig. W.K.

## Templerorden rehabilitiert

Rom – Nach mehr als 700 Jahren hat der Vatikan eine zeremonielle Rehabilitierung des am 22. März 1312 aufgelösten Ordens der Armen Ritterschaft Christi und des salomonischen Tempels zu Jerusalem vorgenommen. Dieser erste Ritterorden der Geschichte, dessen Gründung 1118 erfolgte, war einer Intrige des französischen Königs Philipp IV. und des Papstes Clemens V. zum Opfer gefallen. Noch vor der Hinrichtung ihres letzten Großmeisters Jacques de Molay flohen viele der Tempelritter aus Italien und Frankreich und gründeten im Exil Nachfolgeorganisationen. Zu diesen gehört die spanische Vereinigung Souveräner Orden des Tempels von Christus, die 2023 Klage gegen den damaligen Papst Franziskus einreichte, um Schadenersatz für die Beschlagnahme der Ordensbesitztümer zu erstreiten. Die Tempel feierten das nunmehrige Einlenken des Vatikans mit den Worten „An die Eliten: Ihr seid nicht die einzige Macht auf dieser Welt!“ W.K.



China verdrängt die EU auf allen Feldern – und Europa lässt sich hängen

Bild: shutterstock.com

## EXPANSION

## Chinas listiger Aufstieg dank westlicher Blindheit

Heimlich, still und leise dringt Peking in die Ritzen des EU-Binnenmarkts ein – Brüssel schaut dabei nur verwundert zu, aber wehrt sich nicht im Geringsten

VON CHRISTIAN RUDNITZKI

China ist zu einer wissenschaftlichen Supermacht aufgestiegen. Ein Satz aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ – klingt sachlich und ebenso leicht bewundernd. Doch gerade in dieser scheinbaren Harmlosigkeit liegt das Problem: Der Westen beschreibt Chinas Aufstieg zunehmend in Worten, die den eigenen Bedeutungsverlust verschleiern. Was sich als Anerkennung der Realität gibt, ist in Wahrheit die Rhetorik einer stillen Anpassung. Früher war der Ton gegenüber Peking moralisch aufgeladen: Menschenrechte, Demokratie. Heute dominieren Begriffe wie „strategische Kooperation“, „wirtschaftliche Vernunft“ und „gegenseitiger Nutzen“.

Diese Verschiebung ist kein Zufall. Sie ist Teil einer Kommunikationsstrategie, die in China seit Jahrzehnten bewusst gepflegt wird – und im Westen auf eine

sprachlich entkernte Öffentlichkeit trifft. Chinas Strategie lautet: leise Präsenz, lauter Erfolg.

Die Kommunistische Partei investiert Milliarden in Medien und kulturelle Kooperationen, nicht um Propaganda zu betreiben, sondern um Normalität zu erzeugen. Begriffe wie „Kooperation“ oder „Modernisierung“ werden so lange wiederholt, bis sie als unverdächtig gelten. Diese „lautlose Eroberung“ funktioniert, weil sie auf eine Kultur trifft, die sich an ihrer eigenen Sachlichkeit berauscht. Die Folge: China muss seine wachsende Macht nicht mehr erklären. Der Westen erklärt sie sich wohlwollend selbst.

## Drei Hebel als Muster

Nirgends zeigt sich das deutlicher als beispielsweise in Ungarn. Mit dem geplanten Fudan-Campus in Budapest entsteht der erste chinesische Universitätsstandort außerhalb Chinas – finanziert durch Kre-

dite der chinesischen Staatsbank, gebaut von chinesischen Firmen. Offiziell eine Bildungspartnerschaft, tatsächlich ein Instrument der Elitenbindung. Parallel expandiert der Elektromobilitätskonzern BYD mit staatlicher Förderung, und der Bau der Bahnlinie Budapest–Belgrad, zentraler Bestandteil der „Belt and Road“-Initiative, wird zu 85 Prozent über chinesische Kredite finanziert. Drei Hebel – Bildung, Industrie, Infrastruktur – verbunden durch ein gemeinsames Muster: Projekte, die klar geopolitisch gedacht sind, werden in Europa vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet. Kritische Fragen zu Kreditbindung, Technologiezugriff oder politischer Einflussnahme gelten als unpraktisch.

Doch Europa hätte gewarnt sein können. Schon in der Schuldenkrise nutzte China geopolitische Lücken. Als Griechenland 2010 in die Zahlungsunfähigkeit rutschte, übernahm der Staatskonzern

COSCO die Mehrheit am Hafen von Piräus – heute ein Knotenpunkt der „Belt and Road“-Initiative. Während die EU Griechenland stabilisierte, sicherte sich Peking lautlos eine der wichtigsten Handelsdrehscheiben Europas. Bemerkenswert ist weniger der Kauf als das, was danach geschah: nichts. Der Hafen verschwand aus den Schlagzeilen. Unsichtbarkeit ist Teil der chinesischen Kommunikationsstrategie – und der Westen spielt mit, indem er schlicht nicht hinsieht.

In Großbritannien ist man zumindest einen Schritt weiter. Nach Jahren enger Kooperation mit chinesischen Staatsunternehmen im Energiesektor zog die Regierung 2022 die Reißleine. Bei Sizewell C kaufte London die chinesischen Anteile zurück, das Nachfolgeprojekt Bradwell B wurde gestoppt. China wurde nicht verurteilt, aber entflochten – eine späte Einsicht: Souveränität ist halt keine Detailfrage, sondern eine Systemfrage.

## Win-win als Einbahnstraße

Auch in Serbien und auf dem westlichen Balkan investiert China massiv in Infrastruktur, Rohstoffe und Industrie. Die Projekte – finanziert durch chinesische Kredite, gebaut von chinesischen Firmen – schaffen Bindungen, die sich politisch kaum mehr lösen lassen. Belgrad spricht von „strategischer Partnerschaft einer gemeinsamen Zukunft“, ein Begriff, der klingt wie aus einem Werbeprospekt, aber faktisch Abhängigkeit beschreibt.

Hin und wieder kritisiert die EU leise Chinas Einfluss, trägt dann aber gleich wieder selbst zu ihm bei. Brüssel hält seit Jahren Fördermittel an Ungarn zurück – aus angeblicher Sorge um Rechtsstaatlichkeit. Doch Budapest ersetzt das fehlende Kapital durch chinesische Kredite. So wird China zum Ersatzinvestor. Für Peking ist das eine doppelte Chance: Es erhält faktisch Eintritt in den EU-Binnenmarkt und demonstriert zugleich, dass Europa keinen gemeinsamen Kurs gegenüber China findet. Diese Konstellation ist die eigentliche „Win-Win-Situation“ – allerdings nur für die Volksrepublik.

Sanfte Kapitulation meint keinen offenen Verzicht, sondern eine schrittweise Selbstentmächtigung. Sie beginnt in der Sprache – in der Bereitschaft, Machtfragen in Vernunftbegriffe zu übersetzen und Konflikte als Missverständnisse zu behandeln. Die westliche Öffentlichkeit beschreibt China inzwischen so, wie China gerne beschrieben werden möchte: rational, modern, unvermeidlich. Solange Europa diese Erzählung übernimmt, verliert es nicht nur geopolitische Kontrolle, sondern auch die Fähigkeit zur Selbstprüfung. Es ist nicht Chinas Stärke, die uns gefährdet, sondern unsere Weigerung, die Realität klar auszusprechen.

## BÖSER TREND

## Polnische Sittenwächter gehen auf Patrouille

Was eher als Spaß im Internet begann, wird nun zunehmend zur psychischen Gewalt gegen junge Frauen

Ursprünglich wohl als Witz gedacht, eskaliert in Polen eine Form von Cybermobbing, die wie eine moderne Variante der islamischen „Belehrungsstreifen“ im Iran daherkommt. Seit dem Sommer verbreiten sich in den sozialen Netzwerken Videos, die Gruppen junger Männer zeigen, die auf Straßen oder in Einkaufszentren gezielt junge Frauen und Mädchen bloßstellen, die aus ihrer Sicht zu freizügig und provokativ gekleidet sind. Finden die Männergruppen eine junge Frau, die ihnen nicht „sittsam“ genug vorkommt, sprechen sie diese an und fordern sie dazu auf, „mehr Respekt“ zu zeigen.

Die Videos der Konfrontationen werden anschließend auf Plattformen wie TikTok oder Instagram mit beleidigenden Kommentaren veröffentlicht. Bei ihren Aktionen tragen die zumeist minderjähri-

gen jungen Männer gelbe Warnwesten mit der Aufschrift „Szon Patrol“, zu Deutsch ungefähr „Huren-Patrouille“ oder „Schlampen-Streife“. Mittlerweile wurden bereits mehr als 12.000 Videos von „Szon Patrols“ online gestellt. Begonnen hat die Entwicklung laut polnischen Medienberichten während der Sommerferien, als einige polnische Schüler auf der Plattform TikTok die nach ihrer Ansicht unpassende Kleidung von Mitschülerinnen kommentierten. Diese Aktion fand unter älteren Jugendlichen schnell Nachahmer, eskalierte und breitete sich auch auf Instagram und Facebook aus.

Polens Beauftragter für Kinderrechte, Mikołaj Pawlak, hat die Plattformen Meta und TikTok inzwischen aufgefordert, den unsäglichen Trend des „Szon Patrol“ einzudämmen: „Das ist eine reale Form von

psychischer Gewalt, die – wie Experten warnen – zu tiefgehender Stigmatisierung und langfristigen emotionalen Problemen führen kann.“

Polnische Medien haben tatsächlich bereits über Fälle berichtet, bei denen Mädchen plötzlich an einer Schulphobie leiden oder sogar Angst bekommen, das Haus zu verlassen. Kinga Szostko, Gründerin der App „KidsAlert“, berichtete im polnischen Radiosender Tok FM, viele Opfer der „Szon Patrols“ hätten sich nach den Sommerferien nicht mehr zur Schule getraut.

Der Psychologe Konrad Ciesiolkiewicz betont in einem Beitrag für das Nachrichtenportal „Interia.pl“: „Das ist nichts anderes als reine Gewalt unter Gleichaltrigen – psychische und sexuelle Gewalt. Mädchen, die dieser Form der Gewalt aus-

gesetzt sind, können mit ihren psychischen und sozialen Folgen viele Jahre lang zu kämpfen haben.“ Juristisch ist den „Szon Patrols“ offenbar nur schwer beizukommen. Bei den selbst ernannten Sittenwächtern handelt es sich zumeist um Minderjährige. In Polen gelten Jugendliche erst ab 17 Jahren als strafmündig, allerdings können die Eltern haftbar gemacht werden.

Als Reaktion auf die „Szon Patrols“ haben drei polnische Journalistinnen das Video einer originellen Aktion veröffentlicht. Gezeigt werden die drei Frauen, wie sie durch die Straßen Warschaus gehen und Passanten Rosen überreichen. Statt der Aufschrift „Szon Patrol“ tragen die Warnwesten der Frauen die Aufschrift „Schön Patrol“ – inklusive des deutschen Umlauts. Hagen Ritter

VON PETER ENTINGER

Der Digitalverband European DIGITAL SME Alliance sowie mehr als 40 Internetunternehmen schlagen Alarm: In einem offenen Brief haben sie vor den Plänen einer EU-weit verpflichtenden „Chatkontrolle“ gewarnt. Diese vorgesehenen Überwachungsmaßnahmen – das automatisierte Scannen aller privater Chat-Nachrichten vor der Verschlüsselung – gefährde die Datensicherheit und brächten massive Nachteile für den digitalen Standort Europa. Die Unterzeichner des Briefes fordern die EU-Minister auf, alle Vorhaben abzulehnen, die „Client-Side-Scanning“ oder die anlasslose Massenüberwachung privater Kommunikation vorschreiben.

Tatsächlich ist zu befürchten, dass der aktuelle Vorschlag der EU-Ratspräsidentschaft das Internet „nicht nur für alle unsicherer“ machen wird, sondern auch eines der zentralen Ziele Europas untergräbt: die digitale Souveränität. Europäische Dienste müssten nämlich ihre Sicherheitsstandards aufweichen, um Nachrichten – auch Ende-zu-Ende-verschlüsselte – nach illegalen Inhalten zu durchsuchen. Dies kann nur viele Nutzer vertreiben. Die Folge wäre eine stärkere Abhängigkeit von ausländischen Tech-Giganten, die gerade nicht den EU-Regeln unterliegen. Kleine und mittlere Unternehmen wären besonders betroffen, da ihnen oftmals die Ressourcen fehlen, um so aufwendige Überwachungstechnik zu entwickeln und zu betreiben. Außerdem zieht die Einhaltung der Scan-Pflicht unverhältnismäßige Kosten nach sich und könnte manche Anbieter vom Markt drängen. Zugleich würde die nationale Sicherheit geschwächt, da eingebaute Sicherheitslücken Tore für Kriminelle und feindliche Akteure öffnen könnten.

Europa hat sich durch strenge Datenschutzgesetze wie die Datenschutzverordnung (DSGVO) einen guten Ruf erarbeitet – Datenschutz „made in Europe“ ist ein Alleinstellungsmerkmal und vielleicht der einzige Wettbewerbsvorteil gegenüber den USA und China. Ausgerechnet dieser Vorteil würde durch die Chatkontrolle zu nichte gemacht. „Dies wird die europäische Innovation ersticken und die Dominanz ausländischer Anbieter zementieren“, heißt es in dem Brief. Die Unterzeichner fordern daher, die Chatkontrolle aus dem Gesetzesvorschlag zu streichen. Stattdessen solle die EU andere Maßnahmen zum Kinderschutz ergreifen – wirksam und verhältnismäßig, ohne Europas digitales Fundament zu untergraben.

Mit ihrer Ablehnung der Chatkontrolle stehen die IT-Firmen nicht allein. IT-Sicherheitsexperten, Juristen, Datenschüt-



Schnüffeln und Mithören: Die EU will aus Sicherheitsgründen private Kommunikation kontrollieren, bevor sie verschlüsselt wird

## DIGITALE ÜBERWACHUNG

## Beim Kinderschutz weit übers Ziel hinausgeschossen

Die geplante EU-weite Chatkontrolle wird als Eingriff in die Privatsphäre gewertet – Experten befürchten das Aufweichen von Sicherheitsstandards

zer, Internet-Verbände und Wissenschaftler warnen vor einer anlasslosen Durchleuchtung privater Nachrichten. Das würde die größte Überwachungsmaschine Europas schaffen. Sogar der Deutsche Kinderschutzbund, Amnesty International und Reporter ohne Grenzen haben sich ausdrücklich dagegen positioniert – ebenso die deutschen Branchenverbände Bitkom und eco.

### Deutschland stellt sich dagegen

Auch die Betreiber beliebter Messenger-Dienste protestieren: Signal, Threema und der Meta-Ableger WhatsApp etwa haben deutlich gemacht, dass sie eine Aufweichung ihrer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nicht akzeptieren werden. Die Präsidentin der Signal-Stiftung, welche die Verantwortung für die gleichnamige Mes-

senger-App Signal trägt, Meredith Whittaker, sagte: „Wir werden notfalls lieber den europäischen Markt verlassen, als die eigene Verschlüsselung zu unterminieren!“

In Deutschland hat die Bundesregierung nun klargestellt, dass sie den umstrittenen EU-Vorstoß so nicht mittragen wird. Justizministerin Stefanie Hubig (SPD) erklärte: „Anlasslose Chatkontrolle muss in einem Rechtsstaat tabu sein. Private Kommunikation darf nie unter Generalverdacht stehen. Der Staat darf Messenger auch nicht dazu zwingen, Nachrichten vor Versendung massenhaft auf verdächtige Inhalte zu scannen.“

CDU-Fraktionschef Jens Spahn etwa verglich das Chat-Scanning mit dem präventiven Öffnen aller Briefe und mit dem Verletzen des Briefgeheimnisses. Er folgte entsprechend deutlich: „Das geht so

nicht, und deshalb wird es das mit uns nicht geben.“ Mit der deutlichen deutschen Position schwinden zugleich die Erfolgsaussichten der Pläne im EU-Rat.

Für die EU-Kommission bedeutet die Kritik einen herben Rückschlag. Zwar besteht Einigkeit darüber, dass Kinderschutz enorm wichtig ist – doch das Mittel der lückenlosen Chat-Durchleuchtung schießt weit über das Ziel hinaus. Beobachter fordern stattdessen ein Umsteuern: Anstatt die sichere Kommunikation aller Bürger zu gefährden, solle sich die Politik auf wirkungsvolle und grundrechtskonforme Maßnahmen konzentrieren. Denkbar wären eine bessere personelle Ausstattung der Ermittlungsbehörden und intensivere internationale Zusammenarbeit, um Netzwerke von Kinderschändern gezielt zu zerschlagen.

## AKTUELLE STUDIE

## Russland und China übelste Internet-Saboteure

Über 200 Millionen Euro Schäden entstanden für deutsche Firmen durch Cyberkriminalität

Cyberangriffe in Form von Datendiebstahl sowie Sabotage an der IT-Technik haben deutschen Unternehmen in den letzten zwölf Monaten Schäden von mehr als 200 Milliarden Euro zugefügt. Das ergab eine repräsentative Umfrage unter mehr als eintausend Firmen in der Bundesrepublik, über deren Ergebnis der Präsident des Digitalverbands Bitkom, Ralf Wintergerst, bei der Vorstellung der aktuellen Studie „Wirtschaftsschutz 2025“ informierte.

In dem Papier machen die Bitkom-Experten unterschiedliche feindliche Akteure für die Angriffe verantwortlich. An erster Stelle sollen Täter aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität stehen, deren Vorgehen in der Regel auf eine maximale Störung des Betriebsablaufs abzielt, um die Unternehmen zur Zahlung von Löse-

oder Schutzgeld zu zwingen. Darüber hinaus sieht die Studie zahlreiche staatliche Akteure am Werk, die vor allem versuchen, an Interna von Hightech- und Rüstungsunternehmen zu gelangen. Dabei dringen sie möglichst vorsichtig in die IT-Systeme ihrer Opfer ein, damit der Datenabfluss unentdeckt bleibt.

Ansonsten nimmt auch das Social Engineering zu, bei dem zwischenmenschliche Beziehungen für Spionage- oder Sabotagezwecke missbraucht werden – beispielsweise durch einen erschlichenen Zugriff auf die Computer oder Mobiltelefone von Geheimträgern.

Bei den staatlichen Akteuren rangieren dem Bericht zufolge Russland und die Volksrepublik China ganz eindeutig vorn, gefolgt vom Iran und Nordkorea. In einem Drittel aller Fälle blieb indes unklar, wo-

her die Attacke kam. Dennoch sieht der neuernannte türkischstämmige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen, welcher den Bericht gemeinsam mit Wintergerst präsentierte, die Wahrnehmungen seiner Behörde mehr als bestätigt: „Russland und China sind die Hauptakteure, die im Bereich Cyberaktivitäten und Sabotageaktivitäten beobachtet werden.“ Darüber hinaus müsse man davon ausgehen, dass die Bedrohung weiter zunehme.

Auf die Frage von Pressevertretern, wie der Verfassungsschutz auf diese Entwicklung reagieren wolle, antwortete Selen, sein Bundesamt durchlaufe gerade einen Transformationsprozess, an dessen Ende die Abwehr von Cyberattacken und der Spionage oder Sabotage im virtuellen Raum oberste Priorität besitzen werde.

Dazu brauche es allerdings eine Erweiterung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Außerdem benötige der Inlandsgeheimdienst mehr Personal und Geld.

Wintergerst wiederum drückte seine Besorgnis darüber aus, dass die mittelständischen und kleinen Betriebe der Bundesrepublik der Widerstandsfähigkeit ihrer Computersysteme noch zu wenig Aufmerksamkeit widmeten – teils, weil sie über keine entsprechenden Fachleute verfügten, teils, weil das Problembewusstsein fehle, obwohl Cyberangriffe schnell zum Ruin führen könnten. Außerdem riet er dringend zum Kauf von deutschen IT-Sicherheitsprodukten, um die digitalen „Kronjuwelen“ der Unternehmen zuverlässig zu schützen. *Wolfgang Kaufmann*

## MELDUNGEN

## Rente unter der Armutsgrenze

Berlin – Etwa 64 Prozent aller Altersrentner in der Bundesrepublik haben 2024 eine Rente bezogen, die weniger als 1400 Euro im Monat betrug und damit unter der offiziellen Armutsgrenze lag. Die Zahl der Rentner unter der Armutsgrenze lag bei 11,3 von 17,7 Millionen deutschen Rentenbeziehern. Frauen und Ausländer erhielten dabei sogar zu jeweils um die 80 Prozent Armutsrenten. Aufgrund der höheren Beschäftigungsquote bei Frauen und des geringeren Ausländeranteils lag der Anteil der Renten unter 1400 Euro in den östlichen Bundesländern sechs Prozentpunkte niedriger als in den westlichen. Die Bundesregierung verweist darauf, dass „der Rentenzahlbetrag im Regelfall nicht das einzige Einkommen eines Haushalts“ sei. Dahingegen sagte der AfD-Sozialexperte René Springer: „Altersarmut wird in Deutschland zum Massenphänomen.“ *W.K.*

## Drohnen im Investorenfokus

Frankfurt am Main – Bei Beteiligungsinvestoren wächst das Interesse an der deutschen Verteidigungsindustrie. Laut Studie der KfW-Bank gaben im Sommer 30 Prozent der befragten Investoren an, in Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie investiert zu haben. Neben etablierten Rüstungsunternehmen rücken zunehmend auch neue Unternehmen in den Fokus der Investoren. Als besonders attraktiv gelten für Beteiligungsgesellschaften Unternehmen, die in den Bereichen Cyberabwehr, Robotik, künstliche Intelligenz, Überwachung und Aufklärung aktiv sind. Klassische militärische Teilbereiche sind für Beteiligungsinvestoren offenbar weniger attraktiv. Begehrt sind zudem Firmen, die sowohl militärische als auch zivil nutzbare Produkte herstellen. Kritisch sehen Beteiligungsinvestoren gesetzliche Beschränkungen wie das Kriegswaffenkontrollgesetz oder die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen. *H.M.*

## Sorgen wegen Megakraftwerk

Peking – Die Volksrepublik China baut ein Wasserkraftwerk im Südosten Tibets, was in Indien und Bangladesch höchste Besorgnis auslöst. Nach der Fertigstellung würde die Anlage bei Medog, die 176 Milliarden US-Dollar kosten soll, drei Mal mehr elektrische Energie liefern als das Dreischluchten-Kraftwerk am Jangtsekiang. Das Problem ist, dass sie den Fluss Yarlung Tsangpo anstaut, also den Oberlauf des durch Indien und Bangladesch fließenden Brahmaputra-Jamuna. Dieser Strom versorgt Millionen Menschen und die Landwirtschaft in beiden Staaten mit Wasser. China behauptet allerdings, der Anteil des Yarlung Tsangpo an der Durchflussmenge des Brahmaputra-Jamuna liege je nach Jahreszeit nur bei sieben bis maximal 30 Prozent. Dagegen ergab eine Studie der indischen Regierung, dass der Staudamm den Durchfluss in der Trockenzeit um bis zu 85 Prozent reduzieren könnte. *W.K.*

## KOMMENTAR

# Digitaler Fortschritt mit Nebenwirkungen

CHRISTIAN RUDNITZKI

Die Bundesregierung hat die Einführung einer staatlichen „digitalen Brieftasche“ (Digital Wallet) angekündigt. Sie soll es den Bürgern ermöglichen, amtliche Dokumente wie Führerschein, Fahrzeugschein oder Personalausweis digital auf dem Smartphone zu speichern. Damit will der Staat bisher eher umständliche und verworrene Verwaltungswege spürbar vereinfachen – der übliche Personalausweis und weitere Dokumente im Portemonnaie sollen damit überflüssig werden.

Die digitale Brieftasche ist dabei ein Teil einer europäischen Gesamtstrategie. Grundlage ist die EU-Verordnung über die digitale Identität („eIDAS 2.0“, Mai 2024). Sie verpflichtet alle EU-Mitgliedstaaten, bis 2026 eine European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) bereitzustellen. Die Nutzung bleibt offiziell freiwillig – vorerst. Mit jeder neuen Pflichtanwendung wächst jedoch der Druck, sie dann auch tatsächlich zu verwenden.

Deutschland plant, die digitale Brieftasche über die BundID und das Onlinezugangsgesetz (OZG) zu integrieren. Zugleich wurden rund 80 weitere Maßnahmen beschlossen, um Bürokratiekosten in Höhe von etwa 16 Milliarden Euro zu senken. Wenn es funktioniert, kann die besagte Wallet vieles erleichtern: Grenzübertritte, Mietverträge, Kontoeröffnungen – alles mit einem einzigen Klick.

Doch Bürokratie verschwindet nicht einfach so oder löst sich in Luft auf, wenn man sie digitalisiert. Sie wird nur schneller, dichter und irgendwie auch unsichtbarer. Regeln und Nachweise bleiben, sie wechseln lediglich das Format. Der Staat wird nicht schlanker, sondern abstrakter. Der Bürger bleibt, was er immer war: ein Verwaltungsobjekt – diesmal allerdings mit einem QR-Code ausgestattet.

Zugleich entsteht ein neues Machtzentrum. Je mehr Daten zentral gebündelt werden, desto größer das Risiko von Missbrauch, Cyberangriffen und Abhängigkeit. Kontrolle verschiebt sich leise – von der Politik in die digitale Systemarchitektur. Jede Vereinfachung schafft neue Komplexität; und je komplexer sie wird, desto störanfälliger. Bürokratie bleibt, was sie war – nur hoffentlich pünktlicher als die Bundesbahn.

## Entfernung zum Bürger nimmt zu

Europa digitalisiert sich nicht, um Macht zu teilen, sondern um sie zu bündeln. Die digitale Brieftasche steht für diesen supranationalen Anspruch: Effizienz, Sicherheit, Ordnung – über Grenzen hinweg. So verliert der Staat Souveränität, der Bürger Nähe. Als Warnbild

kann die Geschichte dienen: Denn auch im Habsburgerreich wuchs die Verwaltung schneller als die politische Vorstellungskraft. Sie produzierte Formulare, keine Freiheit. Als die Komplexität untragbar wurde, brach das Reich zusammen – ein Lehrstück, wie Systeme an ihrer eigenen Ordnung scheitern.

Heute nun droht Ähnliches, nur digital und lautlos – ein Europa, das sich perfektioniert und den Menschen verliert. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug. Wer Freiheit digital absichern will, „um Geld zu sparen“, nähert sich still jenen Strukturen an, von denen er sich abgrenzt. Auch in China heißen die Ziele Effizienz, Sicherheit, Ordnung – nur dass man dort offener von Kontrolle spricht, wie das staatliche Programm zur Online-Identitätsauthentifizierung zeigt. Das ist kein Alarmschrei, sondern Realismus. Je digitaler der Staat wird, desto größer die Gefahr, sich vom Bürger zu entfernen, dem er eigentlich dienen soll. Wer glaubt, technische Möglichkeit allein könne Freiheit sichern, befindet sich – ganz analog und ziemlich volkstümlich – auf dem Holzweg.

16

**Milliarden Euro** weniger an Bürokratiekosten – doch eins steht fest: Bürokratie verschwindet nicht durch die Digitalisierung. Sie wird nur schneller, dichter und irgendwie unsichtbarer, aber Regeln und Nachweise bleiben.

## Preußische Allgemeine

### IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Kulturstaatsminister Weimer will bei den linksextremen Verlagen nichts Verdächtiges bemerkt haben Bild: IMAGO/IPON

## LEITARTIKEL

# Preise für Antifa und Marx

ROBERT MÜHLBAUER

Das die Kulturszene und die staatliche Kulturförderung eine starke politisch linke Schiefelage aufweisen, ist allgemein bekannt. Umso mehr erstaunt und irritiert es, dass sogar ausgewiesene linksradikale und linksextreme Verlage mit Steuergeld subventioniert werden. Verlage, die Marx, Lenin und die Antifa preisen. So geschehen beim diesjährigen Deutschen Verlagspreis, mit dem Kulturstaatsminister Wolfram Weimer „achtzig herausragende Verlage“ ehrt. Sie erhalten ein „Gütesiegel“ und je 18.000 Euro Preisgeld. Drei bekommen einen Spitzenpreis von 50.000 Euro, der diese Woche auf der Frankfurter Buchmesse vergeben wurde. Insgesamt sind es also 1,6 Millionen Euro für die Verlagshäuser. „Es sind Verlage, die die literarische Vielfalt in Deutschland beleben und denen wir besondere Bücher verdanken. Bücher, die den demokratischen Diskurs stimulieren, zum kritischen Denken anregen und die eigene Gedanken- und Gefühlswelt bereichern“, schwärmt Weimer auf der dazugehörigen Internetseite.

Doch ein genauerer Blick in die Liste der Preisträger zeigt auch einige faule linke Äpfel. Beispielsweise der „Manifest Verlag“ aus Berlin, der aus seiner linksradikalen Gesinnung keinen Hehl macht. In seinem Shop bietet der relativ junge Verlag Fan-Poster mit den Gesichtern der kommunistischen Größen Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Trotzki an. Lenin und Trotzki waren für Hunderttausende Tote in der Russischen Revolution verantwortlich. Im Manifest-Shop werden Lenins Klassiker „Staat und Revolution“ und „Was tun?“ sowie Trotzki „Revolution in Russland“ verkauft. Ein anderes Buch verherrlicht wiederum die „Black Panther Party“, eine schwarze terroristische Gruppe aus den USA in den 1960ern und 1970ern, die zum Vorbild für die deutsche Linke erklärt wird.

Der ebenfalls prämierte „Unrast Verlag“ aus Münster wiederum hat als Top-Titel im aktuellen Angebot den „Antifa-Kalender 2026“. Dass der Verlag schon mal im Verfassungsschutzbericht des Landes NRW im Bereich Linksextremismus erwähnt wurde, scheint Weimers siebentköpfige Preisjury nicht gestört zu haben. Als Bestseller preist Unrast das Buch „Tipps und Tricks für Antifas und Antiras“ an – eine komplette Praxisanleitung für

den linksextremen Kampf. Kapitel des Ratgebers heißen zum Beispiel: „Bekennner\_innenschreiben“, „Bei Festnahmen“, „Im Verhör“. Das Buch, das der deutsche Staat nun subventioniert, gibt also Anleitungen für Bekennerschriften, bei Festnahmen und Verhören durch die Polizei

## Man sehe bei den Buchverlagen „keine Verdachtsmomente“

**Büro von Kulturstaatsminister Wolfram Weimer**  
Antwort auf eine Presseanfrage

– das klingt nach krimineller Antifa. Zudem weist das Buch auf die Organisation „Rote Hilfe“ für angeblich politisch verfolgte aus dem linksextremen Lager hin, die seit Jahrzehnten vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Offenbar finden Weimers Jury-Mitglieder bei all dem nichts Anstößiges oder gar Übles.

Eindeutig im linksradikalen Milieu beheimatet ist auch der „Verbrecher Verlag“. Ein Verlag, der im linksalternativen Berliner Zentrum Mehringhof seine Büros hat, und schon zum fünften Mal Geld vom staatlichen Verlagspreis erhält. Er hat damit schon unterm Strich annähernd 100.000 Euro Subvention bekommen. In seinem Programm findet sich beispielsweise der Titel „Gedenken abschaffen“, ein Buch, das die Erinnerung an das Bombardement Dresdens 1945 kritisiert. Verfasser ist das „Antifa Recherche Team Dresden“, das der sächsische Verfassungsschutz seit Jahren als „linksextremistisch eingestufte Gruppe“ beobachtet.

Das Medienportal „Nius“ fragte bei Wolfram Weimers Behörde nach, ob ein staatlicher Geld-Preis für solche Verlage mit Verbindungen in die linksextreme Szene angemessen sei. Das Büro des Kulturstaatsministers reagierte ausweichend. Bei den prämierten Buchverlagen sehe er „keine Verdachtsmomente“ auf „gewaltverherrlichende“, „verfassungsfeindliche“ oder „strafbare“ Inhalte. Obwohl die Verbindungen offensichtlich sind.

Wäre auch ein Verlag mit Verbindungen in die rechtsradikale Szene oder mit nur tendenziös rechtskonservativer Lite-

ratur prämiert worden? Wohl kaum. Zumindest hätte es dann einen empörten Aufschrei gegeben, linke bis linksliberale Medien würden wütenden Protest erheben. So aber blieb die Kritik auf ein paar konservative Medien beschränkt: Das Portal „Nius“ deckte den Skandal auf und hakte mehrfach nach, auch die „Junge Freiheit“ berichtete. Als erstes hatte das „Freilich Magazin“ aus Graz die schillernde linksradikale Verlagswelt beleuchtet, die Weimer in diesem Jahr auszeichnet.

Zu den Blüten aus diesem Sumpf zählt auch die von Alt-1968ern gegründete „Edition Nautilus“ aus Hamburg. In ihrer Anfangszeit vertrieb sie vor allem anarchistische Bücher, nun aber hat sich Nautilus besonders auf „gender-queere“ Themen verlegt. Schon die Titel im aktuellen Programm zeigen, um was für geistige Perlen es sich hierbei handelt. Zum Beispiel das Buch „Lesben sind die besseren Väter“. Oder das kulturgeschichtlich sicherlich hoch interessante Buch mit dem pikanten Titel „Spritzen. Geschichte der weiblichen Ejakulation“.

## Ein Hauch von Mitleid

Edition Nautilus hat auch den queer-theoretischen Klassiker „Das homosexuelle Begehren“ des trotzkistischen Schwulenkämpfers Guy Hocquenghem im Angebot. Ein anderes Nautilus-Buch ist „Die sexuelle Revolution“ einer Autorin, die von einem Aufstand von Frauen, Queers und Transpersonen gegen die bürgerliche Gesellschaft und Politik träumt. Oder „Das weiße Denken“ – eine postkolonialistische Pauschalanklage gegen die weißen Gesellschaften. Edition Nautilus erhält in diesem Jahr schon zum dritten Mal den staatlichen Verlagspreis.

Ein weiteres Dutzend Verlage aus dem linken Spektrum kann sich ebenso über Geld aus Weimers Steuertopf freuen, etwa der „Argument Verlag“, der „März Verlag“, „Mikrotext“, „Maro“ und „Verlag Westfälisches Dampfboot“. Ein paar kulturell wirklich anspruchsvolle linke Verlage wie Wagenbach werden gefördert.

Die meisten bieten neben ihrer Literatur eine schwer genießbare linke Theoriebrühe. Wie in jedem Jahr dient der staatliche Verlagspreis als Gießkanne, um die Biotope der linken Kleinverlage zu wässern. Man kann den eigentlich als konservativ geltenden Kulturstaatsminister Weimer fast bemitleiden, dass er seinen Namen für die mehr als zweifelhafte, fragwürdige Preisverleihung hergeben muss.

# Der Nobelpreis für Literatur geht an Ungarn

Jahrelang bereits als Aspirant gehandelt, erhält der in Berlin lebende László Krasznahorkai in diesem Jahr die begehrte Ehrung

VON BENCE BAUER

Der diesjährige Literaturnobelpreis geht an den 71-jährigen Ungarn László Krasznahorkai. Er ist damit nach Imre Kertész der zweite ungarische Preisträger dieser renommierten Auszeichnung. 2023 wurden Katalin Karikó (Medizin) und Ferenc Krausz (Physik) ebenfalls mit einem Nobelpreis geehrt. Ungarn hat der Welt überproportional viele Nobelpreisträger geschenkt, doch entfalteten viele von ihnen im Ausland ihr Wirken. Der heuer Ausgezeichnete lebt zwar schon seit Jahren in Berlin, doch verbrachte er Kindheit und Universitätsjahre in seinem Heimatland, auch die ersten Werke schuf er dort. Gerade darum ist man in Ungarn stolz auf den Drehbuchautor und Schriftsteller, das ganze Land gratulierte ihm unisono. Und auch wenn Krasznahorkai als bekennender politischer Gegner der Orbán-Regierung gilt, ließ es sich der Ministerpräsident nicht nehmen, dem Nobelpreisträger persönlich zu gratulieren.

## Ein fesselndes wie visionäres Werk

Das Nobelpreiskomitee würdigte den Ungarn mit folgenden Worten: „... für sein fesselndes wie visionäres Werk, das inmitten apokalyptischen Schreckens die Macht der Kunst bekräftigt“. Die erste Reaktion von Krasznahorkai auf diese Ehrung war bezeichnend für seinen schalen Humor: Dem schwedischen Radio erklärte er, dass er ruhig und unruhig zugleich sei, denn: „Es ist bisher der erste Tag, an dem ich den Nobelpreis erhalten habe.“ Der Erfolgsautor wurde am 5. Januar 1954 in der südosteuropäischen Kleinstadt Gyula nahe der rumänischen Grenze geboren. Diese entlegene Gegend wird in Ungarn als „Sturmecke“ bezeichnet, weil sie dem Land stürmische Umbrüche und wetterfeste Charaktere bescherte. Krasznahorkai ist ein ebensolcher sturmerprobter und erdverwachener Schriftsteller. Seine Werke sind voller Wucht und von erschlagender Stärke, erzählerischer Klarheit und tiefen Gedanken.



Würdiger Preisträger: Der ungarische Autor László Krasznahorkai

Bild: imago/TT

Sein Erstlingswerk „Satanstango“ erschien vor 40 Jahren. Darin beschrieb Krasznahorkai auf fabelhafte Weise die inneren Brüche und Spannungen in einer südostungarischen Siedlung, in die das kommunistische Kolchoswesen Verfall und Trostlosigkeit gebracht hatte. Das Werk ist eine Absage an Ideologie und Verheißung und war in den späten 1980er Jahren des ungarischen Kádár-Regimes eine unerhörte literarische wie politische Meisterleistung, die zu Recht in viele Sprachen übersetzt wurde.

Den deutschen Lesern dürfte das Wirken Krasznahorkais nicht ganz verborgen geblieben sein. Neben „Satanstango“ liegen in deutscher Sprache auch andere Werke des Ungarn vor, allen voran der in Deutschland handelnde Roman „Herscht 07769“. Diese Erzählung spielt in einer fiktiven Thüringer Kleinstadt namens Kana, deren Postleitzahl im Werk 07769 ist. Es

bedarf kaum großer Ortskenntnisse, um zu erkennen, dass sich der Schriftsteller an dem fast gleichnamigen Städtchen Kahla südlich von Jena mit der fast identischen Postleitzahl 07768 orientiert. In den letzten Jahren für seine aus Jena herausgedrängte Neonaziszene bekannt, steht Kahla für eine im Osten des Landes angeblich grassierende Xenophobie und Kleingeistigkeit. Auch der Autor bedient sich dieses Klischees, indem er Kana symbolisch für den in seiner Lesart rückwärtsgewandten und fremdenfeindlichen Osten stellt.

Der Protagonist Florian Herscht ist ein einfacher wie behäbiger Hilfsarbeiter, der sich mit schlecht bezahlter Fassadenreinigung über Wasser hält. Dabei stehen er und die anderen Putzmänner wohl als Chiffre einer vorgeblichen Säuberung nicht nur der Hauswände, sondern auch abweichender Meinungen. Der Vorgesetzte, einfach nur „Boss“ genannt, nutzt

Herscht nicht nur wirtschaftlich wie existenziell schamlos aus, sondern will ihn auch politisch instrumentalisieren. Dessen plumpe Werben um den Eintritt in die „Einheit“, eine Neonazi-Schlägertruppe und das fast schon fanatische Eifern um diese Gesinnung auch optisch feiernde Tattoos lassen den Boss in den Augen von Florian Herscht zur furchterregenden Allmacht wachsen. *Nomen non est omen*: Herscht herrscht nicht, sondern wird beherrscht. Umso mehr verwundert, dass der aus prekären materiellen wie intellektuellen Verhältnissen stammende Herscht sich ein Herz fasst und der Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Brief aufsetzt, vor der nahenden Apokalypse warnend. Als Absender schreibt er lediglich seinen Nachnamen und die Postleitzahl aufs Couvert, in der wohlweislichen Annahme, dass ihn im Örtchen wohl jedermann kennt. Doch eine Antwort lässt auf sich warten.

Aus dem beflissenen Absendercode ist der zunächst verwirrende Titel des ganzen mehr als 400 Seiten starken Werkes geworden, das aus einem einzigen Satz besteht. Der Gebäudereiniger sucht in der vermeintlichen Verheißung Merkel die Flucht aus seiner alltäglichen Misere, doch die politische Botschaft ist unüberhörbar: Die Kanzlerin erscheint als Retterin aller Geknechteten und Unterdrückten – dieses wohlfeile Bild zu fertigen entsprach wohl den späten Merkeljahren: „Nein, sie ist anders, sie hört auf die einfachen Bürger“ (S. 29). Dass ein ausländischer Beobachter dieses Zerrbild zeichnet, belegt die umfassende Verankerung Krasznahorkais in den deutschen Verhältnissen, auf die er sich mit diesem Buch zutiefst einlässt.

Über die politische Aussage kann man streiten, doch über die erzählerische Wucht, die tiefe Kenntnis der Stimmung in den neuen Bundesländern und das feinsinnige Gespür für Land und Leute freilich nicht.

## Die Wahrheit ist komplexer

Der Literaturnobelpreis für den streitbaren Krasznahorkai wird sicherlich die innerdeutschen Debatten um die politischen Verhältnisse im Land weiter befeuern. Die Auszeichnung wird von einigen auch als Ansporn für das kritiklose Übernehmen der Narrative des stumpfen Ostens herhalten müssen – leider. Die Wahrheit ist viel komplexer, als dass selbst ein gut geschriebener und fesselnder Roman sie ausdrücken kann. Die Gegenwartsantik mag durchaus berechtigt sein, doch schlussendlich müssen die Menschen vor Ort entscheiden, wem sie ihre politische Zukunft anvertrauen.

Dieser Befund kann und muss auch für das Heimatland des Autors gelten. In einem halben Jahr finden dort Parlamentswahlen statt. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass die Bilder und Codes von Krasznahorkai auch im dortigen Wahlkampf instrumentalisiert werden. Davor sollten verständige Leser gefeit sein, schon deshalb ist die Lektüre von Krasznahorkai dringend empfohlen.

## KINO

# Kafka kriegt welche hinter die Löffel

Vom dominanten Vater gedemütigt – Agnieszka Hollands Film „Franz K.“ über den Prager „Process“-Autor

Der Kafka-Trubel aus dem Vorjahr, als es rund um den 100. Todestag des Prager Schriftstellers unzählige Ehrungen und Veranstaltungen gab, schien verraucht. Doch nun kommt am 23. Oktober mit „Franz K.“ ein cineastischer Nachzügler in die Kinos. Die polnische Regisseurin Agnieszka Holland, die vor allem mit ihrem 1990 entstandenen Film „Hitlerjunge Salomon“ dauerhafte Meriten einfuhr, macht sich auch mit Unterstützung deutscher Schauspieler auf die Spur des Autors, der mit Romanen wie „Der Process“ und „Das Schloss“ ein Stück Weltliteratur geschaffen hat.

Jetzt soll also „Franz K.“ auf ähnliche Weise die Filmwelt erobern. Die Polen sind vom Erfolg so sehr überzeugt, dass sie diese Filmbiographie als Beitrag ihres Landes zur Vorauswahl als „besten Internationalen Film“ für die Oscarverleihung 2026 eingereicht haben. Zumindest findet Regisseurin Holland einen originellen filmischen Zugang zum Phänomen Kafka:

mit einem Mosaik unterschiedlicher Stile und Zeitebenen. Neben fiktionaler Handlung treten Doku-Töne aus dem Off ebenso auf wie Sequenzen aus dem heutigen Prag, wenn Museumsführer des Prager Franz-Kafka-Museums die Zuschauer

praktisch an die Hand nehmen und Details aus Kafkas Schauplätzen erzählen.

Auf diese Weise wirkt Hollands Werk wie ein stilistisch blank geputzter Ausstellungsfilm, der äußerst akkurat in Kafkas Leben und Werk einführt. Deutschschü-

ler, die im Unterricht mit der Kafka-Erzählung „In der Strafkolonie“ malträtiert werden, dürfen sich bereits auf einen Kinogang freuen. Die Erzählung findet sich bei „Franz K.“ als Film im Film wieder.

Holland verzichtet weitgehend auf eine Handlung und zeigt dafür chronologisch Etappen aus Kafkas Leben. Dieses aber mit brillanten Darstellern. Mit dem deutschen Idan Weiss hat sie einen gefunden, der Kafka bis hin zu den abstehenden Ohren frapierend ähnelt. Seine asketische Lebensweise mit Schwimmsport, Freude an Freikörperkultur – nackte Männerkörper weisen hier auf das künftige KZ-Unheil hin – und minutenlanges Wiederkauen vegetarischer Speisen machen ihn zu einem Grünen unserer Tage. Den Kulturkampf nimmt Peter Kurth als despotisch-cholerischer Vater locker auf, der nach der Lektüre des Erstlingswerks „Das Urteil“ seines Sohnes diesem ein paar hinter die Löffel haut. Allein dieser Vater-Sohn-Konflikt haut jeden um. H. Tews



Unter ständiger Beobachtung wie bei einem Prozess: Idan Weiss als Franz Kafka

## MELDUNGEN

# Russe verarztet Auschwitz-Arzt

**München** – Am 23. Oktober startet mit „Das Verschwinden des Josef Mengele“ ein deutsch-französischer Film über den KZ-Arzt Josef Mengele, der nach Ende des Krieges in Südamerika untergetaucht ist. Regie führt der im Westen lebende russische Regisseur Kirill Serebrennikow. August Diehl spielt den Mengele. tws

# Ländliches und urbanes Berlin

**Berlin** – „Havelluft und Großstadtlichter. Stadt und Land in der Malerei der Berliner Secessions“ heißt die neue Ausstellung im Bröhan Museum, Schloßstraße 1a in Berlin. Bis 22. Februar sind Werke über Berliner Idyllen von Hans Baluschek, Käthe Kollwitz, Otto Nagel und anderen zu sehen. tws

VON MANUEL RUOFF

Zu den Heroen der deutschen Einigung und der sie ermöglichenden Einigungskriege zählen Preußens Regierungschef Otto von Bismarck, manchmal noch Kriegsminister Albrecht von Roon sowie Bismarcks militärisches Pendant Generalstabschef Helmuth von Moltke. Der beliebteste von ihnen in der zeitgenössischen Bevölkerung war der Letztgenannte – und zwar aus guten Gründen.

Der große Schweiger, wie er genannt wurde, entspricht so überhaupt nicht dem antipreußischen Klischee vom polternden Kommisskopf oder vom arroganten, bornierten, eingebildeten, Monokel tragenden Offizier, der die Zivilisten verachtet. Moltke mit seinem Wahlspruch „Mehr sein als scheinen – viel leisten und wenig hervortreten“ war vielmehr die Liebenswürdigkeit in Person. Und er schätzte Wissenschaft und Technik. Gerade weil er die Leistungen der Zivilisten in Wissenschaft und Technik schätzte, versuchte er diese Leistungen dem Krieg und dem Militär dienstbar zu machen. Dies ist zweifellos ein Grund für seinen Erfolg. Die Schattenseite soll hier allerdings nicht ausgeblendet werden. Es handelt sich auch um einen Schritt in Richtung Totalisierung des Krieges.

Die bekanntesten Beispiele sind sicherlich die Nutzung von Telegraphie und Eisenbahn für die schnelle Kommunikation über große Strecken und den schnellen personalschonenden Transport der Truppe zum Kampfeschehen, wo sie gut erholt, statt durch tagelange Märsche ermattet eingreifen konnte. Ohne die Telegraphie wäre Moltkes berühmte Vorgehensweise „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ nicht möglich gewesen.

#### Telegraphie und Eisenbahn genutzt

Moltke hatte die Zeichen der Zeit erkannt. Die Industrialisierung führte zu einer enormen Bevölkerungsexplosion. Hinzu kam die allgemeine Wehrpflicht, die zwar nicht von den Preußen erfunden worden war, aber dafür von ihrer sauberen, vergleichsweise unbestechlichen Verwaltung konsequent durchgezogen wurde. Hieraus ergaben sich während der Einigungskriege von 1864, 1866 und schließlich 1870/71 in zunehmendem Maße in dieser Form zuvor nicht gekannte Massenheere. Moltke erkannte das Problem der Versorgung und der Mobilität dieser Massenheere. Er formulierte es 1865 wie folgt:

*Die Schwierigkeiten in der Bewegung wachsen mit der Größe der Truppenkontingente. Mehr als ein Armeekorps kann auf einem Wege an einem Tage nicht fortgeschafft werden. Daraus ergibt sich, daß bei Armeen die Getrenntheit der Korps der normale Zustand, daß ihre Versammlung ohne bestimmten Zweck ein Fehler ist.*

*Die dauernde Konzentration wird, schon mit Rücksicht auf die Ernährung, oft eine Unmöglichkeit; sie drängt zur Entscheidung und darf deshalb nicht stattfinden, wenn der Augenblick der Entscheidung nicht gekommen ist.*

*Die versammelte Armee kann überhaupt nicht mehr marschieren, sie kann nur noch querfeldein bewegt werden. Um zu marschieren, muß sie erst wieder getrennt werden, was angesichts des Gegners eine Gefahr wird.*

*Wenn dennoch die Vereinigung aller Streitkräfte zur Schlacht unbedingt geboten ist, so liegt in der Anordnung getrennter Märsche unter Berücksichtigung rechtzeitiger Versammlung das Wesen der Strategie.*

#### Notwendigkeit der Auftragstaktik

In der Schlacht vereinen sich in Moltkes Idealfall die getrennten Kräfte nicht vor dem Feind, sondern in ihm, sprich: Sie greifen ihn aus unterschiedlichen Richtungen an unterschiedlichen Stellen an, was dazu führt, dass die feindliche Front wie 1866 bei Königgrätz von der Seite aufgerollt oder gar wie im Deutsch-Französischen Krieg eingekesselt wird. Nicht Gebietsgewinn oder Ermattung des Gegners war Moltkes Streben, sondern dessen Vernichtung. Damit ist nicht die physische

HELMUTH VON MOLTKE

## „Mehr sein als scheinen“

Vor 225 Jahren kam das militärische Pendant zum Reichsgründer Otto von Bismarck in Parchim zur Welt – 1. Teil: 1800–1840



Ein extrem belesener Militär:  
Helmuth von Moltke

Bild: Wikimedia

Vernichtung durch Tötung gemeint, sondern die militärische Neutralisierung durch Gefangennahme.

Eine Voraussetzung für das koordinierte Vorgehen trotz räumlicher Trennung ist mit der Telegraphie bereits genannt worden. Die andere Voraussetzung war die „Auftragstaktik“, die als Germanismus auch in andere Sprachen Einzug gehalten hat. Der Unterführer bekommt nicht in kurzen Zeitabständen gesagt, was er tun soll, sondern er erhält einen längerfristigen Auftrag, ein Ziel genannt, den er zu erfüllen, das er zu erreichen hat. Wie er das macht, ist weitgehend ihm überlassen.

Das setzt eine gewisse Selbstständigkeit der Unterführer voraus. Und so ist denn auch ein gesundes Selbstbewusstsein und eine Ausbildung zu eigenständigem Handeln typisch für die preußisch-deutsche Armee geworden, seit Moltke 1858 Chef des Generalstabes der Armee, des späteren Großen Generalstabes wurde.

#### Aus verarmtem Adel

Neben der Fähigkeit zu selbstständigem Denken ist auch eine gewisse Einheitlichkeit des fachlichen Denkens der Unterführer erstrebenswert, damit die Truppe beziehungsweise die Unterführer für den Führer berechenbar bleiben und nicht zum Chaosklub mutieren. Beides setzt eine sehr ausgiebige Ausbildung selbst von Unterführern voraus, die ebenfalls unter Moltke als Generalstabschef typisch für die preußisch-deutsche Armee wurde.

Wie viele preußische Reformer ist Moltke nicht in Preußen zur Welt gekommen, und wie Bismarck war er mütterlicherseits bürgerlicher Herkunft. Es hat schon eine gewisse Komik, dass der zumindest militärisch sehr fortschrittliche Moltke ausgerechnet in Mecklenburg geboren wurde, wo doch Bismarck meinte: „Wenn die Welt untergeht, so ziehe ich nach Mecklenburg, denn dort geschieht alles 50 Jahre später.“ In Parchim erblickte Moltke am 26. Oktober 1800 das Licht der Welt, ein Mann des 19. Jahrhunderts.

Über die bürgerliche mütterliche Seite seiner Vorfahren erfährt man nur Gutes. Seine Mutter, Henriette Paschen, gehörte einer Patrizierfamilie der Hansestadt Lübeck mit hugenottischem Einschlag an. Sie scheint der gute Geist der Familie gewesen zu sein. Sie wird als „eine Frau von hoher Bildung, tiefen Gemüthes und gläubigen Herzens, ernst und schweigsam,

aber voll Lust an Poesie und Kunst“ beschrieben. Der Großvater mütterlicherseits war ein wohlhabender Geheimer Finanzrat, die Großmutter mütterlicherseits wird als „sehr schöne“ Frau, „von sanftem, liebevollem Charakter“ beschrieben.

#### Begabt, fleißig und ehrgeizig

Von Moltkes adeligem Vater hört man weniger Gutes. Trotz eigenen Erbes und Mitgift seiner Frau verarmte die Familie unter seiner Führung. Um das ostholsteinische Gut Augustenhof kaufen zu können, wurde er Däne. Da er als Landwirt nicht genügend erwirtschaften konnte, trat er in die dänische Armee ein. So konnte er wenigstens erreichen, dass seine Söhne Helmuth und Fritz in den Genuss von Freistellen in der dänischen Kadettenakademie in Kopenhagen kamen. Diese Zeit empfand Moltke als trostlos. Dort habe er „keine Erziehung, sondern nur Prügel erhalten“.

Angesichts dieser beschränkten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse war Moltkes sprichwörtliche Bescheidenheit am Anfang im Gegensatz zum Ende seines Lebens geradezu alternativlos. Es spricht allerdings für Moltkes wahre und nicht nur erzwungene Bescheidenheit, dass er diese, seine Selbstbeherrschung, sein zurückhaltendes Auftreten und Wesen, das einen großen Teil seines Charmes und seines Erfolges ausmachte, selbstkritisch als Charakterfehler interpretierte.

*Da ich keine Erziehung, sondern nur Prügel erhalten, so habe ich bei mir keinen Charakter ausbilden können. Das fühle ich oft schmerzlich. Dieser Mangel an Halt in sich selbst, dies beständige Rücksicht nehmen auf die Meinung anderer, selbst die Präponderanz der Vernunft über Neigung verursachen mir oft einen moralischen Katzenjammer, der bei anderen gerade aus dem Gegenteil einzutreten pflegt. Man hat sich ja beiläufig, jeden hervorstechenden Charakterzug zu verwischen, jede Eigentümlichkeit wie die Schößlinge einer Taxuswand fein beizeiten abzukapfen – so entstand denn die unglückselige Eigenschaft des Charakters: die Charakterschwäche. Wie beneide ich fast alle anderen Menschen um ihre Fehler, um ihre Derbheit, Unbekümmertheit und Geradheit.*

Das Martyrium der Kadettenausbildung endete 1817. Die Offiziersprüfung bestand Moltke als Viertbester und das Pagenexamen als Bester. Wie alle Kadetten auf Freistellen diente er nun erst als

Page am dänischen Hofe, bevor er 1819 zum Sekondeleutnant ernannt wurde.

Moltke war begabt, noch fleißiger und ehrgeizig. Er erkannte, dass er nur durch beruflichen Aufstieg seine missliche materielle Lage verbessern konnte, und er hatte das Zeug dazu. Die dänische Armee war ihm zu klein. Aberwitzig klingt die Begründung, mit welcher der Mann, der gut vier Jahrzehnte später das Seinige zur dänischen Niederlage im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 beitrug, seine Entlassung aus dänischen Diensten dem Dänenkönig Friedrich VI. schönzureden trachtete:

*Möge es mir irgendwann in der Zukunft vergönnt sein, die Befähigungen, die ich zu erwerben trachte, zum Nutzen des Königs und Dänemarks einzusetzen.*

Die Dänen gaben sich falschen Hoffnungen hin. Moltke wechselte 1822 in die Armee der norddeutschen Großmacht Preußen, um dort zu bleiben. Und weiter arbeitete er mittels Bildung an seiner Karriere. 1823 bis 1826 besuchte er die Allgemeine Kriegsschule in Berlin. Er verließ die Ausbildungsstätte mit der Gesamtnote „vorzüglich gut“. Sein Lieblingsfach Mathematik sorgte dafür, dass es nicht nur „sehr gut“ wurde.

#### Von Dänemark nach Preußen

Auch außerhalb des Dienstes war Moltke emsig. Er besuchte das Theater und die Universität, er betätigte sich schriftstellerisch, um nebenbei noch etwas zu verdienen. Ein Mann, dessen Fähigkeiten ausreichten, um nicht nur mit der Waffe, sondern auch mit dem Wort Geld zu verdienen. 1827 erschien als eines seiner ersten Werke seine Novelle „Die beiden Freunde“. Sachbücher folgten.

Es ist bezeichnend für Moltkes militärische Karriere und teilweise auch seitens seiner Kameraden kritisiert worden, dass er fast nie in der Truppe Dienst tat. Stabsdienst war sein Ding. Nach dem Besuch der Kriegsschule wurde er Lehrer an einer Divisionschule und 1828 zum Topographischen Bureau des Großen Generalstabes nach Berlin kommandiert. Moltke war ein begabter Geograph und Zeichner. Da bot sich das an. Ihm gelang es, sich im Generalstab der Armee einzunisten und ein fester Bestandteil desselben zu werden.

Ungeachtet seiner schwierigen finanziellen Verhältnisse verlangte es Moltke in der ihm eigenen offenen Art und Neu-

gier, mehr von der Welt zu sehen. Er beantragte einen mehrmonatigen Bildungsurlaub und erhielt ihn auch, nachdem er vorausgegangene Dienstreisen ins Ausland für seinen Arbeitgeber sinnvoll genutzt hatte. 1835 ging es los. Stationen der Bildungsreise sollten Wien, Athen, Neapel und Konstantinopel sein. Moltke war gerade in der Hauptstadt des Osmanischen Reiches, als dessen Sultan den preußischen König um Militärberater bat. Da bot es sich an, dass der Bildungsurlauber gleich in dieser Funktion im vormaligen Byzanz blieb.

#### Militärberater in Konstantinopel

In dieser Zeit entstanden Moltkes unter dem Titel „Unter dem Halbmond“ im Jahre 1841 veröffentlichten „Briefe über Zustände und Begebenheiten in der Türkei aus den Jahren 1835 bis 1839“. In diesen ist es faszinierend zu lesen, mit welcher Offenheit, Unvoreingenommenheit, Neugier und Kultursensibilität Moltke beobachtet sowie das Gesehene und Erlebte präzise und anschaulich zu Papier gebracht hat. Zu verspüren ist weder kulturelle Arroganz noch romantische Verherrlichung des Exotischen. Zur Veranschaulichung wird differenziert und selbstkritisch verglichen mit den dem Leser bekannten Verhältnissen in Preußen, und Kritik oder Verwunderung wird sehr fein und humorvoll zum Ausdruck gebracht.

Hierin zeigt sich die für Moltke typische Fähigkeit und Bereitschaft zur differenzierenden, geradezu wissenschaftlichen Analyse der Lage – und gegebenenfalls des Gegners. Dass Moltke der Lage und dem Handeln seines Gegners derart Rechnung trug, ist einerseits Ausdruck seiner Bescheidenheit. Es ist aber auch Teil seines Erfolgsrezepts, Flexibilität an den Tag zu legen, statt rücksichtslos einen langfristigen Plan zu verfolgen. Er formulierte es wie folgt:

*Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, einen Feldzugplan auf weit hinaus feststellen und bis zum Ende durchführen zu können. Der erste Zusammenstoß mit der feindlichen Hauptmacht schafft, je nach seinem Ausfall, eine neue Sachlage. Vieles wird unausführbar, was man beabsichtigt haben mochte, manches möglich, was vorher nicht zu erwarten stand. Die geänderten Verhältnisse richtig auffassen, für eine absehbare Frist das zweckmäßige anordnen und entschlossen durchführen, ist alles, was die Heeresleitung zu tun vermag.*

#### „Erst wägen, dann wagen“

Einer sorgfältigen Analyse und einer der Lage Rechnung tragenden Planung unter Berücksichtigung von Vor- und Nachteilen folgte bei Moltke dann die kühne Tat. „Erst wägen, dann wagen!“ war sein erklärtes Motto.

Doch zurück zu Moltkes Jahren bei den Osmanen. Gegen den Rat des Beraters aus Preußen, der um die schlechte Moral der osmanischen Armee wusste und zum Rückzug riet, kam es 1839 zur Schlacht bei Nisib zwischen dem Osmanischen Reich und dem abtrünnigen Ägypten.

Die Niederlage bei Nisib war zwar alles andere als ein krönender Abschluss seiner Mission, aber sowohl der osmanische Sultan als auch der preußische König wussten Moltkes Einsatz zu schätzen. Von König Friedrich Wilhelm III. erhielt er den „Pour le mérite“ sowie von Sultan Mahmud II. einen wertvollen Ehrensäbel und einen mit Brillanten besetzten Orden.

Schon damals waren Auslandseinsätze für Militärs finanziell attraktiv, und so verfügte Moltke nun endlich über etwas Geld. Interessant und aufschlussreich ist, wie er es nutzte. Er beteiligte sich mit 10.000 Talern an der Berlin-Hamburger Eisenbahn. Moltke schätzte den Wert dieses modernen Verkehrsmittels also schon damals, und zwar nicht nur wie später fürs Militär, sondern auch für das zivile Leben und Wirtschaften im Frieden.

**Den 2. Teil** lesen Sie in der nächsten Ausgabe der PAZ.

## SONDERAUSSTELLUNG

## Drei starke Frauen aus drei Generationen

Ostpreußische Wurzeln – Die Künstlerfamilie Rösler-Kröhnke im Kunstmuseum Schwaan

VON UTE EICHLER

Das Gutshaus Schildeck im Kreis Osterode Ostpreußen, zwischen der Kreisstadt und Hohenstein gelegen, existiert noch heute. Dort fertigte die Gutsherrin Sophie von Hardt 1896 eine Tuschezeichnung, die ihre damals gerade sechzehnjährige Tochter Oda darstellt. Diese sitzt leicht vornübergebeugt an einem Tisch und zeichnet voller Konzentration mit einem Stift auf Papier. Auch von Oda, deren Eltern dem talentierten Mädchen keine Steine auf dem Weg zur Künstlerin in den Weg legten, haben sich einige frühe Arbeiten erhalten. Zwei Lithographien und ein Ölgemälde werden neben anderen ihrer Arbeiten in der kürzlich eröffneten Sonderausstellung „Oda Hardt-Rösler, Louise Rösler und Anka Kröhnke. Drei Künstlerinnen“ im Kunstmuseum Schwaan im Landkreis Rostock gezeigt. Viele der Jugendwerke Odas und fast 200 Gemälde ihres späteren Ehemannes Waldemar Rösler, die im Gutshaus Schildeck eingelagert waren, sind am Ende des Zweiten Weltkriegs durch Plünderungen nach dem Einmarsch der Roten Armee vernichtet worden.

## 1. Oda Hardt-Rösler

Oda Hardt-Rösler war nach der Heirat mit Waldemar Rösler 1906 – beide hatten sich in Königsberg im Atelier von Ludwig Dettmann kennengelernt – und nach der Geburt der Zwillinge Louise und Fritz 1907 ungefähr zwanzig Jahre nicht künstlerisch tätig. Seit 1916 war sie verwitwet. Ihr Ehemann hatte sich während des Kriegsdienstes in der Landwehr in physischer und psychischer Ausnahmesituation auf dem Truppenübungsplatz Arys das Leben genommen. Seitdem stand sie in alleiniger Verantwortung für ihre Familie.

Von 1925 bis 1928 lebte sie in Weimar, nahm dort Anregungen durch das Bau-



Blick in die Ausstellung: Ecke mit Werken von Louise Kröhnke geborene Rösler

Bild: Ute Eichler

haus auf. Ab 1929 wohnte und arbeitete sie in Berlin. Sie legte sich das Pseudonym Xeiner zu. 1943 fiel ihr Sohn Fritz als Soldat im Zweiten Weltkrieg. Gemeinsam mit der Künstlerin Otilie Reylaender gründete Oda Hardt-Rösler 1946 eine private Malschule, „Das Atelier im Freien“, die sie bis 1962 führte. Oda Hardt-Rösler starb 1965 in Berlin.

Die elf Werke von ihr, die in der Sonderausstellung zu sehen sind, beweisen einen früh entstandenen hohen künstlerischen Anspruch. Ihr Talent hat sich zwar entfalten können, doch beeinflussten private wie gesellschaftliche Entwicklungen ihr Schaffen oder behinderten es.

## 2. Louise Kröhnke geborene Rösler

Die 1907 geborene Tochter Louise ging anfangs einen ähnlichen Weg wie ihre Mutter: ein Studienaufenthalt in München, dann in Berlin Studium bei Carl Hofer, anschließend in Paris eine kurze Zeit an der Académie de l'Art Moderne bei Fernand Léger. Früh fand sie ihr The-

ma: das Leben in der Stadt, das Erscheinungsbild der Großstadt. Anders als ihre Mutter malte sie abstrakter, flächiger, phantasievoller, eigenwilliger, viel weniger „akademisch“ – irgendwie zeitlos modern.

Doch das Jahr ihrer Eheschließung mit dem Künstler Walter Kröhnke, 1933, ist auch der Beginn einer existentiell schwierigen Zeit. Es gab für Louise Kröhnke keine Ausstellungsmöglichkeiten. Als ihr Mann, der bis dahin als Fotograf und Porträtmaler tätig war, eingezogen wurde, schickte sie ihm gezeichnete Briefe. Nach seiner Versetzung an die Ostfront galt Walter Kröhnke ab 1944 als vermisst. 1943 hatte das Ehepaar durch Bombardierung Wohnung und Atelier in Berlin verloren. Dadurch wurde ein Großteil des Werks der beiden Künstler vernichtet, ungefähr 300 Arbeiten. Mit der 1940 geborenen Tochter Anka wurde Louise Kröhnke nach Königstein/Taunus evakuiert. Erst 1959 kehrten Mutter und Tochter nach Berlin zurück.

Ein erstaunliches Gemälde schuf Louise Kröhnke 1946/47: „Die Prozession“. Obwohl auf den ersten Blick die Bildkomposition von einer größeren Zahl schwarz gekleideter Menschen bestimmt wird, enthält das nur kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstandene Gemälde viel Helles und Lichtes – wie ein Hoffen auf oder sogar wie ein Überzeugtsein von: Jetzt kann das Leben nur besser werden.

Neu als Gestaltungselement in ihrem Schaffen entstanden in der Nachkriegszeit Collagen. Auch davon gibt es Beispiele in der Ausstellung. Sie ist mit 27 Werken in Schwaan vertreten. Louise Kröhnke starb 1993 in Hamburg.

Tochter Anka Kröhnke hat seit 1973 zahlreiche Tapisserien geschaffen. Sie führte von 1969 bis 2003 eine eigene Werkstatt in Hamburg. Sie betrachtet die Textilkunst als „Malerei mit anderen Mitteln“. Inzwischen hat sie den Beweis angetreten, auch mit anderen Materialien, beispielsweise mit Holz, mit Alumi-

niumstreifen von Getränkedosen aus fast aller Welt, mit Splittern ausrangierter CDs oder mit fluoreszierenden Acrylglasstäben, Kunstwerke zu schaffen, welche die Blicke der Besucher magisch anziehen. Anka Kröhnke ist als Vertreterin der dritten Generation einer Künstlerfamilie diejenige, welche die größten beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten hatte, Chancen und ihre künstlerische Freiheit nutzen konnte – bis heute. Doch auch ihre Mutter und ihre Großmutter haben – jede auf ihre Weise – ein eigenständiges Werk geschaffen und damit die Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts mitgeprägt.

## 3. Anka Kröhnke

Anka Kröhnke hat mit dem von ihr im Jahr 2004 eröffneten Museum Atelierhaus Rösler-Kröhnke im Ostseebad Kühlungsborn einen Ort gegründet, der nicht nur in wechselnden Ausstellungen ihre sowie die erhalten gebliebenen Kunstwerke ihrer Eltern und Großeltern präsentiert, sondern diese auch in Gegenüberstellung mit Werken jüngerer Künstler, vor allem aus Mecklenburg-Vorpommern ausstellt. Anka Kröhnke erhielt 2023 den Kulturpreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die bis einschließlich 2. November im Kunstmuseum Schwaan gezeigte Ausstellung konzentriert sich mit ihren Exponaten auf die drei Frauen der Familie Rösler-Kröhnke. Sie kann damit für den Besucher ein Einstieg sein, sich für das Schaffen dreier Generationen einer Künstlerfamilie zu interessieren, sie kann im Einzelfall Wiedersehensfreude auslösen oder zur Vertiefung anregen. Vor allem ist sie sehenswert.

● **Kunstmuseum Schwaan**, Mühlenstraße 12, 18258 Schwaan, Telefon (03844) 891792, Fax (03844) 8900335, E-Mail: info@kunstmuseum-schwaan.de

## ELISABETH FÖRSTER-NIETZSCHE

## Der Schatten des großen Bruders

Friedrich Nietzsches vor 90 Jahren gestorbene Schwester setzte alles daran, sein Bild und Nachlass zu beherrschen

Die während seines Aufenthaltes in Turin am 17. Dezember 1888 ausgebrochene psychische Erkrankung Friedrich Nietzsches war für den Philosophen ein Sturz vom Zenit des Geistes in die Sphäre der geistigen Umnachtung. Er, der dem Menschen neue Horizonte weisen wollte, dümmerte nur noch vegetativ dahin. Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in einer Basler Klinik holte ihn die Mutter im Januar 1889 als Pflegefall nach Naumburg. Fortan war er Gegenstand der Fürsorge und Obhut von Mutter und Schwester.

Mit seiner zwei Jahre jüngeren Schwester Elisabeth hatte er in der Jugendzeit ein gutes Verhältnis. Als sie 1868 an der Universität Leipzig ein Studium anstrebte, unterstützte Nietzsche sogar ihre Bildungsambitionen, holte sie jedoch 1870 als seine Haushälterin nach Basel, wohin er als seinerzeit jüngster Professor eine Berufung erhalten hatte. Dort führte sie ihm zehn Jahre lang den Haushalt. Eine für ihn wichtige Voraussetzung seiner geistigen Existenz, da sie ihm den Rücken gegen die Mühen des Alltags freihielt. Das Verhältnis wurde jedoch durch die geistige Entwicklung des Bruders empfindlich gestört. Durch ihn erhielt Elisabeth Kontakt zum Wagner-Kreis und pflegte enge Beziehungen insbesondere zu Cosima Wagner, die

zweite Ehefrau von Richard Wagner und von 1883 bis 1908 die Leiterin der Bayreuther Festspiele. Als mit seiner 1878 erschienenen philosophischen Schrift „Menschliches, Allzumenschliches“ deutlich wurde, dass sich ihr Bruder von Richard Wagner entfernte, wollte sie dies nicht wahrhaben und äußerte sich öffentlich, dass seine Philosophie anders verstanden werden müsse.

Das Verhältnis verschlechterte sich weiter, als Nietzsche Lou Andreas-Salomé kennenlernte – ein Fin-de-siècle-Wesen, ebenso intellektuell wie betörend. Da deutlich wurde, dass die Neigung des Bruders über das Philosophische hinausging, weckte dies Elisabeths weibliche Eifersucht. Nun begann sie, nicht nur gegen Lou, sondern sogar auch gegen den eigenen Bruder zu intrigieren. Nietzsche hielt sie daraufhin auf Distanz und nannte sie wenig brüderlich das „Lama“: „Man packt seine Lasten darauf, aber es spuckt.“

1885 heiratete Elisabeth den wegen seines militanten Antisemitismus aus dem Schuldienst entlassenen Bernhard Förster. In Deutschland gescheitert, versuchte dieser, seine Ideen in Form der Kolonie „Nueva-Germania“ in Paraguay zu verwirklichen. Im März 1888 traf das Ehepaar in der Gestalt gewordenen Utopie

ein. Diese erwies sich jedoch als nicht lebensfähig. Bereits 1889 verstarb Bernhard Förster unter ungeklärten Umständen in Paraguay, und Elisabeth reiste nach verzweifelten Rettungsversuchen 1893 wieder in die Heimat zurück.

Bereits auf der Überfahrt hatte sie offensichtlich ihr zukünftiges Programm entworfen. Als erstes ließ sie ihren Namen amtlich in Förster-Nietzsche ändern.

Jetzt setzte sie alles daran, das Bild und den Nachlass ihres Bruders zu beherrschen. Mit einer Bürgschaft des Bankiers Robert von Mendelssohn kaufte sie für 30.000 Mark ihrer Mutter alle Rechte am Nachlass ab und holte den dahinsiehenden Philosophen nach Weimar in die von ihr geführte „Villa Silberblick“. Jetzt konnte sie entscheiden, wer den Kranken sehen durfte.

Als der Maler Hans Olde auf Anregung der Zeitschrift „Pan“ ihn porträtieren wollte, zogen sich die Verhandlungen über ein Jahr hin. Für jede der Skizzen sicherte sie sich ein Einspruchsrecht. Die Briefe Oldes an seine Frau vermitteln einen authentischen Eindruck von Elisabeths Rolle bei den Sitzungen. Laufend intervenierte sie zum Ärger Oldes bei der Arbeit. Im Endeffekt wandelte dieser die Züge des Krankhaften in einen Ausdruck des Dämonischen um.

Es ging Elisabeth darum, ihr eigenes Nietzsche-Bild als das einzig gültige zu etablieren. Ohne Hemmungen fälschte sie Briefe, machte Textpassagen unleserlich, erweiterte Aufzeichnungen eigenständig und schönte die Biographie. Das zentrale Werk „Der Wille zur Macht“ ist über weite Strecken von ihren Eingriffen und illegitimen Hinzufügungen geprägt.

Für die wissenschaftliche Textkritik war es bis vor Kurzem eine Herausforderung, den unverfälschten Nietzsche herauszuarbeiten. Vor 90 Jahren, am 8. November 1935, verstarb Elisabeth. Ihre sterblichen Überreste wurden zwischen Vater und Bruder in ihrem Geburtsort Röcken, heute ein Ortsteil der Stadt Lützen im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt, beigesetzt. *Walter T. Rix*



Elisabeth Förster-Nietzsche: Foto von Louis Geld aus dem Jahre 1910

BILD: ALL MAURITIUS IMAGES TRAVEL

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zwischen Juli 1945 und September 2017 wurden weltweit mehr als 2000 Atomtests durchgeführt – davon etwa 600 in der Erdatmosphäre oder im Ozean und der Rest in Tunneln oder Bohrlöchern unter der Erdoberfläche. Hierzu nutzten die Kernwaffenmächte USA, Sowjetunion, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan und Nordkorea rund zwei Dutzend verschiedene Testgelände mit einer Gesamtfläche von schätzungsweise 100.000 Quadratkilometern, was ungefähr der Größe von Bayern und Baden-Württemberg zusammen entspricht.

Diese Areale, auf denen früher oft ganze Serien nuklearer Explosionen erfolgten, lagen entweder in Wüstengebieten beziehungsweise abgelegenen Gebirgsregionen oder auf einsamen Inseln wie Südsee-Atollen. Besondere Bekanntheit erlangten dabei das Nevada-Testgelände nördlich von Las Vegas, die beiden Atolle Bikini und Mururoa im Stillen Ozean, die „21. Basis der chinesischen Volksbefreiungsarmee für Erprobung und Ausbildung“ am Salzsee Lop Nor in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang, die im Nordpolarmeer liegende russische Insel Nowaja Semlja sowie das Testgebiet von Semipalatinsk in der damaligen Sowjetrepublik Kasachstan. Dort lief auch das Programm „Atomexplosionen für die Volkswirtschaft“, in dessen Rahmen 121 nukleare Sprengsätze gezündet wurden, um beispielsweise die Erdöl- und Erdgasförderung durch Kavernenbildung zu erleichtern.

#### Die größte Explosion aller Zeiten

Heute stellt sich die Situation rund um die ehemaligen Testgelände unterschiedlich dar, wobei es allerdings eine große Gemeinsamkeit gibt, nämlich die radioaktive Verseuchung. Besonders intensiv ist sie auf Nowaja Semlja am Ostrand der Barentssee. In den Gewässern rund um das Eiland im hohen Norden verschossen sowjetische U-Boote Torpedos scharfe Nukleargefechtssköpfe. Außerdem fanden hier sogenannte Volley-Tests statt, bei denen in kurzer Folge bis zu acht Sprengsätze detonierten. Ebenso warf eine Tu-95 am 30. Oktober 1961 über der Mitjuschikabucht die legendäre Zar-Bombe ab, welche die größte jemals von Menschen verursachte Explosion auslöste. Obwohl Nowaja Semlja durch die 130 durchgeführten Kernwaffentests bereits in erheblichem Maße verstrahlt war, entsorgte die UdSSR dort noch jede Menge radioaktiver Abfälle, darunter sieben Reaktoren von außer Dienst gestellten Atom-U-Booten.

Immer noch sehr stark kontaminiert ist auch das Testgelände von Semipalatinsk, wo Kernwaffen mit einer Sprengkraft von insgesamt 2500 Hiroshima-Bomben getestet worden waren. Die



Tödliche Hinterlassenschaft der USA auf den Marshallinseln: Ein Betondeckel soll die Umwelt vor dem Atom Müll schützen

Bild: ddp/Carolyn Cole

#### ATOMTESTGELÄNDE

## Die Welt ist übersät mit strahlenden Todeszonen

Wo einst Nukleartests durchgeführt wurden, kann oftmals bis heute kein Mensch leben. Die verantwortlichen Regierungen kommen ihrer Pflicht zur Entschädigung der Opfer nur schleppend nach

Strahlung in vielen Bereichen des Areals liegt nach wie vor 400 Mal höher als der zulässige Grenzwert. Infolgedessen leiden zahlreiche kasachische Steppenbewohner an dem Kainar-Syndrom, einer chronischen Strahlenkrankheit mit deutlich erhöhtem Auftreten von Tumoren aller Art. Alarmierende Krebsraten gibt es heute gleichermaßen im Umfeld des früheren britischen Testgeländes von Maralinga in der südaustralischen Nullarbor-Wüste, wo nicht nur sieben große Kernwaffen gezündet wurden, sondern bei mehreren Unfällen auch erhebliche Mengen Plutonium in die Umwelt gelangten.

Weniger verstrahlt sollen hingegen nach Angaben des Institut national de la santé et de la recherche médicale (INSERM) in Paris die ehemaligen französischen Testgelände in der algerischen Sahara bei Reggane und Ekker sowie auf den polynesischen Atollen Mururoa und Fangataufa sein. Das erscheint allerdings

zweifelhaft, da bislang keine nennenswerte Dekontaminierung stattfand. Auf jeden Fall wurde Frankreich 2018 wegen der Folgen der Atomtests beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verklagt.

Ansonsten fällt auf, dass den Menschen, die einst im Bereich der späteren Testgelände lebten, neben fairen Entschädigungen für die Umsiedlung auch die Rückkehr in die alte Heimat verwehrt wird. Das gilt beispielsweise für die Westlichen Schoschonen, denen laut Vertrag von Ruby Valley eigentlich zwei Drittel von Nevada zustehen, wie für die 1956 von Nowaja Semlja deportierten Nenzen oder die australischen Aborigines.

#### Glücksritter ignorieren die Gefahr

Ebenso dürfen die Atolle Mururoa und Fangataufa von den Südseeinsulanern nach wie vor nicht betreten werden. Gleichzeitig weigert sich der französische Staat in aller Regel, für die Verstrahlung

der Bevölkerung der umliegenden Inseln zu zahlen. Bislang erhielten nur 63 Polynesianer eine individuelle Entschädigung.

Dass die Testgelände heute fast alle immer noch gesperrt sind, hindert manche Glücksritter nicht daran, die Areale zu betreten und nach brauchbaren Dingen zu suchen. Das trifft in besonderem Maße auf das 1991 stillgelegte Gelände bei Semipalatinsk zu. Illegal agierende Altmetallhändler haben hier sogar die 1996 versiegelten Stollen für die unterirdischen Tests aufgedrückt und etliche der darin zurückgelassenen Ausrüstungen gestohlen.

Eines der nuklearen Versuchsgelände wird heute allerdings weiter genutzt, nämlich das ausgedehnte Areal am Lop Nor im Tarimbecken. Nachdem die Volksrepublik China am 24. September 1996 den Kernwaffenteststopp-Vertrag unterzeichnet hatte, entstanden nahe der Ortschaft Malan etliche Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus baute das Militär

bei Qingghar eine fünf Kilometer lange Landebahn für Raumgleiter vom Typ CSSHQ, von denen der erste am 6. September 2020 auf der Piste aufsetzte. Des Weiteren gibt es in Malan nun ein Freilichtmuseum samt „Martyrerfriedhof“, das Besucher aus dem In- und Ausland über die ruhmreichen und tragischen Aspekte des chinesischen Atomprogramms informieren soll.

Ansonsten steht auch das Gelände innerhalb des White-Sands-Sperrgebietes, auf dem am 16. Juli 1945 die erste Atombombe der Welt im Rahmen des Trinity-Tests gezündet wurde, zweimal im Jahr für Besucher offen. Manche von diesen brachten früher Stücke grünlichen Glases mit, welches durch das großflächige Schmelzen des Wüstensandes infolge der Hitze der Kernexplosion entstand. Mittlerweile ist das Auflesen der sogenannten Trinitide allerdings illegal und kann mit Geld- und Haftstrafen geahndet werden.

#### SICHERHEIT

## Wie Pakistan die Menschheit vor seiner Bombe schützt

Ein ausgeklügeltes Kontrollsystem soll verhindern, dass Islamabad Atomwaffen missbraucht werden – von wem auch immer

Am 28. Mai 1998 zündete Pakistan in den Ras-Koh-Hügeln der Provinz Belutschistan fünf Atombomben gleichzeitig. Dem folgte zwei Tage später ein weiterer unterirdischer Nukleartest in der Kharan-Wüste. Seither gilt die islamische Republik als achte Macht der Welt, welche über Kernwaffen verfügt.

Aufgrund des wachsenden Einflusses muslimischer Terrorgruppen wie der al-Kaida, dem Islamischen Staat/Provinz Khorasan, der Tehrik-i-Taliban Pakistan und der Lashkar-e-Taiba wächst die Befürchtung, dass diese in den Besitz einer oder mehrerer pakistanischer Atomwaffen gelangen könnten – nicht zuletzt, weil

sie etliche Sympathisanten in den Streitkräften haben.

Um die Größe der Gefahr zu ermesen, führte der renommierte Sicherheitsexperte von der Jindal School of International Affairs, Mohsin Raza Khan, kürzlich zwei aufschlussreiche Interviews mit ehemaligen hohen Militärs des Landes, nämlich dem Brigadegeneral a. D. Haris Nawaz und dem Generalleutnant im Ruhestand Amjad Shoaib.

Nawaz, der zuletzt einen Infanterieverband am Siachen-Gletscher befehligte, bestätigte, dass es 2009 einen Angriff von radikalen Moslems auf das Hauptquartier der pakistanischen Armee gegeben habe,

betonte aber zugleich, dass im Gegensatz zu Indien niemals irgendwelches Nuklearmaterial aus den Arsenalen der Streitkräfte verschwunden sei. Dies erklärte er mit dem strengen Kontrollsystem, dessen Wirksamkeit sowohl von den USA als auch von der Internationalen Atomenergie-Organisation gelobt werde.

Details hierzu verriet Shoaib, der unter anderem im pakistanischen Generalstab gedient hatte. Demnach ist das System für die Aktivierung der Nuklearwaffen vollständig im eigenen Land entwickelt worden, weswegen es keinerlei externe Schnittstellen besitzt, die gehackt werden könnten. Darüber hinaus reiche

das Militär die Einsatzcodes nicht an die Regierung oder politische Behörden weiter, weil deren Mitglieder zu oft wechselten. Den berühmten „Roten Knopf“ suche man im Präsidentenpalast Aiwan-e-Sadr von Islamabad also vergeblich.

Die Entscheidungsbefugnis für den Einsatz der Atomwaffen liegt laut Shoaib beim Oberkommando der Streitkräfte, das nach einem klar definierten Prozedere vorgehe und auf kollektiver Basis entscheide. Gleichzeitig existierten mehrere verschiedene Codes, die von den über das Land verstreuten Verantwortlichen nacheinander eingegeben werden müssten. Das verhindere, dass Einzelpersonen im

Falle einer Entführung durch Terroristen oder einer Meuterei die Kernwaffen scharf schalten können.

Nach Angaben von Shoaib sind die Nuklearsprengköpfe und deren Zünder auch nicht in gemeinsamen Bunkern untergebracht, wobei der Zugang zu den getrennten Lagern wiederum über individuelle Sicherheitscodes erfolge. Dies schaffe zusätzliche Sicherheit. Radikalen Moslems dürfte es also äußerst schwerfallen, sich der pakistanischen Atomwaffen zu bemächtigen, selbst wenn die Extremisten der Armee angehören. Anders wäre die Situation nur im Falle einer großen und umfassenden Verschwörung. W.K.

## 15. DEUTSCH-POLNISCHER KOMMUNALPOLITISCHER KONGRESS

# Ostpreußen im Spannungsfeld der Politik

Die traditionelle Veranstaltung der LO galt der aktuellen Situation der Minderheiten in der Woiwodschaft Ermland und Masuren

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der 15. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) stand unter dem Motto „Die Minderheiten der Woiwodschaft Ermland und Masuren im Spannungsfeld der Politik“. An der zweitägigen Veranstaltung, die vom 4. bis 5. Oktober in Allenstein stattfand, nahmen knapp 60 Personen teil. Die Vorträge wie auch die Diskussionen machten eines deutlich: Der Wunsch nach einer vertieften Zusammenarbeit ist auf beiden Seiten groß.

Bei der Begrüßung stellte LO-Sprecher Stephan Grigat fest, dass sich in den vergangenen Jahren die Lebensverhältnisse in Deutschland und Polen angeglichen haben, und dass man nun darüber reflektieren müsse, wie man sich als Gesellschaft angesichts von Pandemien und Kriegen positioniert. Als Gäste begrüßte er Jaroslaw Sloma, den Abgeordneten zum Sejmik und Vorsitzenden der Kommission für Minderheitenfragen, sowie Jacek Piuronek, Regierungsmitglied der Woiwodschaft Podlachien. Aus der Bundesrepublik waren Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg a.D. und Vorsitzender des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS), sowie der Vorstandsvorsitzende der OKS, Klaus-Ulrich Mika, der Einladung gefolgt.

Da Ulf Püstow, Bundesvorstand der LO und Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Treuburg, krankheitsbedingt ausfiel, übernahm Grigat kurzfristig die Moderation der Veranstaltung.

Bevor der Vortragsreigen begann, sprachen Sloma und Piuronek ihre Grußworte. Sloma dankte der LO für 40 Jahre Zusammenarbeit, warnte aber gleichzeitig davor, dass diese durch die russische Aggression bedroht sei. In Bezug auf das Veranstaltungsthema erklärte der Politiker, dass in Ermland und Masuren die deutsche und die ukrainische Minderheit die größten seien. Wohl auch deshalb, weil man in der Region offener gegenüber anderen sei, da es in der Geschichte Ostpreußens viele Einwanderer gegeben habe.

Piuronek zeigte sich beeindruckt von den Veranstaltungen der LO, etwa dem regelmäßig stattfindenden Sommerfest oder dem Kommunalpolitischen Kongress. Dass die Deutsche Minderheit aktiv ist, zeige sich nicht nur durch Tanzgruppen, sondern auch an neuen Führungskräften in den Kreisgemeinschaften.

### Eine gesplante Gesellschaft

Das Thema des ersten Vortrags lautete: „Zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen nach den Regierungswechseln in beiden Ländern“. Krzysztof Gładkowski von der Ermländischen-Masurischen Universität spannte einen Bogen von dem ersten Treffen zwischen Helmut Kohl und Lech Walesa 1989 bis in die Gegenwart. Auf der politischen Ebene folgte auf den 1990 geschlossenen Grenzvertrag 1991 der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Seitdem ist viel Positives geschehen, sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene. 5000 deutsche Unternehmen sind in Polen tätig und es hat sich eine intensive kulturelle Zusammenarbeit entwickelt. Dem stünden in den letzten Jahren jedoch konkurrierende politische Lager gegenüber, in Polen in erster Linie vertreten durch die



Führte durch die zweitägige Veranstaltung: LO-Sprecher Stephan Grigat

Bilder: MRK

nationalistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die durch Europaskepsis und Deutschfeindlichkeit hervortritt sowie die pro-europäische Bürgerplattform (PO). In der Scholz-Ära sei es zur Stagnation in den Beziehungen gekommen. Olaf Scholz wurden dessen Kontakte zu Russland angekreidet, Berlin habe zu große Erwartungen an Warschau gehabt, die Ampelregierung habe vieles nicht mehr finanziert, da die Deutsche Minderheit schrumpft, und nicht zuletzt habe der Ukrainekrieg viele Mittel gebunden.

Doch auch jetzt zeigten sich Probleme. Sowohl Friedrich Merz als auch Donald Tusk stünden unter dem Druck rechter Parteien. Die PiS instrumentalisieren mit ihren Reparationsforderungen an Deutschland das Geschehen des Zweiten Weltkriegs. Weitere Streitthemen seien das Migrationsproblem, Grenzkontrollen oder der geplante Zentralflughafen als Konkurrenz zum BER. Dabei liege Hoffnung auf der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen, da Merz gleiche Interessen habe und pragmatische Lösungen anstrebe. Im Bereich von Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft seien die Beziehungen gut.

Die tiefe Spaltung der polnischen Gesellschaft spiegelte sich in der heftigen Dis-

kussion im Anschluss wider. Eine Teilnehmerin aus Osterode sah sich für innenpolitische Propaganda missbraucht. Auch Piuronek, welcher der PO angehört, und Sloma beanstandeten einige Formulierungen im Vortrag.

Der parteilose Professor entgegnete, dass er Tatsachen dargestellt und die polnische Presse zitiert habe. Die Diskussion belege aber, dass die deutsch-polnischen Beziehungen ein innenpolitisches Problem in Polen geworden seien.

### Lebendige Vorträge

„Menschen werden sich einig, wenn man die Politik davon fernhält“, lautet das Credo der jungen Germanistin Zuzanna Witkowska. Ihr Vortrag „Der deutsch-polnische Dialog in Ermland und Masuren von 1945 bis zur Gegenwart“ ist der Titel ihrer Magisterarbeit, für die sie zahlreiche Gespräche führte. Die Deutsche Minderheit half ihr, Kontakte in die Bundesrepublik zu knüpfen. Für ihre Arbeit hat sie sowohl Quellen aus deutscher als auch aus polnischer Sicht genutzt. Die Themen Umsiedlung und Vertreibung finden ebenso Berücksichtigung wie Musik und Literatur. Das Kant-Jahr 2024 spielt ebenfalls eine große Rolle. Gerade im südlichen Ostpreußen sei die Berück-

sichtigung historischer Begebenheiten wichtig für den Aufbau deutsch-polnischer Beziehungen, wozu die junge Frau aktiv beitragen möchte.

Im Anschluss referierten Wolfgang Freyberg, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, und Gabriela Blank vom Büro für Regionalpartnerschaften des Bezirks Mittelfranken, über „Die Gründung der deutschen Vereine/Gesellschaften in Ermland und Masuren nach 1989/90 und ihre Aktivitäten bis in die Gegenwart“. Sie zeigten Bilder vom zerstörten Allenstein 1945 sowie einen seltenen Filmausschnitt aus der polnischen Wochenschau. Die Szene spielt in Breslau. Sie lautet: „Die Deutschen verlassen ihre vorübergehenden Wohnorte“. Es sind Bilder einer düsteren Zeit: Orte werden umbenannt, sogenannte polnische Repatrianten anstelle der vertriebenen Deutschen angesiedelt. Auf Denkmälern werden Inschriften geän-

dert, um den Eindruck zu erwecken, die Region sei schon immer polnisch gewesen. Deutsche dürfen ihre Sprache nicht sprechen und keine wichtigen Ämter bekleiden.

Erst mit dem Freundschaftsvertrag von 1991 ändert sich das Klima. Der Zugang zur Muttersprache ist möglich, Deutsche können sich organisieren. Vereine werden gegründet. Heute zählt der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren 15 Vereine. Die beiden Referenten ließen einige Zeitzeugen in bewegenden Originalaufnahmen zu Wort kommen.

Roland Bilicki gab zum Abschluss des ersten Konferenztags einen Überblick über „Die Minderheit der Roma in Allenstein und der Region“. Die Zusammenarbeit mit Politikern stellte er als gut dar, es gebe viel Unterstützung, sodass man positiv in die Zukunft blicke. Seine Familie ist zum Teil aus Rumänien ins südliche Ostpreußen eingewandert, seine Oma war Deutsche. Bilicki erzählte, wie sein Vater in den 1960er Jahren dazu beigetragen hat, die Roma in Polen sesshaft zu machen. Er sorgte dafür, dass sie Lesen und Schreiben lernten. Als Patentinhaber zum Verzinnen von Kesseln gründete er eine Kesselgenossenschaft, die den Mitgliedern ein gutes Einkommen sicherte. Heute arbeiten Sinti

und Roma im südlichen Ostpreußen als Busfahrer und Postboten, oder sie sind Musiker und Sportler.

Iga Nowicz begann den zweiten Veranstaltungstag mit einem Vortrag über das „Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in Polen“ in Oppeln, in dem sie seit einem Jahr als Kulturmanagerin des ifa-Instituts für Auslandsbeziehungen tätig ist. Sie hilft bei der Dokumentation und der Archivierung. Das Zentrum verfügt über eine Bibliothek, ein Museum mit mehreren Ausstellungen. Mit Zeitzeugenberichten soll Geschichte zugleich lebendig gemacht werden. Die Einrichtung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Generationen zusammenzubringen. So werden neben Filmvorführungen verschiedene Arbeitsgruppen angeboten.

### Angst vor Russland

Bevor der nächste Vortrag folgte, meldete sich Sławomir Ambrozus mit einem dringenden Appell an die Versammelten. Er ist Bürgermeister von Gedwangen [Jedwabno] und sorgt sich als solcher vor einem russischen Angriff. Die russische Militärübung „Sapad 25“ habe nur 20 Kilometer vor der Grenze Allensteins stattgefunden. Er glaubt fest daran, dass Russland Polen auf dem Schirm habe und rief zum Zusammenhalt und gemeinsamen Handeln auf.

Zum Abschluss berichtete Kornelia Kurowska über die Stiftung „Borussia“, eine Kulturgemeinschaft in Allenstein, die sich nach der „Wende“ gebildet hat. Es handelt sich um eine Initiative polnischer Neubürger, die gemeinsam die Geschichte der Region erfassen. Inzwischen hat die Borussia partnerschaftliche Beziehungen zu Organisationen in der Bundesrepublik, in Weißrussland und Litauen. Zu ihren Verdiensten gehört es, neben der interkulturellen Bildung junger Menschen für den Erhalt und die Restaurierung des baufälligen Mendelsohn-Hauses vor dem jüdischen Friedhof gesorgt zu haben. Mit zahlreichen Nachfragen bekundeten die Kongressteilnehmer ihr Interesse an der Arbeit des Vereins.

Zeit für angeregte Gespräche gab es in den Kaffeepausen. Vor dem Konferenzsaal präsentierte das Kulturzentrum Ostpreußen eine interessante Ausstellung über „Bismarcktürme in Ostpreußen“.

● Die Veranstaltung wurde mit WZVO-Mitteln der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg, für die Stiftung Ostpreußen gefördert

### Die Referenten der beiden Kongresstage in Allenstein



**Krzysztof Gładkowski** war der Leiter der Abteilung für Gesellschafts-, Nationalitäten- und Religionspolitik an der Ermländisch-Masurischen Universität. Zu seinen Schwerpunkten zählen die deutsch-polnischen Beziehungen.



**Zuzanna Witkowska** ist eine Germanistin, deren Bachelorarbeit über die deutsche Polen-Hilfe ausgezeichnet wurde. Ihre Masterarbeit trägt den Titel „Der deutsch-polnische Dialog in Ermland und Masuren von 1945 bis zur Gegenwart“.



**Wolfgang Freyberg** und **Gabriela Blank** verfügen über langjährige Erfahrungen in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Freyberg konzipierte zahlreiche Ausstellungen, Blank beschäftigt sich seit Jahren mit Zeitzeugenprojekten.



**Roland Bilicki** ist Musiker und kennt als Betroffener die Situation der Minderheiten genau. Er ist zudem Vorsitzender der ermländisch-masurischen Gesellschaft des Rates der Ältesten der Roma und Mitglied dieser Nationalität.



**Iga Nowicz** ist Germanistin und Slawistin. Ihre Promotion legte sie mit summa cum laude ab. Sie war Dozentin an mehreren Unis und arbeitet als ifa-Kulturmanagerin am Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in Polen.



**Kornelia Kurowska** hat Germanistik studiert und beschäftigt sich als Vorsitzende der Kulturgemeinschaft „Borussia“ e.V. mit der Förderung neuer Kultur- und Bildungsphänomene. Sie leitet die Renovierung des Mendelsohn-Hauses in Allenstein mit.

## Wir gratulieren...



## ZUM 103. GEBURTSTAG

**Herrmann, Martha**, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Dieckmann, Margarete**, geb. **Kebbedies**, aus Taabern, Kreis Mohrunen, am 18. Oktober  
**Rußland, Gerda**, geb. **Adam**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober

**Seifert, Elfriede**, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Bondzio, Dr. Wilhelm**, aus Lyck, am 22. Oktober

**Pankuweit, Heinrich**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 23. Oktober  
**Thiel, Lieselotte**, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober  
**Ziegler, Ursula**, geb. **Staschik**, aus Lötzen, am 20. Oktober

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Grubert, Karl**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 17. Oktober  
**Hanke, Elfriede**, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. Oktober

**Schenk, Christel**, geb. **Hamers**, aus Wehlau, am 17. Oktober  
**Weiß, Helmut**, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Bartosik, Werner**, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober  
**Glembotzki, Emil**, aus Schwanssee, Kreis Lötzen, am 18. Oktober  
**Hellmig, Gisela**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober  
**Pohlentz-Boehlke, Hannelore**, Kreisgemeinschaft Mohrunen, am 19. Oktober

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Fröhlich, Ernst**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 20. Oktober  
**Gehlhaar, Charlotte**, geb. **Teschner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober  
**Schwamborn, Betty**, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Oktober  
**Trojan, Reinhold**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 17. Oktober  
**Wasselowski, Klara**, geb. **Krauss**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Oktober  
**Windhofer, Ursula**, geb. **Fox**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 22. Oktober

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Gusek, Horst**, aus Treuburg, am 23. Oktober  
**Marks, Hans-Siegfried**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober  
**Stramm, Herbert**, aus Gubitten, Kreis Mohrunen, am 20. Oktober

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Benten, Erna**, geb. **Birk**, aus Karnitten, Kreis Mohrunen, am 19. Oktober  
**Grondowski, Waltraut**, geb. **Dorhs**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober  
**Heins, Elfriede**, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, am 23. Oktober  
**Lamczyk, Elfriede**, geb. **Rosa**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober  
**Promnitz, Ilse**, geb. **Bolz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Oktober

**Reinhardt, Gerhard**, aus Wehlau, am 20. Oktober  
**Schippel, Klaus**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 19. Oktober  
**Waldhecker, Gisela**, aus Lyck, am 22. Oktober

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bartschat, Horst**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober  
**Braun, Lieselotte**, geb. **Schwarzat**, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober  
**Deppe, Waltraud**, geb. **Markgraf**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober  
**Döbler, Anita**, geb. **Syperek**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 19. Oktober  
**Eckert, Werner**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober  
**Freis, Inge**, geb. **Steinke**, aus Lyck, Hindenburgstraße 17, am 20. Oktober  
**Fritzenkötter, Margot**, geb. **Böhm**, aus Obrotten, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober  
**Mintel, Gerhard**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Oktober  
**Nyga, Eva**, geb. **Neumann**, aus Sensburg, am 15. Oktober  
**Schulz, Werner**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 22. Oktober  
**Wegner, Ilse**, geb. **Milewski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 17. Oktober  
**Woweries, Christel**, geb. **Lobbe**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 21. Oktober  
**Zieziulewicz, Käte**, geb. **Scherotzki**, aus Thomken, Kreis Lyck, am 20. Oktober

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Bentrup, Inge**, geb. **Kempka**, aus Ortelsburg, am 21. Oktober  
**Hansch, Liesbeth**, geb. **Janowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober  
**John, Herbert**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober  
**Konietzny, Edeltraud**, geb. **Sokolowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Oktober  
**Michalk, Christel**, geb. **Symanzik**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 17. Oktober  
**Warich, Heinz**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober

**Woywod, Christiane**, aus Schönballen, Kreis Lötzen, am 18. Oktober

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Fidorra, Erich**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober  
**Gerwien-Ludwig, Annemarie**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober  
**Holdefehr, Edeltraud**, geb. **Wlotzki**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober  
**Hülder, Renate**, geb. **Filon**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 19. Oktober  
**Innecken, Helga**, geb. **Koritkowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Oktober  
**Kolberg, Olga**, geb. **Bylda**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 22. Oktober  
**Matthiä, Ilse**, geb. **Kalitzki**, aus Bersnicken, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober  
**Modistach, Dieter**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 18. Oktober  
**Schulz, Günther**, aus Hohensalzburg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. Oktober  
**Spilgies, Heinrich**, aus Adelsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober  
**Stengel, Irmgard**, geb. **Groß**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Ahrenbog, Erika**, geb. **Bartsch**, aus Preußisch Eylau, am 17. Oktober

## Landmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

**7. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

**8. bis 9. November:** Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

**Bäsmann, Ute**, geb. **Waldhauer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

**Blechert, Ingeborg**, geb. **Butz**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 21. Oktober

**Brekle, Ursula**, geb. **Slomianka**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 23. Oktober

**Kairies, Dietmar**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober

**Lockowandt, Christel**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 23. Oktober

**Riemann, Reinhard**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

**Schönberg, Dietrich**, aus Ebandorf, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober

**Sinnhöfer, Manfred**, aus Brücken, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober

**Voß, Margot**, geb. **Rook-Tuttas**, aus Allenstein, am 19. Oktober

**Wach, Friedrich**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober  
**Zimmer, Sigrid**, geb. **Robitzky**, Vater aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Oktober

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Gehrs, Gudrun**, geb. **Sommerfeld**, aus Liebenau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober  
**Seeger, Bernd**, aus Wehlau, am 17. Oktober

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Laschinski, Hannelore**, geb. **Schatz**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober  
**Porten, Angelika**, geb. **Schäfer**, aus Wehlau, am 21. Oktober

www.paz.de

## Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Zusendungen für die Ausgabe 44/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 44/2025 (Erstverkaufstag 31. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 21. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: grodeck@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Ostpreußisches Landesmuseum

## Kabinettausstellung

Bis 4. Januar 2026: **Thomas Mann in Nidden. Fotografien von Fritz Krauskopf.**

Kurz nach seinem Nobelpreisgewinn im Jahr 1929 ließ sich der vor 150 Jahren geborene Thomas Mann in Nidden sein Ferienhaus errichten. Auf der malerischen Kurischen Nehrung verbrachte er in den Sommern von 1930 bis 1932 gemeinsam mit seiner Familie unbeschwerter Ferien. Die ruhige, abgeschiedene Landschaft diente ihm nicht nur als Rückzugsort, sondern auch als Inspirationsquelle. Der bekannte ostpreußische Fotograf Fritz Krauskopf dokumentierte diesen Aufenthalt in eindrucksvollen Fotografien. Seine Aufnahmen zeigen nicht nur die Familie Mann in persönlichen Momenten, sondern auch die Atmosphäre des damals litauischen Niddens in jener Zeit. Bis heute zählen diese Bilder zum kulturellen Gedächtnis Ostpreußens. Die Kabinettausstellung zeigt einige dieser besonderen Fotografien und lässt die Atmosphäre jener Sommer kurz vor Beginn der NS-Diktatur und dem Exil der Familie Mann wieder lebendig werden.

## Veranstaltungen

Dienstag, 21. Oktober, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Tee, Kaffee und Gebäck: **Kant gegen Herder. Richtungstreit der Moderne. Vortrag von Dr. Tim Kunze** im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“. Eine Anmeldung unter Telefon (04131)

759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de ist erforderlich.  
Kant und Herder – zwei Denker, zwei Weltzugänge: Der eine setzt auf Vernunft, Universalität und Prinzipien, der andere auf Gefühl, Geschichte und kulturelle Vielfalt. Aus dem ehemaligen Liebesschüler wurde ein philosophischer Gegner. Der Vortrag von Kant-Kurator Dr. Tim Kunze diskutiert, inwiefern sich in diesem Bruch ein bis heute wirksamer Richtungstreit der Moderne zeigt. Aktuelle Debatten über Universalismus, Fortschritt und Tradition gehen auf diesen Konflikt um die Aufklärung vor 250 Jahren zurück. Was zeigen diese alten Auseinandersetzungen?  
Museum Erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die Sie einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr, können Sie an interessanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besonderen Angeboten teilnehmen. Anschließend gibt es bei Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen.

Donnerstag, 23. Oktober, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Workshop Scherenschnitte, Kinderclub mit Katja Eichhorn.**

Der Scherenschnitt ist eine alte künstlerische Form, mit der Figuren gestaltet werden. Früher wurden der Scherenschnitt häufig genutzt, um Szenen des Alltags fest-

zuhalten und Personen im Profilbild abzubilden. In diesem Kinderclub werden die Kinder mit Schere und buntem Papier ausgefallene Muster kreieren. Außerdem können für die Weihnachtszeit Teelichter und Fensterbilder erstellt werden. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder bildung@ol-lg.de jederzeit möglich.

Donnerstag, 6. November, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Thomas Mann und die Ostsee.**

**Vortrag von Dr. Uwe Nauermann** anlässlich des 150. Geburtstages des Schriftstellers. Sie war das Meer seiner Kindheit, und sie blieb seine lebenslange Liebe: die Ostsee. Thomas Mann hat dieser Leidenschaft in seinen Werken viele literarische Denkmäler gesetzt. Das beginnt bereits mit der Erzählung „Tonio Kröger“ von 1903 – darin lässt der Autor seinen Titelhelden eine stürmische Schiffsüberfahrt auf dem Weg nach Dänemark „wie eine Liebkosung“ erleben. Es setzt sich fort in Thomas Manns Jahrhundertroman „Buddenbrooks“ mit der unvergleichlichen Liebesgeschichte von Tony Buddenbrook und Morten Schwarzkopf, dem Sohn eines Lotsenkommandeurs, die am Strand der Ostsee ihren Höhepunkt erlebt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de erforderlich.



## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

### Baden-Württemberg

**Vorsitzender:** Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

#### Jahreshauptversammlung

**Niefern** – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Hotel Goll, Hebelstraße 6: Jahreshauptversammlung, alle Mitglieder der Landesgruppe sind herzlich eingeladen. Eine Anmeldung war notwendig. *Georg Müller*



Drei Gedenktage: Referenten und Ehrengäste aus Politik und BdV beim Tag der Heimat in Wetzlar  
Bild: Lothar Rühl

### Hessen

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

#### Treffen

**Darmstadt/Dieburg** – Sonnabend, 18. Oktober, 11.30 Uhr, Bürgermeister Pohl-Haus, Im Appensee 26: Treffen der Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg und der Heimatgruppe der Insterburger Darmstadt.

#### Bürgerfahrt

**Wetzlar** – Dienstag, 21. Oktober, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Bericht über eine Bürgerfahrt nach Deutsch Eylau. Unter diesem Titel schildert Wolfgang Post, seine Erfahrungen über eine Reise. Zudem wird dabei das Erntedankfest gefeiert.

#### Tag der Heimat

**Wetzlar** – Gleich drei Gedenktage sind beim „Tag der Heimat“ in der Wetzlarer Stadthalle begangen worden: 80 Jahre Kriegsende,

75 Jahre Charta der Heimatvertriebenen und 35 Jahre deutsche Wiedervereinigung. Etwa 220 Besucher waren der Einladung des Bundes der Vertriebenen (BdV) gefolgt, dessen Kreisverband und Ortsverband Wetzlar Ausrichter waren. „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“ war denn auch das mehr als dreistündige Programm überschrieben. Der Moderator Michael Hundertmark, Stellvertretender BdV-Kreisverbandsvorsitzender, sagte zu den Gästen: „Viele von Ihnen gehören der Erlebnisgeneration an, sind Zeitzeugen, die ein Erinnern erst möglich machen. Durch ihre eigenen Biografien und Lebensgeschichten wird ein Bewahren dieser Episode unserer Geschichte erst möglich. Und, wer die Geschichte nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten“.

Der Festredner, der BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortman, sagte, mehr denn je seien die Fragen von Heimat, Erinnerung und Verantwortung aktuell. Die vor 75 Jahren in Stuttgart verkündete „Charta der Heimatvertriebenen“ sei ein einzigartiges Dokument der Zeitgeschichte. „Sie war ein mutiger und moralisch wegweisender Schritt. In ihr bekannten sich die Heimatvertriebenen zum Verzicht auf Rache und Vergeltung“, fasste Ortman zusammen, der 1940 in Wiesengrund im Sudetenland ge-

boren wurde und seine eigene Vertriebungserfahrung mitbringt. Er erinnerte an die Bereitschaft der Menschen aus den ehemaligen deutschen Gebieten im Osten zum Wiederaufbau in der neuen Heimat und zur europäischen Verständigung. Der Bund der Vertriebenen verstehe sich heute als Sachwalter der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Er bewahre die Kultur und Sorge dafür, dass die Geschichte von Flucht und Vertreibung nicht vergessen werde. Der Referent schloss mit dem Appell: „Heimat ist eine Aufgabe für uns alle. Bewahren wir sie für uns, für kommende Generationen und für ein friedliches Europa“.

Unter den Besucher konnte Hundertmark zahlreiche Ehrengäste begrüßen, die teilweise mit einem Grußwort die die Bedeutung des Tages hervorhoben.

Der Wetzlarer Stadtrat Jörg Kratkey (SPD) erinnerte daran, dass nicht nur an 80 Jahre Kriegsende gedacht werde, sondern auch an 35 Jahre Deutsche Einheit. Er mahnte: „Man muss die Geschichte kennen um die Zukunft gestalten zu können“.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Steinrath erinnerte daran, dass das Land Hessen den ersten Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler installiert hat. Es sei wichtig, dass das Erlebte in Erinnerung

bleibe und die Jugend für dieses Thema begeistert werde.

Sein Kollege von der FDP, Matthias Büger, sagte, Gestalten schließe auch die Zukunft ein. Leider sei die Welt nicht friedlicher geworden. „Wir wollen in Frieden leben und müssen klar machen, dass Krieg kein Mittel der Politik ist“.

Die Stellvertretende Vorsitzende des BdV-Landesverbands Dr. Olga Martens lobte, dass die Vertriebenen aus ihrem Leid etwas Schönes auf die Beine gestellt hätten, etwa die Vereine und die Landsmannschaften mit ihrer Sprache und Musik.

Der Vorsitzende des Ortsverbandes Kuno Kutz gedachte an die Toten von Flucht und Vertreibung. Der Tag der Heimat wurde von der Musikgruppe „Egerländer Maderln und Freunde“, dem Egerländer Volkstanzkreis, dem Chor „Stimme der Hoffnung“ und dem Gesangsverein Harmonie Dutenhofen mitgestaltet.

Roland Jankofsky, Stellvertretender Vorsitzender des BdV-Kreisverbandes, sagte zum Abschluss: „Der Tag der Heimat war Erinnerung und Mahnung“. Für die Erlebnisgeneration sei es bis heute schwer mit dem Verlust der Heimat zu leben. Der heutigen Bekennnisgeneration falle es leichter. Er nehme Zeichen der Versöhnung durch junge Menschen in Tschechien wahr. *Lothar Rühl*

### Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

#### Nachrufe

**Professor Dr. Klaus Kowalewski**, ein ostpreußisches Urgestein, verstarb am 15. September. Geboren am 28. Januar 1940 in Königsberg, verlebte Kowalewski seine Kindheit in Lyck und Prostken. Auch in der DDR blieb er seiner Heimat

eng verbunden und besuchte sie oft. Seinen Doktor und die Professur erlangte er im Maschinenbau, war aber auch historisch und philosophisch hochgebildet. Unvergessen sind seine Ausführungen vor den Reisegruppen der Ostpreußen an der Grenzsäule von 1545 in Prostken, in der masurischen Holzkirche Ostrokollen sowie auf dem sogenannten baltischen Olymp, dem Domberg in Dorpat über Baer, Struve und andere Größen der Wissenschaft. Nicht nur als Ostpreuße, sondern auch als Professor waren Kowalewski eine gewisse Weitschweifigkeit sowie Mutterwitz eigen, die ihn bei seinen zahlreichen Freunden und Landsleuten liebenswert machten. Er hatte und vertrat immer eine feste Meinung. Auch im hohen Alter und unter großen Schmerzen blieb er der Heimat und der landsmannschaftlichen Arbeit von Herzen zugetan.

**Helga Hering**, geb. **Woweries** verstarb am 26. September. Helga Woweries, eines der letzten sogenannten Wolfskinder, wurde am 2. September 1934 in Königsberg geboren und wohnte mit ihrer Familie am Viehmarkt nahe der Lutherkirche. Sie überlebten 1945 den Einmarsch der Roten Armee, mussten aber alle damit verbundenen Drangsale und Entbehrungen erleiden. Mit 12 Jahren ging Helga Woweries nach Litauen, wo sie von einer Bauernfamilie nahe Kaunas aufgenommen wurde. Nur durch Zufall oder Fügung fand ihre Mutter sie dort wieder, sodass sie 1948 gemeinsam ausreisen konnten. Ihre Erlebnisse wurden von Ingeborg Jacob in dem erschütternden Buch „Freiwild“ aufgezeichnet. In der DDR begann sie ein „normales“ Leben, heiratete und bekam eine Tochter. Nach der Wende zog es Hering bald zu den Ostpreußen-treffen in Mecklenburg-Vorpommern (MV), wo sie offen reden konnte und Schicksalsgefährten traf. Einige Male kam sie mit nach Königsberg und nach Litauen. Unvergessen ist die Begegnung in der Litauischen Botschaft Berlin am

18. Oktober 2008; der damalige Botschafter Evaldas Ignatavicius hatte den Landesvorsitzenden der Ostpreußen in MV, Manfred Schukat, gebeten, einen Abend über die ostpreußischen Wolfskinder zu moderieren und einige von ihnen mitzubringen. Darunter war auch Hering. Über 20 Jahre kämpfte sie tapfer gegen eine schwere Krebserkrankung und wurde von ihren Ärzten als medizinisches Wunder angesehen. Noch am 18. September wollte sie zum Vortrag von Dr. Christopher Spatz über die Wolfskinder nach Anklam kommen. Ein Sturz im Bad verhinderte dies. *Friedhelm Schülke*

### Niedersachsen

**Vorsitzender:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850, **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke

#### Erntedank

**Oldenburg** – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg gedachte auf ihrer Versammlung des Erntedanktags.

Die Ernte im Hausgarten stand diesmal im Mittelpunkt, die sich ja über das ganze Jahr erstreckt, aber jetzt im Herbst die meiste Arbeit macht. Gisela Borchers zeigte in einer Powerpoint-Präsentation eine ganze Reihe von Blumen, die in der Heimat in vielen Gärten anzutreffen waren. Von vielen wurde das ganze Jahr über Samen zur Wiederansaat gewonnen.

Alle Gemüsesorten, die in den Gärten der Heimat zu finden waren, wurden gezeigt, ebenso deren Ernte und Einlagerung beziehungsweise Verarbeitung und Konservierung. Immer war viel Arbeit damit verbunden, vor allem im Herbst, wenn die Ernte frostsicher gelagert werden musste. *G. B.*

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

#### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzender: Joachim Mross, Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Herbsttagung

Gütersloh – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14: Herbsttagung.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Johannisburger Heide

Dresden – Dienstag, 21. Oktober, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Rundum die Johannisburger Heide (Masuren).

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Wie in jedem Jahr war auch an diesem ersten Oktobersonntag die Vereinigte Landsmannschaft Flensburg wieder eingeladen, mit der St. Michaelsgemeinde den Erntedanktag zu feiern, mit Gottesdienst und dem traditionellen anschließenden Wrukenessen. Der Kirchenraum war mit Kerzen, einer mächtigen Erntekrone, Gemüse, Obst und Blumen gefüllt wie an Weihnachten, darunter Eltern und Großeltern der Kinder der 1. und 2. Klasse der nahen Falkenbergerschule, denn sie gestalteten mit einem Anspiel in Form einer szenischen Lesung diesen Dankgottesdienst gemeinsam mit der Pastorin Sylvia Meyerding. Dank an Gott für die reiche Ernte, beglückendes Staunen über die Schönheit der Früchte, Dank auch jenen, die säten und pflügten und ernteten. Und bei all dem: „Keiner von uns kann ein Samenkorn dazu bringen zu wachsen. Keiner kann ihm Sonne, Wind und Regen zur rechten Zeit schenken.“ So die Pastorin in ihrer Predigt. „Loben und Staunen, Danken und Fröhlichkeit“, an diesem Erntedank mit Musik und hernach gemeinsam mit Rübenmus, Kochwurst, Kassler und Apfelsaft. Zum Abschluss dankte der Vorsitzende

der VLM Hans Legies mit einer kleinen Rede der Gemeinde St. Michael und der Pastorin für die großzügige Einladung. Ingrid Jacobsen

Reisen mit Dieter Wenskat

Lehrte – Vom 27. April bis zum 5. Mai: neuntägige Flug- und Schiffsreise nach Danzig, Masuren und ins Memelland. Und vom 26. April bis zum 5. Mai: zehntägige Bus- und Schiffsreise nach Thorn, Danzig, Masuren und ins Memelland. Ab Danzig reisen die Gruppen gemeinsam.

Die neuntägige Reise startet am 27. April vormittags mit einem Linienflug wahlweise ab Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Danzig und einem Transfer ins Hotel.

Die zehntägige Bus- und Schiffsreise beginnt schon am 26. April mit dem Bus morgens ab Lehrte über Potsdam, Posen und Bromberg nach Thorn. Hier gibt es eine Stadtführung, und mittags geht es weiter nach Danzig, Marienburg, Elbing, am Frischen Haff entlang nach Cadinen und Frauenburg, eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal steht an, Weiterfahrt zum Gut nach Gallingen. Masurenrundfahrt mit der Wallfahrtskirche „Heilige Linde“ samt Orgelenspiel und der Besichtigung der Bunkeranlage „Mauerwald“, Sensburg, Nikolaiken, Niedersee [Ruciane-Nida] im Süden Masurens am Rande der Johannisburger Heide. In Eckertsdorf [Wojnowo] wartet das Philliponenkloster auf einen Besuch und die Kruttinna auf eine Fahrt mit dem Staken-

boot. Am Abend geht es mit der Kutsche auf einen rustikalen Pferdehof zu einem Masurischen Abend mit deftigem Abendessen und mitreißender Folklore.

Weitere Programmpunkte sind: Lötzen, in Lyck lädt die Deutsche Minderheit zum Mittagessen und zur Besichtigung des Heimatmuseums im Wasserturm ein, Kaunas, vorbei an Jubarkas durch das Tal der Memel, „Ramybas“, Heydekrug und Memel. Zum Abschluss steht noch ein Tagesausflug auf die Kurische Nehrung auf dem Programm. Mit der Fähre geht es vom Memeler Fährterminal der Reederei DFDS Richtung Kiel. In Kiel fährt der Reisebus nach Lehrte mit Ausstiegen am Hauptbahnhof in Kiel und am Hauptbahnhof in Hamburg.

Ein ausführlicheres Programm, Änderungen sind vorbehalten, erscheint in der kommenden Ausgabe oder sind jetzt schon über Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501 zu erfragen.

Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Nachruf Christa Wank

Dortmund – Am 16. August verstarb hochbetagt im 102. Lebensjahr Christa Wank. Die Verstorbene wurde am 19. April 1924 in Domnau geboren und war dort auch bis zur Flucht ansässig. Sie besuchte in

Domnau die Volksschule und später in Königsberg die höhere Handelsschule, die sie mit der mittleren Reife abschloss. Nach der Flucht fand Wank zunächst in Berlin und dann in Thüringen eine neue Bleibe. Durch ihre Heirat ist für sie und ihre Familie Dortmund zur Ersatzheimat geworden, denn ihr Mann leitete dort eine Zahnarztpraxis. Hier übernahm die gebürtige Ostpreußerin die Buchführung und widmete sich darüber hinaus der Betreuung ihrer drei Kinder.

Die erzwungene Trennung von der Heimat war für Wank sehr früh ein Ansporn, sich für das Wohl ihrer vertriebenen Schicksalsgefährten einzusetzen. Schon 1950 wurde sie Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen und leitete fast vier Jahrzehnte deren örtliche Frauengruppe und später die Bundesvereinigung der ostpreußischen Frauenkreise. 1986 wurde Wank zur Vizepräsidentin des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen (BdV) gewählt. Von 1992 bis 1998 amtierte sie als Präsidentin des Frauenverbandes im BdV. „Mit Tatkraft und

Visionen prägte sie in diesen Jahren die Bildungs- und Erinnerungsarbeit des Verbandes“, so das Präsidium des BdV in seinem Nachruf auf die Verstorbene. Die Landsmannschaft Ostpreußen würdigte das große ehrenamtliche Engagement der Domnauerin mit der Verleihung des Silbernen und später des Goldenen Ehrenzeichens. Ihr Einsatz für die Belange der Vertriebenen und für das soziale Leben in Dortmund wurden mit dem Bundesverdienstkreuz belohnt.

Besonders hervorzuheben ist, dass Wank ein treues Mitglied ihrer Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein gewesen ist. Bis zum Ende der 1980er-Jahre war sie häufig Gast bei den jährlichen Kreistreffen. Später war ihr der regelmäßige Besuch aufgrund ihres hohen Engagements beim BdV nicht mehr möglich.

„Ihr Wirken war geprägt von Klarheit, Verantwortungsbewusstsein und einer tiefen menschlichen Wärme. In Gesprächen mit Zeitzeugen, beim Sammeln von Volksgut oder in Begegnungen mit Persönlichkeiten bewahrte sie stets



Setzte sich für das Wohl der Vertriebenen ein: Christa Wank

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid at the bottom left with the text 'So ist's richtig:'.

Schüttelrätsel

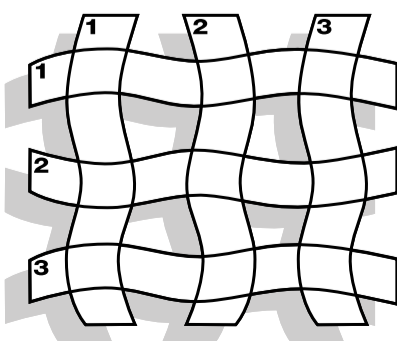
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in the question fields.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für fehlerlos.

Middle word puzzle grid with words in the side blocks and a central word to be found.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 ausgelernter Handwerker
2 Werbung
3 geballte Masse, Haufen

## Heimatkreisgemeinschaften

Bescheidenheit und Menschlichkeit“, so das Präsidium des BdV in dem schon erwähnten Nachruf für Christa Wank. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

*Wilhelm von Gottberg,  
Sprecher und Bundesvorsitzender  
der Landsmannschaft Ostpreußen  
1992 bis 2010*



### Goldap

**Kreisvertreter:** Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

### Heimattreffen

**Stade** – Freitag, 17. Oktober, ab 14 Uhr, bis Sonntag, 19. Oktober,

Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Goldaper Heimattreffen. Abweichende Veranstaltungsorte:

Freitag, 17. Oktober, 20 Uhr, Klapperina, Kommandantendeich 1: Vorabendtreffen.

Sonnabend, 18. Oktober, 9.30 Uhr, Landgasthaus Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth: Kreistagssitzung; 11 Uhr: Kreisversammlung der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V.; anschließend gemeinsames Mittagessen, Einlass ab 12.30 Uhr; 13.45 Uhr: Abfahrt mit dem Bus vom Hollerner Hof zum Freilichtmuseum Kiekeberg; 15 Uhr: Führung durch die Königsberger Straße; 18 Uhr: Rückfahrt zum Landgasthaus Hollerner Hof; 19.30 Uhr: gemeinsames Abendessen, Fotovortrag.

Sonntag, 19. Oktober, 11 Uhr, Wallanlagen in Stade: Feierstunde am Mahnmahl.



### Lötzen

**Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

### Mitgliederversammlung

**Neumünster** – Sonnabend, 25. Oktober, 14 Uhr, Sudetenlandstraße 18h: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. Alle Mitglieder und Interessierte sind zu folgenden Themen eingeladen: 1. Begrüßung, 2. Feststellung der terminlichen Einladung, 3. Feststellung der Stimmberechtigung,

4. Entscheidung über Satzungsänderung, 5. Vorstellung der Kandidaten für die Vorstandswahl 2026, 6. Verschiedenes. Anschließend können Gespräche und Besichtigungen des Museums und Archivs erfolgen. *P. Karpowski, D. Milewski*



### Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

**Kreisvertreter:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

**Geschäftsstelle:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

### Erntedank

**Dortmund** – Sonnabend, 25. Oktober, 13 Uhr, Ostdeutsche Heimattube, Landgrafenstraße, Eingang

Märkische Straße: Erntedanktreffen mit einem Mittagsbüfett, Liedern und Vorträgen, die an die Heimat erinnern, sowie einem Bericht der diesjährigen Memellandreise.

Bei Kaffee und Kuchen bleibt genügend Zeit für Gespräche. Bitte anmelden bei Gerhard Schicknus, unter Telefon (0231) 62836900, Mobil (0173) 8103050.



### Kulturzentrum Ostpreußen

Sonnabend, 25. Oktober, 10 bis 16 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schlossstraße 9, 91792 Ellingen: **Ein Akt der Unterwerfung? 500 Jahre Herzogtum Preußen. Tagung im Rahmen der gleichnamigen Ausstellung.**

Am 8. April 1525 unterzeichnete Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach den Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Orden und der polnischen

Krone. Zwei Tage später wurde der Vertrag auch als öffentlicher Akt auf dem Krakauer Markt vollzogen. Albrecht war nun erster Herzog in Preußen. Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de gebeten. Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

## BUND DER VERTRIEBENEN

# Neues Präsidium komplett

Stephan Mayer MdB ist neuer BdV-Präsident –  
Dr. Bernd Fabritius ist Ehrenpräsident

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen (BdV) hat in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin ein neues Präsidium gewählt. Neuer Präsident ist der Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer, der mit 98 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt wurde. Mayer folgt auf Dr. Bernd Fabritius, der den Verband seit 2014 geführt hat und nicht erneut kandidierte, um sich voll auf sein Amt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten konzentrieren zu können.

Mayer engagiert sich seit 2008 im BdV-Präsidium, seit 2016 als Vizepräsident. Aufgrund seiner familiären Wurzeln ist er der Sudenteutschen Landsmannschaft eng verbunden und gehört dem Präsidium des Sudetendeutschen Rates an. Mit der Leitung eines bundesweiten Dachverbandes hat der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär bereits zwischen 2010 und 2018 als Präsident der THW-Bundesvereinigung Erfah-

rung gesammelt. Seit 2002 vertritt der Rechtsanwalt den Wahlkreis Altötting/Mühlendorf am Inn als direkt gewählter Abgeordneter der CSU im Deutschen Bundestag.

„Ich bin von dem in mich gesetzten Vertrauen tief bewegt. Der BdV bleibt ein unverzichtbarer Teil der politischen und kulturellen Identität unseres Landes. Er ist kein Bittsteller, sondern ein verlässlicher Partner der Politik mit Anspruch auf Umsetzung politischer Zusagen. Unser Auftrag bleibt: erinnern, bewahren, gestalten – für Frieden, Freiheit und ein geeintes Europa“, erklärte Mayer nach seiner Wahl.

Zu Vizepräsidenten des Verbandes wählten die Delegierten: Stephan Grigat, Rita Hagl-Kehl, Raimund Haser MdL, Steffen Hörler, Egon Primas und Johann Thießen. Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums wurden gewählt: Milan Horáček, Rainer Lehn, Siegbert Ortman, Stephan Rauhut, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Heiko Schmelzle. Kraft Amtes gehört Hiltrud Leber als Präsidentin des

Frauenverbandes dem Präsidium an. Das neue Präsidium steht für Kontinuität in den Themen und Erneuerung in der Ansprache kommender Generationen.

Spontan trugen die Delegierten der Bundesversammlung auf Vorschläge aus ihrer Mitte sowie vom neuen Präsidenten dem scheidenden Präsidenten Fabritius die Ehrenpräsidentenschaft an. Er nahm diese hohe Ehrung sichtlich gerührt an und dankte für das damit erneut zum Ausdruck gekommene Vertrauen.

### Thematische Schwerpunkte

Die Bundesversammlung fasste zugleich eine umfassende Entschließung zu den Schwerpunkten Erinnerungskultur, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Zukunft der Vertriebenenarbeit. Sie fordert die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags nach Paragraph 96 BVFG, um Geschichte, Kultur und Identität der Heimatvertriebenen und Aussiedler dauerhaft zu sichern, eine verlässliche Förderung der Kulturinstitutionen wie des Oberschlesischen Landesmuseums und der Kulturstiftung der Vertriebenen, den Erhalt des Kulturerbes in den Heimatgebieten und die Förderung der Verständigungsarbeit mit den östlichen Nachbarn, die Stärkung der Migrationsberatung (MBE) sowie die Sicherung sozialer Gerechtigkeit für Spätaussiedler, insbesondere durch eine Reform des Fremdenrechts, die Ächtung von Vertreibungen weltweit und die völkerrechtliche Anerkennung des Rechts auf die Heimat als Menschenrecht.

Mayer erklärte zum Abschluss: „Der Generationswechsel an der Spitze unseres Verbandes ist mehr als nur ein personeller Wechsel – er ist das Versprechen, Erinnerung und Verantwortung in neuer Form weiterzutragen. Der Bund der Vertriebenen bleibt eine Gemeinschaft der Menschlichkeit und der Verständigung, die Brücken schlägt zwischen Vergangenheit und Zukunft. Aus Erinnerung erwächst Verantwortung – aus Verantwortung entsteht Zukunft.“

*BdV – Bund der Vertriebenen*



Das neugewählte Präsidium des Bundes der Vertriebenen präsentiert sich mit Neu-Präsident Stephan Mayer (4.v.l.). *Bild: Deutscher Bundestag*

ANZEIGEN

Von guten Mächten wunderbar geborgen,  
erwarten wir getrost, was kommen mag.



## Hilde Zinn

\* 28. 7. 1929 † 28. 9. 2025

Familie Michael Zinn  
Familie Ralf-Peter Stechert  
Friedeburg Meinecke

Frobusch Bestattungen, Eschede - Celle

Über weite Felder  
lichte Wunder geh'n.

Wir nehmen Abschied von

## Margitta Kumar

geb. Meschonat

\* 2. 6. 1932 Skallischen † 1. 10. 2025 Hude

Du fehlst uns sehr

Dr. Rajendra Kumar

Kamala und Werner mit Cara und Victor  
Arun und Kaija mit Nayantara und Carl  
sowie Saskia

Manu und Yukiko mit Satoru sowie Ulli

27798 Hude, Hohelucht 10

Die Trauerandacht findet statt am Donnerstag, den 23. Oktober 2025, um 13.00 Uhr in der St.-Elisabeth-Kirche zu Hude; anschließend Beisetzung.

Anstelle freundlich zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende an die Organisation Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Bundesverband e.V. (dmsg), IBAN DE17 2512 0510 0000 4040 40, SozialBank AG.

In dankbarer Erinnerung haben wir Abschied genommen von einem unserer  
treuesten und langjährigsten Mitglieder

Frau

## Ria Loosen

Mit ihrer Unterstützung und den großzügigen Spenden konnten wir die Arbeit und die Anliegen des Ostpreußischen Landesmuseums in die Zukunft tragen. Ihre Hilfe wird uns unvergessen bleiben.

Wir trauern mit der Familie um Frau Loosen und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.



Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum –  
Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e. V.

Horst Buschalsky  
Vorsitzender

Dr. Barbara Loeffke  
Ehrenvorsitzende

LEAH RABIN

# Im Herzen immer eine Königsbergerin

Die Frau des ermordeten Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin war umstritten, bewundert sowie über den Tod hinaus verhasst

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Liste der prominenten Töchter und Söhne, die aus Ostpreußens schöner Hauptstadt Königsberg stammen, umfasst viele hundert Namen. Manche der Aufgeführten gingen dabei für immer aus Ostpreußen weg, ohne aber ihre Herkunft zu verleugnen. Ein typisches Beispiel hierfür ist Leah Rabin, die Ehefrau des 1995 ermordeten israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin.

Ihr Vater Fima Schloßberg, der aus Russland eingewandert war, betrieb in Königsberg ein Textilgeschäft und wandte sich schon frühzeitig dem Zionismus zu. Angesichts von Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 emigrierte er nach Tel Aviv und pachtete dort ein Hotel. Seine Familie folgte ihm wenig später nach – mit dabei auch die am 8. April 1928 in Königsberg geborene Leah.

Sie erhielt eine solide Schulbildung und trat 1941 dem sozialistisch-zionistischen Jugendverband Haschomer Hazair bei. Zur gleichen Zeit hatte sie bereits zwei überaus prägende Erlebnisse hinter sich – nämlich den arabischen Aufstand von 1936 bis 1939, bei dem Jaffa in Flammen aufging, sowie die Bombardierung von Tel Aviv im September 1940 durch die Luftwaffe Mussolinis, in deren Verlauf das junge Mädchen beinahe ums Leben gekommen wäre.

Im Sommer 1941 traf die damalige Zehntklässlerin in einer Tel Aviver Eisdielen dann auf Jitzchak Rabin, der ihr so gleich wie „die Reinkarnation des biblischen Königs David“ erschien. Der 19-jährige war Mitglied der jüdischen paramilitärischen Untergrundorganisation Palmach und nahm an militärisch riskanten Kommandounternehmen teil. 1948 erhielt er den Befehl über die Harel-Brigade der Palmach, während sich nun auch Leah Schloßberg in der Palmach engagierte. In erster Linie studierte sie aber Pädagogik,



Leah Rabin geborene Schloßberg erblickte am 28. April 1928 das Licht der Welt in Königsberg. Noch kurz vor ihrem Tod bekannte sie sich offen und voller Stolz zu ihrer ostpreußischen Herkunft

Bild: ddp

um anschließend als Lehrerin zu arbeiten. Nach der Heirat mit Rabin, 1948 inmitten der Wirren des Israelischen Unabhängigkeitskrieges, sowie der Geburt der beiden Kinder Dalia und Juwal gab Leah ihre berufliche Tätigkeit auf und konzentrierte sich fortan mit vollstem Engagement auf die Unterstützung der weiteren Karriere ihres Mannes.

## Illegales Auslandskonto

Jitzchak Rabin stieg bis zum Generalstabschef der israelischen Armee auf. Als solcher war er einer der Architekten des Sieges im Sechstagekrieg von 1967. Danach ging der Generalleutnant a. D. in die Politik und amtierte ab 1974 als Minister-

präsident. Allerdings stürzte Rabin 1977 über ein formaljuristisch illegales Auslandskonto seiner Frau, das noch aus der Zeit stammte, als er Botschafter in den USA gewesen war.

1984 holte Schimon Peres ihn als Verteidigungsminister ins Kabinett zurück. In dieser Eigenschaft verwandelte sich der Ex-Militär nicht zuletzt unter dem Einfluss von Leah Rabin von einem Hardliner zu einem der wichtigsten Fürsprecher eines fortschreitenden Friedensprozesses zwischen Israel sowie den Palästinensern und den arabischen Nachbarländern. Das trug ihm am Ende den neuerlichen Wahlsieg und das Amt des Ministerpräsidenten ein. Außerdem erhielt Rabin

gemeinsam mit Peres und dem Palästinenserführer Jassir Arafat 1994 den Friedensnobelpreis für die „Anstrengungen zur Lösung des Nahostkonflikts“.

## Zögerliche Friedensbemühungen

Der angestrebte Ausgleich mit den Arabern bescherte dem Ehepaar Rabin jedoch auch zahlreiche Anfeindungen vonseiten weniger verständigungsbereiter Israelis und radikaler Hardliner. Über deren Treiben schrieb Leah Rabin in ihrer Autobiographie: „Da ist sie! brüllten sie, als ich in die Garageneinfahrt unter unserem gemieteten Haus einbog ... „Nach den nächsten Wahlen wirst du mit deinem Mann auf dem Marktplatz hängen. Mit den Füßen

nach oben. Wie Mussolini und seine Mätresse“, schrie jemand aus der Menge ... Einige der Demonstranten ... verglichen uns sogar mit Nicolae und Elena Ceauşescu, dem vielleicht meist geschmähten Despotenpaar der Neuzeit.“

In dieser Atmosphäre des Hasses gab das ultraorthodoxe Mitglied der israelischen Siedlerbewegung Jigal Amir am 4. November 1995 zwei tödliche Schüsse auf den Ministerpräsidenten ab. Für die Ermordung von Rabin machte dessen Frau nicht zuletzt die Agitation der Likud-Partei und dessen damaligen und heutigen Vorsitzenden Benjamin Netanjahu verantwortlich. Gleichzeitig kritisierte sie aber auch die angeblich zu zögerlichen Friedensbemühungen des Netanjahu-Gegners und politischen Erben von Rabin, Ehud Barak.

## Grabstein geschändet

Daher blieb die ehemalige First Lady des jüdischen Staates dort weiterhin heftig umstritten, was im Übrigen nicht nur an ihren politischen Ansichten, sondern auch an ihrem scharfzüngigen und teilweise durchaus arroganten Auftreten lag. Ebenso registrierten etliche Israelis mit Missfallen, dass Leah Rabin sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre offen zu ihrer deutschen beziehungsweise ostpreußischen Herkunft bekannte. Im letzteren Zusammenhang besuchte sie im März 1999 unter anderem das Museum Stadt Königsberg in Duisburg.

Wenig später wurden bei der starken Raucherin Lungen- und Brustkrebs diagnostiziert. Hinzu kam schließlich auch noch eine Herzerkrankung. Leah Rabin starb am 12. November 2000 im Alter von 72 Jahren im Kreise ihrer Familie in einem Krankenhaus in Petah Tikva bei Tel Aviv. Fünf Jahre später beschmierten Vandalen die Grabsteine des Ehepaars Rabin auf dem Militärfriedhof am Herzl-Berg in Jerusalem mit schändlichen Schmähbotschaften.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# „Poldi“ fremdelt mit seiner Fußball-Heimat

Der Fußballer will den schlesischen Verein „Górnik Zabrze“ kaufen, wird aber von der oberschlesischen Stadt hingehalten

Der 130-malige Nationalspieler Lukas Podolski hat seine Wurzeln in Gleiwitz in Schlesien. Er kam im Alter von zwei Jahren als Aussiedler mit seinen Eltern in die Bundesrepublik. 2014 wurde er Weltmeister mit der deutschen Nationalmannschaft. Der beliebte Fußballer, der von 2004 bis 2017 in der Nationalmannschaft spielte, war nach seiner Fußballerkarriere in Deutschland, der Türkei, Japan und Italien auch erfolgreich als Restaurantunternehmer.

Aktuell leiht er sein Image fast fünfzig „Mangal Döner“-Franchisenehmern in Deutschland. Die ersten Restaurants wurden in Köln eröffnet, wo er seine sportliche Karriere begann. In den letzten zwölf Monaten sind nicht weniger als 19 neue Restaurants in Deutschland entstanden, darunter die letzten in Saarbrücken und ein weiteres im Outlet-Center Zweibrücken. Ein Restaurant in Saarbrücken wird den Platz des Cafés Schubert einnehmen, das fast 70 Jahre lang eine echte Institution in der Stadt war und Ende 2023 aufgrund finanzieller Schwierigkeiten geschlossen wurde. Das Haus war für seine zahlreichen hausgemachten Backwaren und seine Schubert-Kugeln bekannt. Doch jetzt beginnt hier eine neue Döner-Ära.

Laut der britischen Boulevardzeitung „The Sun“ ist Podolski durch seine klugen Geschäfte mittlerweile reicher als durch die Einnahmen aus seiner Fußballkarriere, mit einem geschätzten Vermögen von rund 210 Millionen Euro. Die Marke positioniert sich als Anbieter von Premium-Kebabs: Täglich vor Ort gibt's gebackene Brötchen, hochwertiges Fleisch aus deutschen Betrieben, hausgemachte Rezepte und ein modernes Design. „Das Ziel ist es, sich von traditionellen Kebabs abzuheben und eine starke visuelle Identität zu etablieren. Mit Lukas Podolski als Gesicht der Marke stehen Authentizität, Qualität und eine starke visuelle Identität im Mittelpunkt des Konzepts“, schreibt eine Sprecherin von Mangal Döner.

## In Schlesien sesshaft geworden

Seit 2021 spielt Podolski beim polnischen Verein „Górnik Zabrze“ (Berg Hindenburg). Das ist der Nachfolgeverein des „SC Preußen 1910 Hindenburg-Zaborze“, der vor 1945 oft um die deutsche Meisterschaft mitspielte und einen Spieler beim ersten deutschen Weltmeistertitel 1954 in Bern stellte. Auch mit jetzt 40 Jahren hat Podolski noch lange nicht genug vom Fußball. Der Weltmeister geht in seine



So liebten ihn die deutschen Fußball-Fans: Lukas Podolski in Jubelpose, wenn er mal wieder ein spektakuläres Tor erzielt hat

Bild: mauritius images / Uwe Kraft

fünfte Saison bei Górnik Hindenburg, nachdem er seinen Vertrag um ein weiteres Jahr verlängert hat. Podolski ist eine Leitfigur, von der junge Spieler lernen und von dem der ganze Verein profitiert. Jetzt könnte der Ex-Nationalspieler sogar Miteigentümer des Vereins werden. Denn seit einigen Jahren hat er sich mit seiner Frau und den drei Kindern ganz in Ober-

schlesien niedergelassen. Die Stadt Hindenburg sucht schon länger einen Käufer für den Traditionsklub, und Podolskis LP-Holding ist als letzter Interessent übriggeblieben. Seit „Poldi“ Spieler bei Górnik ist, hat es in Hindenburg bereits drei Mal einen Präsidentenwechsel gegeben. Laut Podolski ziehen sich die Verhandlungen mit Stadtverwaltung und Anwälten zu

lange hin. „Diese Privatisierung fängt langsam an, lächerlich zu werden. Ständig gibt es einen neuen Bürgermeister oder Kommissar, und alles fängt wieder von vorne an. Das geht nun schon seit zwei Jahren so. Manchmal habe ich Zweifel, ob die Stadt den Verein wirklich verkaufen will oder ob das nur Spielchen sind“, erklärte Podolski genervt. Angeblich ist noch immer nicht bekannt, wie viel für die Aktien von Górnik gezahlt werden soll: „Es gibt noch viel mehr zu klären. Nicht nur den Preis, sondern auch den Vertrag mit dem Stadion. Aber ich bin nicht verückt. Ich werde den Verein nicht zu inakzeptablen Bedingungen kaufen“, sagt er. Podolski macht keinen Hehl aus seiner Verärgerung über die Eigentumsverhältnisse bei Górnik Hindenburg.

Mit dem neuen slowakischen Trainer Michal Gasparik und einer ausgeglichenen polnischen Liga möchte Górnik nach Platz neun im Vorjahr auch in diesem Jahr sportlich positiv überraschen. Die Favoriten bleiben Lech Posen, Raków Częstochowa, Legia Warschau, Jagiellonia Białystok und Pogon Stettin – doch mit Podolski als Herz und möglichem Teilhaber könnte Hindenburg neue Impulse in Polens Liga setzen. *Bodo Bost*

## TRADITION

## Kein Museumsstück mehr

Die Wiederentdeckung der Pottmütze, oder: Wie Pommernwolle wärmt und Seelenzustände beschreibt

VON TORSTEN SEEGERT

Wenn in den kommenden Wochen die Temperaturen fallen und der Wind noch etwas rauer an der pommerschen Küste weht, dann kann sich eine Pottmütze schon bald als recht nützlich erweisen, um den Naturgewalten zu trotzen. Denn: Die auch als „Potthüll“ bezeichnete aus der Wolle Rauhwolliger Pommerscher Landschaft gestrickte Kopfbedeckung wurde zwischenzeitlich zu diesem Zweck wiederentdeckt.

So sind sie wieder ein Stück weit zurückgekehrt in eine Welt, die sie eigentlich längst in Richtung musealer Aufbewahrung verlassen hatten. Durch blaue Segelmützen in der Mitte des 19. Jahrhunderts verdrängt, waren die wenigen bunten Zipfmützen in den Magazinen der pommerschen Museen verschwunden, wo sie auf ihre Hebung als entschlüsselt Strickmuster weit über 100 Jahre warten mussten.

Dann, im Jahre 2019, war es endlich soweit: Cornelia Müller-Gödecke aus Gribow begann sich die Pottmützen genauer anzuschauen und recherchierte. – Aber: Neben zwei originalen Strickmützen gab es lediglich einige Ansichtskarten, welche die innen bis in Ohrenhöhe gefütterten Kopfbedeckungen mit ihren stolzen Besitzern abbildeten. So kam es, wie es wohl kommen musste: Das Strickmuster vervollständigte sich mit den Strickversuchen.

**Handstrick auch in USA beliebt**

Heute, sechs Jahre nach der Rekonstruktion der pommerschen Pottmütze, werden die Muster mit dem Maschenbild sogar in drei verschiedenen Größen (S, M und L) zum Nachstricken auf ihrer Seite ([wockensolle.de](http://wockensolle.de)) vorgestellt. Und hier kann der Besucher auch noch eine Anleitung für eine weitere Strickmütze einsehen, die sogar in der amerikanischen Zeitschrift „Piecework“ veröffentlicht wurde – das Vorbild kam aus Gager auf Mönchgut, einer Halbinsel auf der Insel Rügen.

All das hat dann doch noch weitere Wellen geschlagen, sodass nun wieder pommersche Pottmützen gestrickt werden. Längst ergänzen sie perfekt die ebenfalls aus der Wolle der Pommernschaf



Zünftig: Mit der Mütze, die auch noch gefüttert ist, kann man dem Wetter trotzen

Bild: Seegert

hergestellten Hoodies der Firma Nordwolle – wie das Foto zeigt. Daher heißt es also: Wie auch immer man die kalte Jahreszeit verbringen möchte, eine Pottmütze gehört in Pommern wieder dazu.

Die Wiederentdeckung könnte in Zeiten „Künstlicher Intelligenz“ vielleicht auch unser gegenseitiges Verständnis befördern. Denn Pottmützen sind auch unheimlich mitteilnehmend: Wie dem „Führer durch die Sammlung für deutsche Volkskunde“ von 1914 zu entnehmen ist, nutzte man die Strickmützen schon damals, um auch ohne soziale Netzwerke Seelenzu-

stände mitzuteilen. Blaubunte Mützen standen für Trauer und rotbunte Mützen für Freude.

Vielleicht ist die vorgenannte Beschreibung auch für unsere Leser Anregung genug, sich den Pottmützen wieder zuzuwenden. So gesehen, könnten es einige der bunten Zipfmützen vielleicht sogar bis auf die Gabentische zum Weihnachtsfest schaffen. Denn die Handarbeit ist nicht nur ein materielles Geschenk, sondern auch die Anerkennung der für das Stricken aufgewendeten Zeit und Sorgfalt.

Für die Anleitung zum Stricken der Pottmütze von Cornelia Müller-Gödecke folgt man am Besten dem QR-Code.



Strickanleitung für die Pottmütze

• Info: [www.wockensolle.de](http://www.wockensolle.de)

## AUSZEICHNUNG

## Im Land der Weite und Stille

Der „Naturpark Am Stettiner Haff“ im Mittelpunkt des diesjährigen Deutschen Naturpark-Tags

Im Nordosten des Landes, in direkter Nachbarschaft zum benachbarten Polen befindet sich der „Naturpark Am Stettiner Haff“. Er zeigt durch die natürlichen unverbauten Abschnitte der Haffküste sowie Haffwiesen, weite Waldkomplexe der Uecker- und Randow-Niederungen und die Brohmer Berge komplett entgegengesetzte Lebensräume. Einzigartige große und kleine Landschaftselemente wie weite Buchen- und Kiefernwälder, Moore, Wacholderbestände, Röhrichte, Trockenrasen und Binnendünen können die Besucher auf einem Wegenetz von 200 Kilometern Länge auf Wanderungen, per Fahrrad, zu Pferd oder mit dem Boot entdecken.

Lohnende Ausflugsziele sind auch zum Beispiel das „Ukränenland“ in TorgeLOW mit nachgebauten Häusern und Schiffen aus der Slawenzeit. Während der Botanische Garten in Christiansberg vom

Frühling bis zum Herbst ein farbenprächtiges und vielseitiges Bild in unterschied-

lichen Schaugärten zeigt. Ganzjährig kann man sich dort daran erfreuen.



Beim Jubiläumfest: 14 Naturparke erhielten in Pasewalk eine Auszeichnung

Anlässlich des diesjährigen Deutschen Naturpark-Tags des Verbands Deutscher Naturparke e.V., der dieses Jahr im „Naturpark Am Stettiner Haff“ am 25. September veranstaltet wurde, feierte man gleich zwei Anlässe: Der gastgebende Naturpark feierte sein 20. Jubiläum mit einem Festakt und rund 110 geladenen Gästen im „Kulturforum Historisches U“ in Pasewalk. Am selben Abend freuten sich 14 Naturparke über ihre Auszeichnung als „Qualitäts-Naturpark“ durch VDN-Präsident Friedel Heuwinkel. Er bemerkte anerkennend: „Der Naturpark Am Stettiner Haff steht mit seiner hervorragenden Arbeit stellvertretend für die Arbeit der 104 Naturparke, die sich gemeinsam mit ihren Partnern auf 28 Prozent der Fläche Deutschlands erfolgreich für lebendige Landschaften für Mensch und Natur engagieren.“ *Brigitte Stramm*

• Info: [naturpark-am-stettiner-haff.de](http://naturpark-am-stettiner-haff.de)

## • MELDUNGEN

## Fußball, Flugplatz und Kernobst

**Stettin** – Bei der Stadtratssitzung vom 9. Oktober wurde der Abgeordneten Maria Schneider (Bürgerkoalition) mit einer Schweigeminute gedacht. Die für die Rechte der Frauen Kämpfende erlag am 22. September mit 55 Jahren einer Krebserkrankung. Ihre Beisetzung fand am 4. Oktober auf dem Zentralfriedhof statt. TS

**Altdamm** – Der 1921 geplante und 1927 errichtete Flughafen Stettin-Altdamm gilt als einer der ältesten Flugplätze in Pommern. Nun wurden Teile der Anlage wie die Hangar-Tore, Dach und Fenster sowie die Rollbahn saniert. Der Flughafen wird vom Stettiner Aeroclub genutzt. TS

**Pasewalk** – Unmut vor der 775-Jahrfeier (2026): Nachdem der Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) die Schirmherrschaft zur Feier angetragen worden ist, erhebt die örtliche CDU dagegen Einspruch. Grund: Dafür fehle ein Beschluss der Stadt. Auch polarisiere Martin statt zu einen. TS

**Kolberg** – Wie das Schiffahrtsamt in Stettin mitteilte, wird die Mündung der Persante in Kolberg ausgebaggert. Daran soll auch ein örtliches Unternehmen beteiligt werden. Das Aushubmaterial von einigen Tausend Kubikmetern Sand wird im Bereich des Oststrandes abgelagert werden. TS

**Greifswald** – Nach einer sportlichen Krise beim Greifswalder FC übernimmt Roland Kroos, der Vater und Trainer des pommerschen Fußballweltmeisters Toni Kroos, die sportliche Leitung des Vereins. Der Greifswalder FC erzielte in elf Spielen der Regionalliga Nordost nur sieben Punkte. TS

**Deutsch Krone** – Seit dem 9. Oktober ist die Lage in der Stadt angespannt. Grund: 25.000 Bürger haben wegen einer Verunreinigung des Wassers durch coliforme Bakterien derzeit keine eigene Versorgung mit Trinkwasser. Nun erfolgt die Versorgung vorerst mittels Tankwagen. TS

**Grimmen** – Die Hansestadt an der Trebel bereitet sich derzeit auf das Lichterfest am 25. Oktober vor. Bei dem Fest wird die Altstadt ab 16 Uhr mit Video-, Licht- und Laser-Installationen sowie Feuerwerk in Szene gesetzt. Die Innenstadt ist für den Verkehr gesperrt und für Bürger offen. TS

**Stolpmünde** – Am 10. Oktober ertönten im Hafen Alarmsirenen, während Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte in Aktion traten. Hintergrund war eine Verteidigungsübung. Dabei ging es um das Zusammenwirken und das Sammeln von Erfahrungen des Zivilschutzes in Krisensituationen. TS

**Greifswald** – Am 8. und 9. November finden die Pommerschen Pomologietage – Regionales Forum für Obstkultur – im Pommersches Landesmuseum in Greifswald statt. Dabei dreht sich wieder alles rund ums Kernobst! Zwei Tage lang wird probiert, gefachsimpelt und bestimmt. Für die Bestimmung sind fünf bis sechs typische, ausgereifte Früchte je Sorte luftig verpackt (keine Plastiktüten) mitzubringen. Es finden auch Fachvorträge statt. Information und Kontakt: [ulrike.gisbier@posteo.de](mailto:ulrike.gisbier@posteo.de), vom Pomologen-Verein Landesgruppe MV. BS

# „Und was ist mit diesem Unrecht hier bei uns?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Derzeit geht es hier eher mehr in Richtung eines totalitären ‚1984‘ auf deutschem Boden“

**Peter Freimensch, Berlin**  
zum Thema: Welche Gründe zur deutschen Vereinigung führten (Nr. 40)



**Ausgabe Nr. 41**

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**EINMAL „GENAU LESEN“, BITTE ZU: DAS ANDAUERENDE UNBEHAGEN IN SACHEN DEUTSCHE EINHEIT (NR. 40)**

Als Sohn einer Mutter aus Ostpreußen und eines Vaters aus dem Sudetenland kann ich die Trauer meiner Eltern über den Verlust ihrer Heimat aus Kindertagen gut verstehen. Der frühere US-Botschafter Richard Grenell hat vor seiner Rückkehr in die USA Deutschland deutlich darauf hingewiesen, dass das Besatzungsrecht in großen Teilen weiterhin gilt, man solle das bitte doch noch einmal „genau lesen“, unter anderem: „Urteile und Entscheidungen der alliierten Behörden bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtswirksam und rechtskräftig“ (Bundesgesetzblatt vom 2. Oktober 1990, Teil II, Seite 1274). Ob daher das andauernde Unbehagen kommt?

Wenn eine Mutter zwei ihrer drei Kinder verliert und eines davon wiedergefunden wird, bleibt immer noch die Trauer über das vermisste dritte Kind: die Ostgebiete. Völkerrechtlich ist es verboten, einfach Land zu okkupieren, aber wenn es Deutsche betrifft, scheint das ja wohl egal zu sein. Unsere Presse hat Mitleid mit jedem noch so weit entfernten Unrecht in der Welt und fordert uns auf, Gerechtigkeit einzuklagen. Und was ist mit diesem Unrecht hier bei uns?

Die Eltern waren sechs Jahre alt bei der Machtergreifung und zwölf bei Kriegsbeginn. Wohl kein Alter, das Verdacht erregt, Verbrecher gewesen sein zu können. Außerdem könnten die Medien von Königsberg sprechen anstelle von Kalinigrad. *Thomas Schöffel, Hattersheim*

**GEFÜHL DER ERNÜCHTERUNG ZU: DAS ANDAUERENDE UNBEHAGEN IN SACHEN DEUTSCHE EINHEIT (NR. 40)**

Das Positive der staatlichen Einheit mag auf dem ersten und zweiten Blick überwiegen. Das Gefühl einer Unvollkommenheit als Nation ist aber stetig geblieben,

denn die Grundfragen nach Sinn und Zweck dieser Nation stehen unzureichend beantwortet im Raum. Allein die Frage, wieso es denn für dieses Volk so ein Glück sein soll, in einem Staat zu leben, ist relativ offen. Zudem in einem Staat, der in eine supranationale europäische Auflösung drängt.

Bereits bei der ersten Einheitsfeier wurde dieser Mangel spürbar. Die mit Pathos vorgetragene Rede (Helmut Kohl, Richard von Weizsäcker) waren mehr Statements mit verfassungsrechtlich durchgeschliffenen Inhalten. Die Phrase, „das deutsche Volk hat in freier Selbstbestimmung seine staatliche Einheit vollendet“, war quasi die Kernaussage.

Es folgte keine Botschaft an die Nation. „Dem Frieden zu dienen“ war eine weitere Füll- und Luftnummer. Was denn sonst? Es war eine dünne Sache. Gott sei Dank hatte ich wenig erwartet. Mein Eindruck war, dass sich unter den Teilnehmern ein Gefühl der Ernüchterung breit machte.

Ich habe die Veranstaltung dann vorzeitig verlassen, um in einer Kneipe am Bahnhof Zoo auf den Frühzug ins Frankenland zu warten. *Jan Kerzel, Diespeck*

**UNSOVERÄNES VOLKS-TV ZU: MORALISCHE HEGEMONIE ALS MITTEL LINKER MACHTAUSÜBUNG (NR. 39)**

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) spielen parteiliche Entscheidungen über die Postenbesetzung eine entscheidende Rolle. Folglich ist die Themenauswahl ökonomisch abhängig beziehungsweise weisungsgebunden, und damit so ähnlich, wie der Verfassungsschutz und die Staatsanwaltschaften in Deutschland weisungsgebunden sind. Wer glaubt, hier aus der Reihe tanzen zu können, verliert seinen Job, wie das jüngste Beispiel der vom NDR abgesetzten Moderatorin Julia Ruhs belegt.

Es ist also eine Illusion, wenn man glaubt, sich auf die wahrheitsgemäße Berichterstattung in den Medien verlassen

zu können. Es geht im Wesentlichen um die Hinleitung zu den Themen, die für den Zuschauer als wichtig ausgesucht werden und die dem politisch gewünschten Zeitgeist in der Haltung entsprechen sollen. Dabei werden nur die Themen berührt, die im Sinne der verfolgten Politik ins Bild passen. Die Nennung von Fakten erfolgt vielfach in der Möglichkeitsform und werden, wenn sie Zweifel aufwerfen könnten, dann noch durch Beiträge wie etwa „Die Meinung“ in den Nachrichten durch einen möglichst seriös aussehenden Vortragenden unterstrichen.

Der Zuschauer ist also gar nicht gezwungen, selbst zu einem Ergebnis zu kommen. Diese staatlich verordnete Vermittlung von Verblödung führt beim ÖRR gerade derzeit zu massiven Protesten gegen die geforderte Abgabe von „Zwangsgebühren“, sodass von vielen Seiten versucht wird, diese gerichtlich als ungerechtfertigt erscheinen zu lassen und entsprechend beurteilen zu lassen.

Ursächlich für diese Missstände sind die zum Zeitpunkt der Errichtung des öffentlichen Informationswesens herrschenden Umstände der Nachkriegsära.

Bereits während des Krieges waren von den Siegermächten Pläne entwickelt worden, die eine selbstbestimmte Medienlandschaft nicht zuließen. Dementsprechend entstanden die auf diese Mächte ausgerichteten Meinungskorsetts in den zwei Deutschlands (BRD/DDR), und so wurde das jeweilige gewünschte Weltbild durch Verbiegung oder Hinbiegung der Wahrheit erzielt.

Bis heute wird eine vollständige Souveränität im Meinungsbildungssektor durch gesetzliche Bestimmungen (so durch Paragraph 130 und neu durch 188 StGB) verhindert beziehungsweise durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz behindert. Weitere Gesetze sind, auch auf EU-Ebene, in Vorbereitung, damit gewünschte Wahrheiten auch weiterhin im Sinne einer Demokratieförderung produziert werden können. Zumindest könnte man meinen, dass die EU-Regierungen auf diesem Pfad der Tugend unerträglich tätig sind. *Rudolf Neumann, Torsås/Schweden*

**ZURÜCK ZUR SPRACHE ZU: VON DER SPRACHVERHUNZUNG ZUR SPRACHPOLITIK (NR. 37)**

Dass das Gendern noch nicht zum allgemein anerkannten Sprachgebrauch zu zählen ist, machte Kulturstaatsminister Wolfram Weimer unlängst deutlich, indem er die Verwendung der entsprechenden Gender-Zeichen im Kanzleramt untersagte. Damit stellt er klar, dass das Gendern aus seiner Sicht zwar uneingeschränkt privat verwendet werden kann, im öffentlichen Bereich aber keinerlei offiziellen Status genießt. Damit steht seine Maßnahme in einer Reihe mit ähnlichen Verordnungen von Bundesbildungsministerin Karin Prien sowie den Bundesländern Bayern und Sachsen.

Weimer trägt damit dem Umstand Rechnung, dass sich das Gendern, seit es vor ein paar Jahren von interessierten Multiplikatoren eingeführt wurde, bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht im Sprachgebrauch widerspiegelte. Dies führte auch zu entsprechenden Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung. Es ging auch um die Verbindlichkeit der deutschen Sprache und die Erfahrungen, die man mit der Rechtschreibreform gemacht hatte. Hier gab es dann im deutschen Sprachraum so gut wie zwei offizielle Schreibarten, da nicht alle betroffenen Länder miteinbezogen waren.

Eine breite Palette offizieller und inoffizieller Sprachvarianten, deren Verfechter jeweils Absolutheitsanspruch anmelden, führt aber zumindest zum sprachlichen Auseinanderdriften der Gesellschaft. Diese Gedanken mögen auch eine Rolle bei der Entscheidung des Kulturstaatsministers gespielt haben.

Auch dem Duden wurde bereits vorgeworfen, zu viele Modewörter, darunter auch einige umfunktionierte englische Begriffe, in seinen Sprachkanon aufgenommen zu haben. Dadurch wurde das Volumen stark aufgebläht und die Richtlinienkompetenz in Frage gestellt. Hierzu gibt es nun offensichtlich eine Art Gegenbewegung. *Roland Grassl, Bühl/Baden*

ANZEIGE

## Zum Aufspüren versteckter Kameras und Mikrofone

Ideal zum Scannen Ihrer Wohnung, Ihres Büros oder Ihres Autos – aber auch von Hotelzimmern, Umkleidekabinen, Besprechungsräumen usw.

Der Einsatz von versteckten Kameras und Mikrofonen gehört auch in Deutschland inzwischen zum Alltag.

Schieben Sie ungewollter Überwachung jetzt einen Riegel vor!

Mittels Infrarot-LEDs erkennen Sie versteckte Kameras und Mikrofone in Hotelzimmern, Umkleidekabinen, Konferenzräumen ... Die Anwendung ist denkbar einfach: Schalten Sie das Gerät ein und scannen Sie den Raum. Wenn Sie dabei durch den Sucher schauen und einen blinkenden Punkt erkennen, haben Sie wahrscheinlich eine versteckte Kamera oder ein verstecktes Mikrofon entdeckt.

**Anwendungsbereiche:**

- Erkennt, ob in Ihrem Auto oder Büro ein drahtloser Abhörschutz installiert ist.
- Überprüft Büros, Besprechungsräume, Hotels, Toiletten, Pensionen, Veranstaltungsorte und Umkleidekabinen, um drahtlose Kameras zu erkennen.
- Erkennt, ob Ihr Auto mit GPS-Tracking oder einem GPS-Standort-Tracker versehen worden ist.
- Erkennt den Empfang und das Empfangssignal von Mobiltelefonen, das Signal für

den Internetzugang von Mobiltelefonen, das Signal für das Umschalten von Mobiltelefonen und das Anrufsignal.

- Erkennt, ob das Mobiltelefon abgehört wird oder ungewöhnlich funktioniert (z. B. Aussenden von Signalen ohne Grund, während sich das Mobiltelefon im Stand-by-Modus befindet).
- Ermittelt die Feldstärke des drahtlosen Netzwerksignals, des Signals der Mobilfunkbasisstation und des drahtlosen Überwachungssystems.

Kameradetektor • Best.-Nr. 139 756

Sonderpreis  
nur  
29,99 EUR

## REPUBLIK POLEN

# Symbol des Widerstands und des Aufbruchs

Im Herzen einer Nation – Reise nach Gnesen und Posen aus Anlass des 1000. Jahrestags der Krönung der ersten polnischen Könige

VON ANDREAS GUBALLA

**D**ie Polen feiern dieses Jahr den 1000. Jahrestag der Krönung ihrer ersten Könige, Boleslaw Chrobry und Mieszko II. Lambert. Dieses historische Ereignis, das im Jahr 1025 in der Kathedrale von Gnesen stattfand, markierte den Übergang Polens vom Herzogtum zum Königreich und festigte seine Stellung in der europäischen Gemeinschaft (siehe auch PAZ vom 18. April).

Die Geschichte des polnischen Staates reicht weit in die Vergangenheit zurück. Der Überlieferung zufolge fand die Krönung Boleslaws des Tapferen im Jahr 1000 während des Kongresses von Gnesen statt. Heutige Historiker weisen jedoch auf das Jahr 1025, als Boleslaw am 18. April, dem Ostersonntag, zum ersten König Polens gekrönt wurde.

Gnesen, das Herz des polnischen Staates und Sitz des Erzbistums, war der Ort, an dem diese Zeremonie stattfinden musste. Kein anderer Ort hätte für dieses entsprechende Ereignis geeigneter sein können.

Boleslaw Chrobry, auch bekannt als Boleslaus der Tapfere, wurde um 967 als Sohn von Mieszko I. und der böhmischen Herzogstochter Dubrawka geboren. Seine Herrschaft war geprägt von militärischem Geschick, diplomatischer Raffinesse und einer engen Verbindung zur katholischen Kirche. Kurz vor seinem Tod im Juni 1025 ließ er sich krönen. Es war ein symbolischer Akt, mit dem die politische Eigenständigkeit Polens unterstrichen und das junge Staatswesen fest auf der Karte Europas verankert wurde.

Die Herrschaft Boleslaws des Tapferen brachte Polen neue Gebiete und die Freiheit vor deutschen Einfluss. Seine kurze Herrschaft endete jedoch schnell, da er weniger als zwei Monate nach seiner Krönung am 17. Juni 1025 starb.

Bereits am 25. Dezember desselben Jahres wurde sein Sohn Mieszko II. Lambert in Gnesen zum zweiten König Polens gekrönt – ein Zeichen der dynastischen Kontinuität, aber auch ein Hinweis auf die politischen Spannungen jener Zeit. Seine Herrschaft war von inneren und äußeren Konflikten geprägt, und bei seinem Tod im Jahr 1034 war das mühsam aufgebaute Reich deutlich geschwächt.



Kunstvoll interaktiv erzählte Geschichte: Das multimediale Museum Brama Poznania (Posener Tor)

Auf der unweit von Gnesen im Lednica-See gelegenen Insel Ostrów Lednicki soll Mieszko I., der Vater von Boleslaw, im Jahr 966 zum Christentum konvertiert sein. Das Datum gilt als Anfang der polnischen Staatlichkeit. Im dortigen „Museum der Ersten Piasten“ können Besucher eine Sonderausstellung zur Frühzeit des polnischen Königreichs und der Rolle von Boleslaw sehen. Die interaktive Schau zeigt Originalfundstücke von der Insel sowie zahlreiche liturgische Gegenstände und Nachbildungen, die mit dem frühen Königreich verbunden sind.

## 1793 fiel Posen an Preußen

Eine besondere Bedeutung für den frühen polnischen Staat kommt der Stadt Posen zu. Auf der dortigen Dominsel befand sich eine Burganlage, die Mieszko I. als Sitz diente. 968 wurde der Vorgängerbau der heutigen Kathedrale errichtet. Sie diente als Grablage für Mieszko I., Boleslaw Chrobry und weitere polnische Könige. In der Goldenen Kapelle der heutigen Kathedrale befindet sich ein Mausoleum für Mieszko I. und Boleslaw Chrobry mit Bronzestatuen der beiden Herrscher, die der preußische Bildhauer Christian Daniel Rauch 1841 geschaffen hat.

Für kurze Zeit war Posen im 13. Jahrhundert auch polnische Hauptstadt. Diese Geschichte können Besucher eindrucksvoll im multimedialen Museum Brama Poznania (Posener Tor) erleben. Das moderne Zentrum erzählt die Entwicklung Polens vom Heidentum zur christlichen Monarchie – mit Projektionen, Klanginstallationen und interaktiven Elementen. Es ist einer der zentralen Orte des Jubiläumjahres 2025 in Posen.

Doch die Geschichte Posens endet natürlich nicht im Mittelalter. Vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert war die Stadt ein Teil Preußens. Im Zuge der Teilungen Polens fiel die Stadt 1793 an das Königreich Preußen und wurde später Hauptstadt der Provinz Posen. Deutsche Architektur und Verwaltung prägten damals die Stadt. Im Stadtbild erinnern der Kaiserpalast und andere wilhelminische Bauten an diese Epoche. Nach dem Ersten Weltkrieg kam Posen an die neu gegründete Zweite Polnische Republik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Posen von der Volksrepublik Polen verwaltet. In den 1950er Jahren wurde die Stadt zum Symbol des Widerstands gegen das kommunistische Regime. Der Posener Aufstand von 1956, bei dem Arbeiter bessere Lebensbedingungen forderten, war ein Meilenstein im Kampf für Freiheit.

## Achse der Aufklärung

Heute gilt Posen eher als ein Symbol des polnischen Aufbruchs. Die Stadt ist eine der wirtschaftlich dynamischsten in der Republik Polen, mit Universitäten, Start-up-Unternehmen, Messen und einer reichen Kulturlandschaft. Ein Muss für jeden Besucher ist das Enigma-Museum, das 2021 eröffnet wurde. Es widmet sich dem oft übersehenen Beitrag polnischer Mathematiker zur Entschlüsselung der deutschen Enigma-Verschlüsselung im Zweiten Weltkrieg. Der moderne Bau bietet Einblicke in die Kryptanalyse, Kriegsgeschichte und Technikgeschichte – und das auf spannende, interaktive Weise. Zusammen mit dem Brama Poznania bildet das Museum eine Achse der Aufklärung und Erinnerung: vom Mittelalter bis zur Moderne.

Der polnische Staat hat dieses Jahr offiziell zum „Jahr des Millenniums der Krönung der beiden ersten Könige Polens in Gnesen“ erklärt, um die Bedeutung dieses historischen Meilensteins zu unterstreichen. Die zentralen Feierlichkeiten fanden bereits im August in Gnesen statt. Ihr wichtigstes Element war eine multimediale Inszenierung des Krönungsaktes unter freiem Himmel. Im September hat man zudem eine Feier anlässlich des Aktes von Gnesen abgehalten. Während des gesamten Jahres sind weitere Veranstaltungen im Zeichen des Jubiläums geplant.

Wer die Geschichte hautnah erleben will, sollte den Szlak Piastowski (Piastenweg) bereisen. Die Route verbindet historische Orte wie Gnesen, die Insel Ostrów Lednicki, die prähistorische Stätte bei Urstätt [Biskupin] und Posen.

In Gnesen widmet sich auch das Museum der Ursprünge des polnischen Staates den Anfangsjahren von Polen und der Herrscherfamilie der Piasten. Die aktuellen Feierlichkeiten zur 1000-jährigen Geschichte bieten eine gute Gelegenheit, sich mit der reichen Geschichte des Landes auseinanderzusetzen.

● Deutschsprachige Informationen rund um die Feierlichkeiten in Gnesen: [www.gniezno2025.pl](http://www.gniezno2025.pl)

Das von Friedrich Wilhelm I. höchstselbst gemalte Bildnis des Generalfeldmarschalls Johann Albrecht Graf von Barfus (1634–1704) besticht weniger durch seine Qualität, ist jedoch ein beredtes Zeugnis königlichen Kunstschaffens. Der Monarch beschäftigte sich seit den 1730er Jahren aktiv mit der Malerei und schuf eine größere Anzahl von Gemälden. Beim Malen konnte der „Soldatenkönig“, der in seinen letzten Lebensjahren schwer erkrankt war und unter Schmerzen litt, ent-

spannen. Dabei kopierte er unter Aufsicht der preußischen Hofmaler wie Antoine Pesne andere Gemälde, die sich in den Schlössern befanden. 80 derartige Bilder sind bekannt. Im Bestand der SPSG haben sich knapp 40 dieser Werke erhalten.

Sie entstanden im südöstlich von Berlin gelegenen Schloss Kossenblatt, das der König 1736 erworben hatte und als Jagdschloss nutzte. Er hatte es den Erben des kurbrandenburgischen Generalfeldmarschalls Johann Albrecht Graf von Barfus abgekauft, der 1702 mit dem Bau des Schlosses begonnen hatte. Friedrich Wilhelm I. verbrachte hier zwischen 1736 und 1738 mehrere Wochen im Jahr. 1736 schuf er – offenbar unter Verwendung einer vor 1702 entstandenen Porträtgraphik – das Bildnis des früheren Besitzers von Kossenblatt. Dieser hatte dem Großvater des Königs, Kurfürst Friedrich Wilhelm von

## SCHLOSS KÖNIGS WUSTERHAUSEN

# Dem Soldatenkönig Modell gestanden

Ein eigenhändig gemaltes Gemälde von König Friedrich Wilhelm I. kehrt nach langer Zeit an den Ort seiner Entstehung zurück

Nach fast 100 Jahren Abwesenheit ist jetzt ein Gemälde König Friedrich Wilhelms I. in die Sammlungen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) zurückgekehrt. Es wird die Dauerausstellung im Schloss Königs Wusterhausen bereichern und die dortige Sammlung eigenhändiger Gemälde dieses preußischen Königs erweitern.

Das von Friedrich Wilhelm I. höchstselbst gemalte Bildnis des Generalfeldmarschalls Johann Albrecht Graf von Barfus (1634–1704) besticht weniger durch seine Qualität, ist jedoch ein beredtes Zeugnis königlichen Kunstschaffens. Der Monarch beschäftigte sich seit den 1730er Jahren aktiv mit der Malerei und schuf eine größere Anzahl von Gemälden. Beim Malen konnte der „Soldatenkönig“, der in seinen letzten Lebensjahren schwer erkrankt war und unter Schmerzen litt, ent-

spannen. Dabei kopierte er unter Aufsicht der preußischen Hofmaler wie Antoine Pesne andere Gemälde, die sich in den Schlössern befanden. 80 derartige Bilder sind bekannt. Im Bestand der SPSG haben sich knapp 40 dieser Werke erhalten.

Sie entstanden im südöstlich von Berlin gelegenen Schloss Kossenblatt, das der König 1736 erworben hatte und als Jagdschloss nutzte. Er hatte es den Erben des kurbrandenburgischen Generalfeldmarschalls Johann Albrecht Graf von Barfus abgekauft, der 1702 mit dem Bau des Schlosses begonnen hatte. Friedrich Wilhelm I. verbrachte hier zwischen 1736 und 1738 mehrere Wochen im Jahr. 1736 schuf er – offenbar unter Verwendung einer vor 1702 entstandenen Porträtgraphik – das Bildnis des früheren Besitzers von Kossenblatt. Dieser hatte dem Großvater des Königs, Kurfürst Friedrich Wilhelm von



Vom König gemalt: Generalfeldmarschall Johann Albrecht Graf von Barfus

Brandenburg, in mehreren Kriegen gedient und war 1685 zum Gouverneur von Spandau ernannt worden. Bald darauf tat er sich als kurbrandenburgischer Feldherr in den Kriegen gegen das Osmanische Reich hervor.

Theodor Fontane widmete ihm 1863 in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ ein eigenes Kapitel und beschreibt ihn als „von großem, kräftigem Körperbau, über sechs Fuß hoch (fast 1,90 m) und durchaus militärisch in Haltung und Auftreten. Selbst stattlich, legte er auch Gewicht auf Stattlichkeit, und lange bevor König Friedrich Wilhelm I. seine Riesengarde in's Leben rief, verrieth Hans Albrecht eine entschiedene Neigung, hünenhafte Leute, besonders Offiziere, in den preußischen Dienst zu ziehen. Es waren dies die ersten Anfänge der später so notorisch gewordenen ‚blauen Kinder‘

von Potsdam.“ Auch das Bildnis, das der König von Barfus malte, erwähnt Fontane: „So mag es auch mehr als Zufall sein, daß das einzige größere Bildnis, das von unserem Hans Albrecht existiert, vom ‚Soldatenkönig‘ selber gemalt wurde.“

Gemeinsam mit den anderen Bildern des Königs befand es sich noch bis in die 1820er Jahre auf Schloss Kossenblatt. 1926 wurde es im Zuge der Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem Staat und dem vormaligen regierenden preußischen Königshaus an das Haus Hohenzollern abgegeben und 1948 von diesem verkauft. Seitdem befand es sich in Privatbesitz. Vor einigen Jahren konnte es auf einer Auktion für die Sammlungen der SPSG zurückerworben werden und wird nun nach einer längeren Restaurierung im Schloss Königs Wusterhausen dauerhaft präsentiert. *tws/SPSG*

## ● FÜR SIE GELESEN

## Der Platz im Patchwork

Zofia, ein echter Wildfang, lebt mit ihrem Vater an der Küste und sieht sich mit einem neuen Leben konfrontiert, das durch den Einzug dessen schwangerer Freundin mit ihrem Sohn Tom beginnt. Tom ist das genaue Gegenteil von Zofia. Ein Wechselbad der Gefühle, eine lebendige Entwicklung der Charaktere, das ohne Kitsch ein gutes Ende nimmt. Die Autorin Katya Balen zeigt in ihrem Jugendbuch, empfohlen ab elf Jahren, abwechselnd Zofias und Toms Sicht. Großartig stellt Balen das Meer, das selbst alle Facetten des Lebens bereithält, als eigentlichen Protagonisten dar. Ihre Sprache, übersetzt von Birgitt Kollmann, ist deutlich, leidenschaftlich und lässt ihre Charaktere schnell zu Freunden werden. **CRS**



**Katya Balen: „Wünsche an die Wellen“**, Carl Hanser Verlag, München 2024, gebunden, 274 Seiten, 18 Euro

## Hunde, Blitz und Leben

Wohin verschwinden die Hunde? Warum handeln Menschen, wie sie es tun? Was verändert sich durch Verstehen? Diese und andere Fragen durchlebt Annabelle. Die Geschichte beginnt 1944 in Pennsylvania mit einem Blitzschlag, der die Schülerin auf ihrem Heimweg trifft, und den sie mit Brandwunden und einer verschärften Wahrnehmung überlebt, zudem wird sie zur Hundeflüsterin. Lauren Wolk versucht, große Gedanken zu formulieren, was immer ein schwieriges Unternehmen ist, und die oft spannende Geschichte verzögert. Dennoch erleben Leser ab zwölf Jahren eine starke Protagonistin auf ihrem Weg zu sich selbst. **CRS**



**Lauren Wolk: „Der Sommer, in dem der Blitz mich traf“**, Carl Hanser Verlag, München 2025, gebunden, 304 Seiten, 18 Euro

## Die Zeit verändern

Zeitreisen faszinieren nicht nur H.G. Wells, sondern offenbar auch G.Z. Schmidt. In ihrem Debütroman, übersetzt von Reiner Pfeleiderer, erlebt Adam über eine magische Schneekugel Zeitreisen in die Vergangenheit und begibt sich auf die Suche nach zwei weiteren magischen Dingen, mit denen es möglich wird, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu verändern. Eine spannende Geschichte, die wie ein Puzzle aufgebaut ist, das New York von 1935 bis 2019 nachzeichnet, sich aber leider immer wieder hinzieht. **CRS**



**G.Z. Schmidt: „Adam und die Jagd nach der zerbrochenen Zeit“**, Carl Hanser Verlag, München 2023, gebunden, 240 Seiten, 15 Euro

## RATGEBER DER WOCHE

## Gartenliebhabers Plagegeister

Ob Drüsiges Springkraut wie im Bild, Kanadische Goldrute oder Asiatische Marienkäfer oder die Spanische Wegschnecke – Meist sind es invasive Arten, die heimischer Flora und Fauna den Garaus machen



**Neophyten und Neozoen** sind die Fachbegriffe für eingewanderte Pflanzen und Tierarten, die heimische Arten verdrängen. Gartenfreunde können davon ein Lied singen, denn die Bekämpfung fremder Unkräuter

oder lästiger Kleintiere ist ein mühsames Unterfangen. Der Journalist und Drehbuchautor Stefan Schwarz hat sich auf humorvolle und unterhaltsame Weise damit beschäftigt. Eine kurzweilige und lustige Lektüre. **MRK**

**Stefan Schwarz: „Fiese Viecher. Der kleine Gartenversager gegen tierische Trolle und flegelhafte Pflanzen“**, Aufbau Verlag, Berlin 2025, gebunden, 157 Seiten, 20 Euro

## WASSER

## Durst und Dürre in der Geschichte

Die Spanierin Virginia Mendoza hat aufgrund eigener Erfahrungen mit Trockenheit den Umgang früherer Kulturen mit der Problematik untersucht

VON DIRK KLOSE

Die spanische Region La Mancha südöstlich von Madrid gilt als die trockenste Region Europas. Hier ist die Kulturwissenschaftlerin Virginia Mendoza mit den Erfahrungen vieler Generationen von Dürren aufgewachsen. Ihr Großvater war verantwortlich für die Wasserreserven ihres Dorfes, wodurch sie schon früh für Wasserknappheit und ausbleibenden Regen sensibilisiert wurde. Wohl auch aus diesem immer präsenten Gefühl heraus hat sie ihr Buch geschrieben.

Wenn Wasser knapp wird oder fehlt, leiden die Menschen: „Durst ist eine treibende Kraft der Menschheit“, schreibt sie, und weiter: „Er treibt uns an, fordert uns; er drängt uns zum Tun. Er ist wie das Dopamin, das wir ausschütten, wenn wir ihn stillen.“ Die Autorin geht bis in die Anfänge der Menschheitsgeschichte zurück mit der Frage, wie Menschen reagiert haben, wenn sie von Dürren bedroht wurden.

Für ihren Rückblick auf die frühesten Menschen in Afrika und Europa (Neandertaler) fasst sie Forschungen aus Anthropologie und Paläontologie, vor allem aber aus der Archäologie zusammen. Und immer wieder kommt sie, erinnernd und erzählend, auf ihre spanische Heimat zurück, wo sich wegen der widrigen klimatischen Bedingungen manche Formen von Regengebieten, die schon Cervantes im „Don Quichotte“ nennt, und Bittprozessionen durch Jahrhunderte gehalten haben.

Die Wanderungen früher Nomadenvölker waren fast immer eine Reaktion auf lebensbedrohliche Klimaveränderungen; diese trieben Menschen über fast alle Kontinente. Erste wirkliche Kulturen bilden sich im „fruchtbaren Halbmond“, dem großen Landbogen von Ägypten über Palästina, Syrien und das Zweistromland bis zum Persischen Golf. Archäologische Funde zeigten, dass diese ersten Zivilisationen gerade dem Wasser durch die Anlage von Kanälen und Speichern besondere Aufmerksamkeit widmeten, wovon auf Tontafeln schriftliche Aufzeichnungen zeugen. Alle frühen Kulturen hatten sich Regengottheiten geschaffen, denen mitunter auch Menschen geopfert wurden.

Zum Thema Durst und Dürre ist Mendozas Buch ein anregender Ausflug in die frühe Menschheitsgeschichte gelungen. Eine anfängliche Überraschung, dass man nichts über aktuelle Probleme erfährt, weicht schon bald dieser locker erzählten und faktenreichen Darstellung. Was uns heute bedrückt, belastet die Menschen seit Anbeginn: Die Suche nach Wasser ist ein zentrales Motiv in der Menschheitsgeschichte; das wird nie aufhören, und Durst ist dabei der deutlichste Antreiber.



**Virginia Mendoza: Die Suche nach Wasser. Eine Menschheitsgeschichte**, Insel Verlag, Berlin 2025, gebunden, 332 Seiten, 25 Euro

## KRIENMANAGEMENT

## Vorsichts- statt Vorsorgeprinzip

Ausgehend von den Erfahrungen des Umgangs der Politik mit der Corona-Pandemie plädiert Christian Felber für mehr Orientierung an den Grundrechten

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Der österreichische Wissenschaftsjournalist Christian Felber richtet in seinem Buch „Lob der Grundrechte. Wie wir in den kommenden Krisen das Gemeinwohl schützen“ einen kritischen Blick zurück auf die Einschränkung der Grundrechte während der Corona-Krise. Er prangert aufgrund von Expertenmeinungen insgesamt 17 Rechtsverordnungen durch die Ministerien an, mit denen Grundrechte eingeschränkt wurden.

Die angeordneten Zwangsmaßnahmen seien größtenteils grundgesetzwidrig gewesen. Eine zentrale Zwangsmaßnahme war die oktroyierte Impfung mit der neuartigen mRNA-Technologie, was unwidersprochen in den öffentlich-rechtlichen Medien als alternativlos „geframed“ wurde. Wobei sich der Autor davor hütet, die öffentlich-rechtlichen Medien direkt anzugreifen, obwohl diese mit ihrer einhelligen Ausrichtung durchaus an den durch die Corona-Krise entstandenen Kollateralschäden für die Gesellschaft beteiligt gewesen seien. Er fordert, dass die Medien als maßgebliche „Diskurs-Gestalter\*innen“ ihrer „Schlüssel-Verantwortung gemäß einer Polarisierung der Gesellschaft aktiv vorbeugen“ müssten.

Im zweiten Teil warnt Felber davor, angesichts der möglichen Zuspitzung gegenwärtiger Krisen unter erneuter Verletzung der Grundrechte wieder das Vorsorgeprinzip anstatt des Vorsichtsprinzips anzuwenden.

Während der Pandemie galt als Vorsorge ausgerechnet die Anwendung einer für die menschliche Gesundheit mit Risiken behafteten Technologie ohne hinreichende Erprobung. Bei einem erneuten Pandemie-Management dürfe die Rhetorik der Alternativlosigkeit nicht mehr angewendet werden. Ferner formuliert er seine persönliche Auffassung von „Polarisierungsprävention“. Ein Schlüsselement, um den sozialen Zusammenhang wieder zu stärken, sei mehr soziale Teilhabe. Das ist ein richtiger und wichtiger Gedanke.

## Mehr soziale Teilhabe notwendig

Allerdings wirken Felbers Vorschläge angesichts der wirtschaftlichen Krise, die er selbst des Öfteren anspricht, geradezu utopisch. So plädiert er dafür, Fürsorgearbeit generell aufzuwerten und zu einem öffentlichen Gut zu deklarieren. Das hätte zur Folge, dass Tätigkeiten von Kinderbetreuung, Gesundheits- und Altenpflege bis hin zur Flüchtlingsbetreuung als solidarisches zu finanzierende öffentliche Leistungen anerkannt werden müssten. Derzeit jedenfalls dürften derartige Vorschläge nirgendwo Gehör finden.



**Christian Felber: „Lob der Grundrechte. Wie wir in den kommenden Krisen das Gemeinwohl schützen“**, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2025, Broschüre, 224 Seiten, 22 Euro

## BAULICHES MEISTERWERK

## Das vergessene Möhring-Haus in Juwendt

Bruno Möhring war ein auf der Weltausstellung von 1900 gefeierter Architekt aber wirkte ebenso in Ostpreußens Provinz

VON DIMITRI B. SUCHIN

Seit die Bibliotheken es einem gestatten, in den Regalen frei zu stöbern, weiß man: Das spannendste Buch ist nicht dasjenige, das man gerade sucht, sondern das nebenan. Mir erging es in aller Deutlichkeit vor über 15 Jahren ebenso, als ich Materialien zur ostpreußischen Stadtbaugeschichte zusammentrug und in der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“, Heft 66/1918, unvermittelt auf den Namen Bruno Möhrings stieß: Ein Gasthaus sollte von ihm in Ostpreußen vorhanden sein. Sein Hochbahnhof „Bülowstraße“ grüßt uns noch heute mit charaktervollen Jugendstil-Masken, seine Zeche „Zollern“ war auf Briefmarken, sein Beitrag zum Groß-Berlin-Wettbewerb von 1910 ist jedem Städtebauer ein Begriff – aber ein Gasthaus? Im Revolutionsjahr? Draußen am Großen Friedrichsgraben? Klang auf alle Fälle erst einmal spannend. War aber dann doch zu weit von meinem eigentlichen Thema weg und blieb somit vorerst für mich eine offene Frage.

Jahre und Bücher später fand ich mich in Berlin-Marienfelde wieder – nicht weit von der Bruno-Möhring-Straße entfernt und tatsächlich mit des Namensgebers eigenem Hause. Den Architektenbrüdern Taut galt nun mein Interesse. Berühmt wurden sie mit den expressionistischen Phantasien und schlichten, doch feinen Siedlungen. Mehrere davon wurden inzwischen als Weltkulturerbe geschützt. In ihrer Geburtsstadt Königsberg überdauerte allein die Baugewerkschule in der Schönstraße als Augenzeuge ihres Werdens. Schnell war mein Entschluss gefasst, entsprechende Gedenktafeln anzubringen. Doch war nicht auch Möhring ein nach Berlin geratener Baugewerkschüler? Wäre nicht auch er eine Tafel wert? Und hatte nicht auch jener Möhring ein Häuschen irgendwo hinter Labiau?

**Die Fischer und der Architekt**

Noch hängt in der General-Sommer-Straße am Katasteramt keine Tafel. Die Quellen widersprachen sich, was die Antragsstellung bei der Gedenktafelkommission verzögerte. Doch als dann im März unerwartet ein Briefwechsel mit Heidrun Bernitt einsetzte, einer ausgewiesenen Möhring-Kennerin, wurde eine „Kontrollfahrt“ geradezu unausweichlich.

Wie die vielen anderen „Ehemaligen“ kam Möhring 1915 in die gerade befriedete



Verfallener Zeuge eines einstigen architektonischen Schmuckstücks von Stararchitekt Bruno Möhring: Das Gasthaus in Juwendt

Foto: Suchin

Heimatprovinz. Die im „Wachtfeuer“ abgedruckten stimmungsvollen Wegeskizzen zeichnen seinen Weg ziemlich genau nach: Von Ortelsburg über Königsberg weiter nach Labiau – und dann wieder nach Berlin. Irgendwo auf der Strecke wird auch sein Treffen mit der Juwendter Familie Lappöhn gewesen sein.

Diese Fischer-Familie betrieb schon vor dem Ersten Weltkrieg den Dorfkrug von Juwendt. Es lief gut, man leistete sich sogar allerlei teure Modernitäten – sogar ein Telefonanschluss, was damals beinahe schon an Luxus grenzte. Und nun stand da nur noch eine eher triste, nahezu jämmerliche Brandruine.

**Ein Star in der Provinz**

Möhring wiederum war spätestens seit dem von ihm mit ausgestalteten „Deutschen Haus“ auf der Weltausstellung 1900 eine anerkannte Größe im Bau von Häu-

sern für das Gastgewerbe. Wie die beiden zueinander kamen, wissen wir bis heute nicht. Vielleicht war Möhrings Engagement eine Belohnung für den verdienten Krugwirt? Oder eine Gabe an Möhring, dem in Diskussion begriffenen Konzept des „in künstlerischer Hinsicht befriedigenden Wiederaufbau der zerstörten Landesteile“ durch „wirkliche Baukünstler ... von dem Rufe des Professors Bruno Möhring“ entsprechend?

**Interpretation einer Loggia**

Die „Ostdeutsche Bau-Zeitung“ lässt beide Lesarten zu und spart nicht mit Lob: Ein Bau sei entstanden, der „seinen ... Nutzwert ... keinesfalls verleugnet oder auch nur verwischt, wo die Trennung der einzelnen Betriebszweige und die Übersichtlichkeit vortrefflich gelöst“ seien. Die Zeichnung zeigt ein Mittelbau mit fünf Fensterachsen unter einem Spitzgiebel,

Kandelaber flankieren eine leicht außermittige Doppeltür des Hauseingangs. Eingeschossige Seitenflügel reihen sich links und rechts unter hohe Dach, an der linken Ecke eine schattige Loggia – es dürften wohl Wohnräume dahinter sein, oder?

Beim zweiten Hinsehen wird alles anders. Jene Loggia mit dem Mittelpfosten entpuppt sich als zwei nicht zusammenhängende, intern durch ein Mäuerchen voneinander getrennte Eingangsnischen. Drei weitere Türen, jede auf die eigene Weise des Titels „Haupteingang“ würdig, finden sich über die Straßen- und Hoffassaden verstreut. Sie führen zu zwei hausquerenden Dielen, bilden sechs Raumgruppen.

**Mit Abort – aber nur für Männer**

Der hintere Bereich mit privaten Wohnstuben des Wirts, der Küche und den Speisekammern war wohl noch Altbestand. Nur hier hat das Haus einen erwähnenswerten Sockel. Eine Diele legte Möhring vor und belegte sie mit reichlich Treppen, um die Höhendifferenz zu überwinden. Eine Poststube schob sich auch noch hinein, bevor die Raumfolge des Kaufladens ansetzt: „Mehlkammer“, „Herlinge“, „Büro“. Dieser Verkaufstrakt mündete am Kanal in der einen, linken Loggia-Hälfte. Bediente man sich der rechten Loggia-Tür, stand man im Dorfkrug mit einer alles andere als trivial zu wertenden diagonalen Raumfolge. Auf diese einfache Weise wird ihre Größe eindrucksvoll gesteigert worden sein. Doch das Funktionale lässt Fragen offen.

Ein „Buffet“ ist eingezeichnet – zum Zubereiten aber musste wohl dennoch die Küche des Wohnbereichs aushelfen. Ein Abort – aber nur für die Herren. Ein entsprechendes Damenzimmer ist laut Grundriss allein nur über die Bühne zu betreten.

**Im Reiseführer empfohlen**

Jene Kandelaber-flankierte Doppeltür am Kanal diente nämlich in erster Linie dem großen mit einer Bühne ausgestatteten Saal ganz rechts. Die Herren- und die Bau-

ernstube konnten für größere Gesellschaften und Feste dazugenommen werden, vielleicht sogar auch die Räume im Mezzanin. Eine Deckenwölbung im Saal ist sehr wahrscheinlich, man liest vom Parkettboden, doch von sonstiger Ausgestaltung wissen wir leider nichts.

Das Haus war nach dem Wiederaufbau weiterhin erfolgreich, überregional empfohlen. Selbst im „Meyers Reisebuch“ von 1931 findet man es auf Seite 154. Noch Jahre später schrieb Hildegard Hill im „Ostpreußenblatt“ (14. September 1991, Seite 11) von den dort gefeierten prächtigen, opulenten Sommerfesten.

**Feuer durch Kurzschluss**

Im nächsten Leben gab es nach 1947 statt Kolonialwaren nur noch ein Gemischtwarenladen einer Einkaufsgenossenschaft (Raipo). Der Rest, Krug wie Saal, wurde zu Fischerwohnungen. Jahre vergingen, es kam die Wende und die Privatisierung des Wohnens, doch hinterließen sie vorerst kaum Spuren am Haus. In der Dorfverwaltung erzählt man, jemand wollte dort eine Produktion einrichten, doch wer, wovon, und ob überhaupt? Die Belege fehlen allerdings allesamt.

Dann kam etwa 2002 ein Kurzschluss, und das mächtige Obergeschoß brannte ab. Bei der notdürftigen Wiederherstellung verschwanden die Räume im Dach und auch die weitgespannte Saaldecke; jener Teil des Hauses ist seitdem eine himmeloffene Ruine. Der Laden schloss, die Loggien sind seitdem vermauert.

**Festhalten am Vorhaben**

Die kurze Reise im August wurde zu einer reinen Schadensfeststellung. Will jemand einen echten Bruno-Möhring-Saal erleben, bleibt einem nur der Weg nach Mainz: Dort, im „Haus Kupferberg“, steht, aus Paris gerettet, des Meisters 1900er Weinstube von der Weltausstellung. Zu Besichtigung werden immerhin ganze fünf Sektsorten gereicht.

Und an den Gedenktafeln für Königsberg arbeiten wir selbstverständlich weiter – versprochen.



Das von der Familie Lappöhn erfolgreich betriebene Gasthaus war ein quirliges Zentrum des ostpreußischen Städtchens und konnte schon um die Jahrhundertwende mit allerlei modernen Finessen aufwarten

Foto: Suchin

## ● AUFGESCHNAPPT

Im Mai dieses Jahres überboten sich die Meteorologen mit Warnungen vor einem „Höllensommer“. So orakelte der Leiter von „The Weather Channel Germany“, Jan Schenk: „Die Vorhersagen deuten mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einen der heißesten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen hin.“ Es werde „zu intensivem Hochdruckwetter mit viel Sonnenschein und wenig Regen“ kommen, weswegen „eine beispiellose Dürre“ drohe. Und diese beschere dann auch eine schlechte Ernte, meinten die Klima-Apokalyptiker. Am Ende fielen die Erträge in Bundesländern wie Sachsen-Anhalt und Sachsen tatsächlich sehr unbefriedigend aus – allerdings nicht wegen „extremer Trockenheit“, sondern wegen endloser Regenfälle. Beispielsweise musste die Getreideernte angesichts der Niederschläge immer wieder verschoben werden, was vielfach zu Pilzbefall führte. Außerdem sorgte die extreme Nässe für ein Auswaschen der Stärke aus dem Korn, womit dieses nun oft nur noch als Viehfutter taugt. W.K.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz ruft in der „Welt“ (11. Oktober) zur Verteidigung unserer Freiheit gegen eine bedrohlich machtgierige, undemokratische EU auf:

„Die EU hat sich in eine Maschine verwandelt, die Vorschriften und Verbote produziert. Ihr Drehbuch ist eine Mischung aus Kafka und Orwell ... Die EU ist ein Monster, gegen das wir unsere Freiheit verteidigen müssen ... Wer im Namen dieser Freiheit gegen das Monster Brüssel kämpft, ist kein Anti-Europäer, sondern ein guter Europäer.“

Thomas Punzmann beschäftigt sich bei „Tichys Einblick“ (13. Oktober) mit den Folgen des Hamburger Klima-Volksentscheids für die Hansestadt:

„Die Folgen werden vermutlich verheerend sein. Steigende Mieten, Verlust von Arbeitsplätzen und, da die Klimaschutzmaßnahmen selbstverständlich künftig sozial gerecht ausgestaltet sein müssen, eine weitere hohe Verschuldung des Landes.“

Jasper von Altenbockum legt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (14. Oktober) den Finger in die Wunder der „Klimapolitik“:

„SPD und Teile der CDU sehen Deutschland noch immer als Vorbild. Das ist es aber nicht, wenn CO<sub>2</sub>-Ziele nur eingehalten werden können, solange das Land in der Rezession steckt.“

Thomas Fasbender sieht die Ursache von Stagnation und Niedergang Deutschlands im Sieg von „Moral“ und „Haltung“ über Vernunft und Klugheit. In der „Berliner Zeitung“ (12. Oktober) schreibt er:

„Der Staat bekommt nichts mehr geba- cken ... Das beginnt bei der Regierungs- arbeit, wird täglich greifbar bei der staats-eigenen Bahn und endet auch nicht bei der Diskussion um Grenzschutz oder Kriminalität ... Alle klammern an mora- lisch fundierten Positionen: Gerechtig- keit, Gleichheit, Schutz- und Anspruchs- rechte. Wirksam wird verhindert, dass irgendwer den Hobel ansetzt – es könn- ten Späne fliegen.“

Julia Ruhs benennt im „Focus“ (13. Okto- ber), wie sich die Dinge in Deutschland ge- wandelt haben:

„Nicht der böse Kapitalist, sondern der Sozialstaat ist heute der Ausbeuter der arbeitenden Bevölkerung. Er schröpft die- jenigen, die sich abrackern, und belohnt die Nichtstuer. Links nennt man das trotzdem noch soziale Gerechtigkeit ... Man muss wahrlich kein Hellscher sein, um zu verstehen, was einstige SPD-Wäh- ler in Scharen zur neuen Arbeiterpartei AfD treibt.“

## ● WORT DER WOCHE

„Klima sticht nicht mehr automatisch alles andere wie der Kreuzbube beim Skat. Und die grüne Expertenblase mit ihrem satt subventionierten Umfeld hat nicht mehr die Definitionsgewalt ... Es kommt was ins Rutschen.“

Michael W. Alberts auf „Achgut.de“ am 14. Oktober

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Bräsig in den Untergang

Warum Fanatiker Hamburg in den Abgrund zwingen können, und wie die Linke ihr Gesicht entblößt

VON HANS HECKEL

Deutschland und Europa müssen Vorreiter sein beim globalen Klimaschutz! Das erzählen wir uns seit 30 Jahren oder mehr – und es verhieß, wahrlich reizvoll zu werden: Wir schießen voran, zeigen der Welt das Licht der grünen Erkenntnis, und die übrige Menschheit trabt uns begeistert hinterher, erfüllt von Dankbarkeit für unsere Weitsicht.

Ganz so ist es nicht gekommen. Mittlerweile drehen wir uns hoch zu Ross um und bemerken, dass uns so gut wie keiner folgt. Bis auf ein paar Nassauer vielleicht, denen wir viel Geld geben für „Leuchtturmprojekte des globalen Klimaschutzes“ in der Dritten Welt oder so. Ohne indes immer genau zu wissen, wo und in wessen Taschen unsere Steuergroschen wirklich enden.

Zunehmend kommen wir uns nicht mehr vor wie stolze Vorreiter, sondern wie die zeitgenössische Version eines Don Quijote, dem nicht einmal mehr der brave Sancho Panza hintertrotteln möchte, sodass wir jetzt ganz allein in der öden Steppe unserer Illusionen herumstapfen, derweil der Rest der Welt ganz woandershin geritten ist – nicht ohne uns vorher noch hämisch gratuliert zu haben für unsere selbstlose, in Wahrheit aber ziemlich dämliche Entscheidung, allein und ohne Not in den wirtschaftlichen Sonnenuntergang zu gehen.

Absurd, nicht wahr? Für die Hamburger war dies aber noch nicht grotesk genug. Sie wollen den wirtschaftliche Abgrund schneller erreichen als alle anderen, um noch kurz „Erster!“ rufen zu können, ehe die Wirtschafts- metropole zugrunde geht, um als Industri- ruine weiter zu vegetieren.

2040, also in nur gut 14 Jahren, muss die Hansestadt „klimaneutral“ sein. Es darf kein CO<sub>2</sub> mehr ausgestoßen werden. Verboten sind dann Gas- und Ölheizungen, wirtschaftlich können weder Kupfer noch Stahl oder Aluminium produziert werden, Dieselschiffe dürfen den Hafen nicht mehr anlaufen, die Raffinerien machen dicht und Benzin- oder Dieselaautos müssen draußen bleiben. Mieter müssen mit Mietaufschlägen von im Schnitt rund 350 Euro monatlich rechnen. Mit anderen Worten: Aus die Maus an Elbe und Alster. Überwachen soll den ökonomischen Selbstmord eine 200-köpfige neue Bürokratie. Und das haben die Hamburger Wahlbürger tatsächlich beschlossen? Haben sie. Moment

mal, das ist ungerecht, höre ich den Einwand: Die Beteiligung lag bei 43 Prozent, und davon hat nur knapp über die Hälfte für den Entsch- eid gestimmt. Klingt wie eine Entlastung, ist es aber nicht: Wer der Abstimmung ein- fach fernbleibt, obwohl ihm der Antrag nicht passt, der trägt auch Schuld am Ergebnis. Tut uns leid, liebe Hamburger, aber so was kommt von so was her! Ihr habt euch die Suppe selbst eingebröckelt.

Der Hamburger Bürgermeister Peter Tschentscher und dessen SPD waren gegen den Entsch- eid. Aber insbesondere Tschentscher hat sich still weggeduckt in der Debatte. Plakate an den Straßen gab es nur von den Befürwortern, nicht von der SPD und auch nicht von der CDU. Die AfD braucht in dem Stadtstaat nicht zu plakatieren, die Dinger sind am nächsten Tag sowieso zerstört.

Wie sagt noch das Grundgesetz? Die Par- teien wirken an der politischen Willensbil- dung des Volkes mit, glaube ich. Tja, oder auch nicht. Der Hamburger Entsch- eid ist ein fabelhaftes Lehrstück über den bedenklichen Zustand unserer Demokratie: Von desinter- essierten Volksparteien, einer trägen Bürger- gesellschaft und von einem Haufen Fanatiker, der sich nur wegen der Bräsigkeit der Erst- genannten durchsetzen konnte.

## Was sie wirklich wollen

Immerhin hat der große Rest der Deutschen ab sofort die Gelegenheit, am Beispiel Ham- burgs zu beobachten, was auch aus ihnen wird, wenn sie der fanatisch enthemmten Kli- mabewegung müde das Feld überlassen, statt endlich auf die Barrikaden zu gehen. So könn- te Hamburgs Fiasko sogar zum Lernerfolg in den übrigen deutschen Landen führen, was dann doch noch ein Gewinn wäre. Für uns hier drinnen in der Test-Stadt ist das aller- dings nur ein schwacher Trost. Für das Ver- suchstier gehen ja sogar erfolgreiche Experi- mente meist düster aus.

Was wirklich hinter der vorgeblich grünen Ideologie steckt, konnte lange geschickt ver- borgen werden hinter dem rührenden Ein- satz für bedrohte Kröten, saubere Luft oder intakte Naturlandschaften. Da waren wir doch alle dafür! Erst mit der rigiden „Kli- mapolitik“ rutschte die Maske, als plötzlich alte Wälder für Windräder gerodet wurden. Ging es die ganze Zeit überhaupt um die Natur? Nein, und in Hamburg läuft ab jetzt ganz of- fen der Angriff auf das, was man wirklich tref- fen wollte: Nicht irgendwelche Umweltver-

Der Entsch- eid an der Elbe ist ein fabelhaftes Lehrstück über den Zustand unserer Demokratie



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)